

Zukunftsforum Politik

Broschürenreihe
herausgegeben von der
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Nr. 43

Karsten Dümmel/Christian Schmitz (Hg.)

Was war die Stasi? Einblicke in das Ministerium für Staatssicherheit der DDR (MfS)

Sankt Augustin, April 2002

ISBN 3-933714-02-8

Download-Publikation

Der Text dieser Datei ist identisch mit der Druckversion der Veröffentlichung. Die Titelseite der Printausgabe beträgt 4 Seiten und wurde in der digitalen Version auf einer Seite zusammengefasst.

Inhalt

Vorwort	7
<i>Christian Schmitz</i>	
„Schild und Schwert der SED“ – Was war die Stasi?	9
<i>Karsten Dümmel</i>	
Aufbau und Struktur der Stasi. Das Linienprinzip	10
<i>Karsten Dümmel</i>	
Die Stasi – ein gewöhnlicher Geheimdienst?	13
<i>Karsten Dümmel</i>	
Eroberung und Konsolidierung der Macht – zwei Phasen in der Geschichte der Stasi	14
<i>Siegfried Reiprich</i>	
Die Überwachung	21
<i>Karsten Dümmel</i>	
Strafen ohne Strafrecht – Formen nicht strafrechtlicher Verfolgung in der DDR	25
<i>Hubertus Knabe</i>	
„Zersetzungsmaßnahmen“	26
<i>Hubertus Knabe</i>	
Ausreisepraxis von Stasi und Mdl	32
<i>Karsten Dümmel</i>	
Die geplanten Isolierungslager der Stasi	37
<i>Thomas Auerbach</i>	
Beispiel: Der „Operative Vorgang Verräter“	43
<i>Wolfgang Templin</i>	
Die Folgen für die Betroffenen – bis heute	57
<i>Siegmar Faust</i>	
Stasi von innen – Die Mitarbeiter	59
<i>Wolfgang Templin</i>	
Die Hauptamtlichen Mitarbeiter	64
<i>Jens Gieseke</i>	

Inoffizielle Mitarbeiter <i>Helmut Müller-Enbergs</i>	71
Gesellschaftliche Mitarbeiter für Sicherheit <i>Helmut Müller-Enbergs</i>	74
Partner des operativen Zusammenwirkens <i>Wolfgang Templin / Karsten Dümmel</i>	75
Jugend im Blickfeld der Stasi <i>Thomas Auerbach</i>	80
Rekrutierungsmaßnahmen der Stasi bei Kindern und Jugendlichen <i>Karsten Dümmel</i>	87
Motive, Motivketten und Kriterien für die Mitarbeit bei der Stasi <i>Karsten Dümmel</i>	92
Verweigerung der Mitarbeit <i>Karsten Dümmel</i>	95
Kirchenpolitik von SED und Stasi <i>Clemens Vollnhals</i>	96
Umweltgruppen und Stasi in der DDR <i>Jörn Mothes</i>	100
Kunst, Kultur und Stasi <i>Karsten Dümmel</i>	108
Literatur und Stasi <i>Joachim Walther</i>	113
Die Westarbeit des MfS <i>Hubertus Knabe</i>	117
Fakten und Zahlen <i>Karsten Dümmel</i>	129
Literaturhinweise	130
Abkürzungsverzeichnis	132
Die Autoren	134

Vorwort

Christian Schmitz

Die nachfolgenden Beiträge geben in komprimierter Form facettenreiche Einblicke in das perfide und verbrecherische Wirken des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) der DDR. Dieses diente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) unter anderem als staatlicher Unterdrückungsapparat gegen die eigene Bevölkerung. Wie eine Spinne legte die Stasi ihr Netz über das Land. Allzeit bereit, als „Schild und Schwert“ der SED, wie sich die Stasi selbst verstand, jeden Winkel der DDR auszuspähen, drang sie repressiv und manipulierend in das Leben von Menschen ein. Mit Hilfe von ausgeklügelten geheimdienstlichen Techniken und einem Heer von Spitzeln gelang es der Stasi, Zugang zu allen Lebensbereichen zu finden, Menschen in ihrer Persönlichkeitsentwicklung zu überwachen und zu kontrollieren und Lebenswege nachhaltig zu beeinflussen. Während die Betroffenen damals oft nicht bemerkten, dass ihr Leben von außen manipuliert wurde, leiden bis zum heutigen Tag die meisten von ihnen unter den Folgen von Repression und „Zersetzung“.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung sowie die Autoren und Herausgeber der vorliegenden Broschüre erhoffen sich, dass diese zum einen junge Menschen für das Thema gewinnen und interessieren kann und darüber hinaus als Textgrundlage dabei helfen wird, sich mit dem operativen Wirken der Stasi, mit der zweiten Diktatur auf deutschem Boden, zu beschäftigen. Die Broschüre richtet sich aber auch an eine allgemein interessierte Öffentlichkeit, vor allem im Westen des wiedervereinigten Deutschlands. Sie will einen Beitrag leisten gegen das Vergessen. Zerrbilder und Verklärungen sollen entkräftet werden. Das SED-Regime war kein harmloser und kleinbürgerlicher Obrigkeitsstaat, keine „kommode Diktatur“. Selbst wenn Nostalgiker von einigen bedauerlichen Fehlentwicklungen und von der „Reformierbarkeit“ des Staates DDR sprechen, so legen die Akten der Stasi ein beredtes Zeugnis davon ab, dass dies von Anbeginn der DDR nicht möglich gewesen wäre.

Darüber hinaus ermöglicht die Beschäftigung mit dem Thema „Stasi“ Demokratieschulung in besonderer Weise und kann Verständnis schaffen für die anhaltenden Herausforderungen im inneren Einigungsprozess unseres Landes.

Abschließend einige technische Hinweise in eigener Sache:

Diese Broschüre ist in erster Linie eine Sammlung von ausgewählten Einzelaspekten zur Stasi-Problematik, die einerseits zwar den aktuellen Diskussionsstand widerspiegeln, andererseits aber nicht den Anspruch erheben, in einen Diskurs mit dem Fachpublikum zu treten. Daher wurde bei den Beiträgen bewusst auf einen wissenschaftlichen Anmerkungsapparat verzichtet. Allerdings findet sich eine Literaturliste für eine erste, tiefer gehende Beschäftigung mit dem Thema im Anhang. Mit Blick auf ein intensives Studium des Themas hat die Bibliothek der Konrad-Adenauer-Stiftung ein umfangreiches Quellen- und Literaturverzeichnis erstellt, das im Internet zu finden ist (s. Literaturhinweise im Anhang). Den Kolleginnen und Kollegen, namentlich Stephanie Weiser und Hildgard Krenzel, wird hierfür herzlich gedankt.

Die Herausgeber der Broschüre sind sich ferner dessen bewusst, dass die Auswahl der einzelnen Themenaspekte nicht umfassend ist und Teilaspekte und Bereiche ausgespart wurden, da sie den Umfang der Veröffentlichung und der Intention, einen ersten kompakten Überblick über das Wirken der Stasi im Inneren der DDR zu geben, gesprengt hätten. Hierfür wird ebenso um Verständnis gebeten wie um die nicht immer einheitliche Schreibweise der einzelnen Fachbezeichnungen. Die individuellen Wünsche der einzelnen Autoren fanden hier ihre Berücksichtigung.

Ein abschließender Dank gilt natürlich allen Autoren für ihre unkomplizierte Art der Zusammenarbeit und daneben Elvi Fabritius für die Mithilfe bei der redaktionellen Bearbeitung der einzelnen Beiträge.

„Schild und Schwert der SED“ – Was war die Stasi?

Karsten Dümmel

Das Ministerium für Staatssicherheit hatte in der Bevölkerung der DDR viele Namen: „MfS“, „SSD“ (Staatssicherheitsdienst), „Horch und Guck“, „die Firma“, „Memphis“, „Horch und Greif“ oder die „Jungs von der unsichtbaren Front“. Durchgesetzt und in den letzten Jahrzehnten gehalten hat sich indes der Begriff „die Stasi“ bzw. „der Stasi“ für Staatssicherheitsdienst.

Die Geschichte der Überwachung, Beeinflussung, Unterwanderung, Demütigung und „Zersetzung“ durch die Stasi begann im Jahr 1950. Mit dem „Gesetz über die Bildung eines Ministeriums für Staatssicherheit“ vom 8. Februar 1950 wurde von der Volkskammer der DDR festgelegt, zum Schutz der Volkswirtschaft die bis dahin dem Ministerium des Inneren unterstellte Hauptabteilung „Staatssicherheit“ in ein selbständiges Ministerium umzubilden. Die Aufgaben, Befugnisse, Zuständigkeiten und Kontrollfunktionen der Stasi waren im damaligen Beschluss – und überdies bis in das Jahr 1989 hinein – gesetzlich nicht fixiert.

Aufbau und Struktur der Stasi. Das Linienprinzip

Karsten Dümmel

Ähnlich einer großen Behörde war die Stasi nach dem Linienprinzip strukturiert. In der Berliner Zentrale gab es Hauptabteilungen (z.B. Auslandsespionage = HVA, Untersuchungshaft = HA XIV, etc.), die wiederum Ableger in den 15 Bezirksstädten der DDR unterhielten. Diese fächerten sich ebenfalls in entsprechende Abteilungen der Kreisdienststellen in allen 209 Kreisstädten auf (+ 7 Objektdienststellen in Großbetrieben). Jede Abteilung unterhielt – auf jeder Ebene – mehrere Referate. Bisher konnten 91.000 Hauptamtliche Mitarbeiter und 173.200 Inoffizielle Mitarbeiter (IM) der Stasi nachgewiesen werden.

Während die Hauptamtlichen ihren Dienst in der Zentrale, den Bezirksverwaltungen (BV) oder Kreisdienststellen (KD) verrichteten, gingen die Inoffiziellen in ihrem zivilen Leben einem Beruf nach, der es ihnen ermöglichte, inoffiziell tätig zu werden. In ihrem Beruf sammelten sie spezielle Informationen, die sie wiederum an die Hauptamtlichen weitergaben. Neben diesen beiden Gruppen (Hauptamtliche und Inoffizielle) gab es die Gesellschaftlichen Mitarbeiter, die Kontaktpersonen und die Mitarbeiter K1 – in den Einheiten der Volkspolizei – , die als Quellen – ähnlich den Inoffiziellen Mitarbeitern – aktiv genutzt wurden.

Die schriftlichen Unterlagen der Staatssicherheit teilen sich in Karteien und Akten auf. 39 Millionen Karteikarten und 180 Kilometer Akten sind bisher aufgefunden worden. Für den Zugang zu den Akten waren die Karteien zwingend notwendig. Die F 16-Kartei war die zentrale Klarnamenkartei, die F 22 definierte den Vorgang der Bearbeitung (Vorgangskartei), die F 77 war als Decknamenkartei charakterisiert, die Kerblochkartei (KK) vermerkte Hobbys, Beruf, Parteizugehörigkeit, Neigungen, Gewohnheiten und Interessen usw. In den verschiedenen Verantwortungsbereichen der Stasi gab es einheitlich geführte Karteien, die universell in allen Dienststellen nach Vorgaben und Dienstanweisungen auf Formblättern geführt wurden (siehe F 16). Darüber hinaus fanden sich aber auch Karteiarten mit regionaler Handschrift, wie beispielsweise die Ausreisekartei der Bezirksverwaltung Cottbus. Über eine spezielle Registriernummer auf der Klarnamenkartei F 16 wurde der Zugang zu den Akten überhaupt erst möglich. In der Regel waren Karteiarchiv und Aktenarchiv voneinander

getrennt. Zu den Akten: Es gab ganz verschiedene Aktenarten. Sie waren sach- bzw. personenbezogene Unterlagen, teilweise zu sehr allgemeinen Informationen, teilweise aber auch mit Kenntnissen von intimen Lebensarten, Vorlieben und Praktiken von Betroffenen.

XII 615/74

Name [REDACTED]

Reg.-Nr./Erfassungsart

11111111

Geburts- und weitere Namen

Bezirk

Vorname

[REDACTED]

DE/Mitarbeiter

geb. am in

[REDACTED] 1924

Bei registrierten Vorgängen nur Reg.-Nr. und Bezirk, bei sonstigen Erfassungen Art, Bezirk, DE, evtl. Mitarbeiter angeben

Staatsangehörigkeit

DDR

PKZ

[REDACTED]

Archiv-Nr.

Anschriften

11111111 OT [REDACTED]

Bezirk/abliegende DE

Beruf/Tätigkeit

Klempner

nicht gesperrt

Mitarbeiter

Arbeitsstelle

[REDACTED]

[REDACTED]

Karte angelegt am

12.11.55

11 350 79 beiseite

Nilt Maschine ausschreiben!

LOPFE BSt

Die Stasi – ein gewöhnlicher Geheimdienst?

Karsten Dümmel

Die Stasi war kein gewöhnlicher Geheimdienst, sondern eine Geheimpolizei mit eigenen Untersuchungshaftanstalten, eigenem Ermittlungsapparat, mit Vollzugsangestellten sowie eigenen Richtern und Staatsanwälten (HA XIV). Hauptaufgabe der Stasi war die Machtsicherung und die Machterhaltung der herrschenden Partei (SED). Dabei übertrug sich die Stasi nicht selbständig Aufgaben und setzte sich nicht selbst Ziele, sondern sie handelte nach klaren Anweisungen, nach Vorgaben und „Kampfaufträgen“ der SED. Faktisch war sie nur den obersten Gremien der Partei- und Staatsführung rechenschaftspflichtig. Fast alle Stasi-Mitarbeiter waren zudem Genossen der SED. Diese handelten in dem Elitebewusstsein, einer ideologisch verschworenen Gemeinschaft anzugehören. Stasi-Offiziere in hohen Dienststellungen bzw. Dienstverwendungen sowie hohe Stabsoffiziere waren gleichsam häufig hohe Parteifunktionäre. Die Leiter der Stasi-Bezirksverwaltungen (BV) und der Kreisdienststellen (KD) waren im kommunalen Bereich Mitglieder der jeweiligen Bezirks- bzw. Kreisleitung der SED. Neben Armee (NVA) und Kampfgruppeneinheiten war die Stasi das wichtigste Machtinstrument der SED. Die Umsetzung der Hauptaufgabe, der Machtsicherung und Machterhaltung der SED, wurde mit allen, aber auch mit allen Mitteln voran getrieben. Die Stasi agierte dabei gegen alle vermeintlichen Feinde im Inneren, aber auch außerhalb der DDR. 1950 aus dem Ministerium des Innern (Mdi) hervorgegangen, definierte sich die Stasi selbst als „Schild und Schwert der SED“. Sie war daher kein „Staat im Staat“, sondern ein Instrument der führenden Einheitspartei, der sie in jeder Hinsicht unterstand.

Eroberung und Konsolidierung der Macht – zwei Phasen in der Geschichte der Stasi

Siegfried Reiprich

Beim Ministerium für Staatssicherheit der DDR handelte es sich nach der klassischen Definition von H. Arendt, C.F. Friedrich und Z. Brzezinski um eine politische Geheimpolizei als Terror-Instrument einer totalitären Diktatur.

Doch es gab nationale Besonderheiten im geteilten Deutschland am Ende des Zweiten Weltkrieges. Die „Diktatur des Proletariats“ wurde nicht im Gefolge der einst von Marx vorausgesagten proletarischen Revolution errichtet, sondern „auf den Bajonetten der Roten Armee“. *Die DDR war auch nicht, wie es vielen heute erscheint, das Projekt der deutschen Kommunisten, sondern nur jener, die sowohl Hitlers Verfolgungen als auch Stalins Säuberungen im sowjetischen Exil überlebt hatten* – Wolf Biermann hat immer wieder darauf hingewiesen, dass von Stalins Schergen mehr Spitzenfunktionäre der KPD umgebracht worden waren, als von Hitlers Knechten. Und sie war auch das Projekt einer nicht unerheblichen Minderheit deutscher Sozialdemokraten, die sich der Zwangsvereinigung von 1946 mit der KPD zur SED nicht widersetzt, sondern sie begrüßt und aktiv betrieben hatten. Ein eigener „deutscher Weg zum Sozialismus“ aber wurde von der von Moskau geschickten Gruppe Ulbricht rasch verbaut.

So wundert es nicht, dass auch die Stasi als Ziehkind der sowjetischen Geheimpolizei begann; als „Tschekisten“ bezeichneten sich ihre Angehörigen stolz – bis zum Ende der DDR – und verharren so in der blutigen Tradition des roten Terrors, den bereits die sowjetische „Tscheka“ als Instrument der Oktoberrevolution von 1917 ausgeübt hatte. Erobert haben dagegen SED und Stasi die Macht in der DDR nicht, aber konsolidiert und lange Zeit gehalten haben sie diese schon.

Im Jahr 1950 wurde z.B. das zentrale Untersuchungsgefängnis der sowjetischen Geheimpolizei in Berlin-Hohenschönhausen an die Stasi übergeben. Die Methoden der deutschen unterschieden sich von denen der sowjetischen Genossen kaum. „Physischer Druck“ war ein normales Mittel der Geständnisproduktion (so hatte Bertold Brecht in einer Rechtferti-

gungsschrift über die berüchtigten Moskauer Prozesse Ende der dreißiger Jahre das Wort Folter vermieden – die Geständnisse der angeklagten ehemaligen hohen Parteiführer waren mit sadistischen Methoden erpresst worden, was Brecht abstritt). Der „sozialistische Wegweiser“, wie der Gummiknüppel von den DDR-Häftlingen genannt wurde, kam zum Einsatz, wann immer man es für notwendig hielt. Bespitzelte Bürger wurden verhaftet, wenn die Staatsicherheit sie für schuldig hielt. In diesem Sinne eines schnellen Zugriffs wurden „Operative Vorgänge“ (OV) der Stasi „realisiert“.

Dies blieb so von der Staatsgründung 1949 bis zur Mitte der siebziger Jahre. Die erste Phase in der Geschichte der Stasi und ihres „Kampfes an der unsichtbaren (inneren) Front“ wird vielleicht am klarsten durch den Volksmund charakterisiert: „Horch, Guck und Greif“ – so wurde „die Firma“ Stasi genannt.

Zugespitzt könnte man von nacktem stalinistischem Terror reden. Aber dies wäre zu einfach. Nicht etwa, weil der Zwanzigste Parteitag der KPdSU 1956 (Chruschtschow sagte als neuer Parteichef die halbe Wahrheit über Massenmord und Unterdrückung in der Stalinzeit und leitete halbherzige Reformen ein) in der DDR wesentliche Verbesserungen gebracht hätte. Denn Stalins selbst ernannter deutscher Musterschüler Walter Ulbricht widersetzte sich recht erfolgreich einer Entstalinisierung; anders als in benachbarten mittel-osteuropäischen Ländern gab es keinen personellen Bruch an der Spitze. Aber die Kommunisten in der DDR mussten die Lage des Landes am westlichen Rand des Sowjetimperiums und die Besonderheiten der sowjetischen Deutschlandpolitik berücksichtigen.

Die Grenze der DDR war nach Westen hin damals relativ offen. Man wollte einen „Neuen Menschen“ erziehen, aber viele entzogen sich durch Flucht. Trotzdem hofften die SED-Machthaber noch immer, den Kommunismus bis an den Rhein tragen zu können, glaubten bis zum Beginn der siebziger Jahre an eine Wiedervereinigung Deutschlands unter kommunistischen Vorzeichen. Da durfte man nicht zu viele Menschen in Ost und West verprellen; die Stasi-Männer konnten nicht immer so zuschlagen, wie sie wollten. Nach dem Volks- und Arbeiteraufstand des 17. Juni 1953 wurden zum Beispiel nur relativ wenige Aufständische hingerichtet.

Als die SED im August 1961 die Berliner Mauer baute und auch die „Grüne Grenze“ nach Bayern, Hessen, Niedersachsen und Schleswig-

Holstein dicht machte, war die Gefahr eines Zusammenbruchs des Regimes erst einmal abgewendet. Die Menschen konnten nicht mehr davonlaufen und mussten sich mit der SED arrangieren. Deren Macht wurde konsolidiert.

Trotzdem hatte die Stasi genug zu tun. Künstler, Intellektuelle und viele gutwillige Parteimitglieder hatten geglaubt, nach dem Bau der Mauer, welche die SED als „Antifaschistischen Schutzwall“ bezeichnete, würde der böse Westen den Aufbau des Sozialismus/Kommunismus in der DDR nicht mehr stören können. Deshalb könne man doch im Inneren endlich mehr Freiheit gewähren. Solche Leute musste die Stasi überwachen und, wenn nötig, zur Abschreckung ähnlich Naiver einsperren. Das Volk musste mundtot gemacht werden – für einen Witz über den Staatsratsvorsitzenden konnte man in den ersten Jahrzehnten der DDR für Jahre wegen „Hetze“ eingesperrt werden. Die Jugend, die sich in den sechziger Jahren für westliche Mode und Musik begeisterte, musste erzogen werden. Denn eigentlich hatte sie nach dem Willen der Machthaber die historische Aufgabe, als erste sozialistische Generation die „Neue Gesellschaft“ darzustellen, ein neues, höheres Bewusstsein zu erlangen. Wenn sich trotzdem „westliche Dekadenzerscheinungen“ ausbreiteten, konnte das aus SED-Sicht nur an dem verderblichen Einfluss einzelner Rädelsführer liegen, die vom westlichen Klassenfeind gesteuert waren. Diese sollte die Stasi mit ihren Spitzeln herausfiltern, mit ihren geheimen „Operativen Vorgängen“ analysieren, sie einsperren und dann durch ihre Verhörspezialisten dazu bringen, zu gestehen, was die Partei hören wollte.

Aber dann änderten sich die Zeiten. Die sowjetische Großmacht setzte auf Entspannung mit den USA und den westeuropäischen Staaten. Bei der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit aller europäischen Staaten in Helsinki 1975 verpflichteten sich die Länder des sowjetischen Machtbereichs unter anderem auch, Menschenrechte zu beachten. Und selbst die westeuropäischen kommunistischen Parteien bekannten sich zumindest in Worten zur Demokratie, bezeichneten sich als „Eurokommunisten“. Die DDR kämpfte um ihre Anerkennung als zweiter legitimer deutscher Staat, sie stand im Lichte der internationalen Öffentlichkeit. Was in ihr vorging, war wegen der vielen Besucher, aber auch wegen der Journalisten aus dem Westen, die nun im Osten arbeiten durften, nicht mehr hinreichend zu verheimlichen. Plumpe Verhaftungen politisch Missliebiger hätten da nicht ins Bild gepasst.

Das stellte die Stasi vor neue Aufgaben, die an eine Quadratur des Kreises erinnerten. „Horch & Guck“ wurde wichtiger denn je. Aber „Greif“? So einfach ging das nicht mehr. 1945 hatte der 1. Staatsratsvorsitzende der DDR, Walter Ulbricht, die Parole herausgegeben: „Es muss demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben“. 1975 hätte sein Nachfolger Honecker sagen können: „Es muss rechtsstaatlich aussehen, aber wir müssen jede Opposition im Keim ersticken“.

Theoretisch war alles klar: Auch die Entspannungspolitik war nur eine „Form des Klassenkampfes“ zur Verteidigung (und Ausdehnung) der „Diktatur des Proletariats“. Mit „Proletariat“ war natürlich die SED gemeint. Diktatur war nach Lenin eine an keinerlei Gesetze gebundene Macht – dies wurde nie widerrufen. Und Terror war, wie Lenin gesagt hatte, eine wissenschaftlich begründete Politik mit der Angst, der Einschüchterung.

Aber wie macht man es praktisch, wie schüchtert man eine Gesellschaft ein, die Lust auf mehr Freiheit bekommen hatte, wenn man zwar die Zähne zeigen, aber nur noch selten zubeißen konnte?

Der entscheidende Wendepunkt in der Politik der Stasi war die (nach dem Ende der DDR bekannt und berühmt) gewordene „Richtlinie 1/76“. Die neuen Zauberworte hießen „Zersetzung“, „Zurückdrängung“, „Verunsicherung“, „Zerschlagung feindlich-negativer Personenzusammenhänge“ und so weiter. Ausdrücklich sprach man auch von „Intrigen, Hinterlist, Falschheit und Verlogenheit“. „Zersetzung“ bedeutet, jedes zwischenmenschliche Vertrauen zu zerstören, die miesesten Gefühle wie Neid und Missgunst zu schüren, eine Atmosphäre der Angst und des Misstrauens herzustellen. „Zersetzung“ ist „ätzend“, wie Säure. Und immer spielt die Angst, doch verhaftet zu werden, eine Rolle. Nur relativ wenige Menschen wurden tatsächlich „feindbearbeitet“, wie die Stasi sagte, aber alle sollten davor Angst haben.

Und das konnte so gehen: Ein paar junge Leute werden verdächtigt, verbotene Literatur oder Schallplatten von unerwünschten Künstlern einzuschmuggeln, sie wollen sich zu Ostern in der Tschechoslowakei mit Freunden aus dem Westen treffen. Man wendet das uralte Prinzip „Teile und herrsche“ an. Die einen müssen ihren Personalausweis abgeben und bekommen einen diskriminierenden „Ersatzausweis PM12“. Sie können nicht fahren. Die anderen lässt man in Ruhe, obwohl sie vielleicht als noch gefährlicher eingestuft werden. Woraufhin die erste Gruppe misstrauisch wird – ist mein Kumpel vielleicht ein Spitzel geworden? Wurde er

nicht neulich im Betrieb von zwei Herren abgeholt und im Auto weggefahren? Hat er nicht der Gabi gegenüber Andeutungen gemacht, die Stasi habe ihn mal wieder verhört? Und so weiter.

Gleichzeitig sorgt die Stasi dafür, dass die Glücklichen, die fahren dürfen, von den Grenzpolizisten besonders gründlich gefilzt werden. Vielleicht findet man was bei der Leibesvisitation. Vielleicht haben sie ein dünnes Blatt Papier dabei, das sie den Freunden aus dem Westen geben wollten und schaffen es nicht mehr, es in den Mund zu stecken und aufzuessen. Darauf steht in kleiner Schrift etwas, vielleicht über einen anderen Kumpel, der als Pazifist den Wehrdienst verweigert hat, nun im Knast in Unterwellenborn für gefährliche Arbeiten im Stahlwerk eingesetzt wird. Er ist fertig, bittet die Bundesregierung, ihn freizukaufen. Oder man findet etwas über einen, der in der Provinz ein paar Flugblätter, Gedichte und Lieder von Staatsfeinden wie Biermann, Fuchs oder Pannach verteilt hat und, weil er keine Verbindung zum Westen hatte, unbekannt war, und den man doch einsperren konnte. Auch er will jetzt raus.

Dann konnte es andere geben, die bleiben wollten in der DDR, weil sie etwas zu verändern hofften. Die musste man anders behandeln, zum Weggehen erst nötigen. „Die Bearbeitung dieser Person(en) erfolgte mit dem Ziel der Inhaftierung bzw. Ausweisung aus der DDR“ (aus dem „Maßnahmeplan“ gegen einen Jenaer Oppositionellen, Operativer Vorgang „Opponent“, 1980). „Das Einleiten eines Ermittlungsverfahrens sowie eine Inhaftierung des R. sind auf Grund der gegenwärtigen politischen Situation im Rahmen des internationalen Entspannungsprozesses nicht möglich (Abstimmung BV Gera, Abteilung IX – HA IX). In den Massenmedien der BRD, WB und im KA erschienen bisher keine Veröffentlichungen über R....“ (ebenfalls OV „Opponent“, 1980). Der junge Mann war als Idealist bekannt, der auch bereit war, erhebliche Opfer zu bringen, was er schon unter Beweis gestellt hatte. Nie hatte er in einem Verhör oder einer „Aussprache“ Freunde verraten. Womit konnte man ihn nun besonders hart treffen? Nicht mit der Verhaftung, auf die er sich seelisch vorbereitet hatte, wie einer seiner Freunde in der Untersuchungsanstalt der Stasi ausgesagt hatte, sondern indem man das Gerücht streute, er sei doch kurz im Knast gewesen, weich geworden. Man verbreitete die Lüge, gerade der Idealist sei ein Stasispitzel geworden. Und einige Freunde vertrauten vielleicht den richtigen Spitzeln und misstrauten den wahren Freunden. Das demoralisierte.

Aber es reichte noch nicht. Die Stasi hatte noch andere Maßnahmen in petto: z.B. die „Organisierung beruflicher Misserfolge“ oder „Zurückdrängung“. Das Opfer einer Feindbearbeitung im Operativen Vorgang bekam z.B. nur die mieseste Arbeit. Jeder Versuch weiterzukommen, wurde vereitelt. Zum Beispiel durch Kaderleiter (Personalchefs) im Betrieb, die mit dem MfS inoffiziell zusammenarbeiteten. Oder ein anderer Staatsfeind sang in einer Rockband und schrieb mal einen harmlosen, witzigen Text. Die Stasi setzte die Jungs unter Druck, der Kulturchef der Stadtverwaltung drohte, den Probenraum zu entziehen. Da teilten sie ihrem Kumpel lieber mit, er könne eigentlich doch nicht so gut singen. Dessen Selbstbewusstsein ging in den Keller. „Er spricht dem Alkohol stark zu“, schrieben die Stasi-Offiziere voller Häme in die Akten.

All dies kostete jedoch viel Zeit und Geld und Arbeitskraft – und auch Nerven. Die Stasi wurde massiv ausgebaut, die Aktenberge wuchsen, bezahlt wurde gut. Und manchmal durften sie auch zuschlagen. Zum Beispiel gegen die Jenaer Friedensgemeinschaft 1983, oder die unabhängige Umweltbibliothek in Ostberlin 1988. Aber die Verhafteten mussten immer wieder wegen internationaler Proteste frei gelassen und meist in den Westen ausgebürgert werden. Selbst brave Normalbürger durften in den späten achtziger Jahren, sozusagen wegen „guter Führung“, in den Westen reisen. Aber die Stasi-Offiziere mussten da bleiben und sich mit der wachsenden Unzufriedenheit und Renitenz der Bevölkerung herumärgern. Feindliche Gruppen mit Spitzeln zu durchsetzen und dann geschickt zu zersetzen bedeutete auch, Überstunden zu schrubben. Kleine Leute durften sie schon noch einsperren, wenn die z.B. frech Ausreiseträger gestellt hatten. Die wurden dann gegen harte Devisen an die Bundesrepublik verkauft. Aber die meisten Oppositionellen wurden in dieser zweiten Phase der Geschichte der Stasi kaum noch eingesperrt.

Vielleicht hat all dies auch zur Demoralisierung und zur Friedlichkeit der Revolution von 1989 beigetragen. Vielleicht suchte die Stasi aber auch einen Ausweg, den Mielke so benannte: „revolutionäre Verurteilungen auf dem neuesten Stand der Technik“. Wenn man einen Feind nicht offen, quasi „legal“ verurteilen und „fertig machen“ (O-Ton Stasi-Chef Mielke) konnte, warum dann nicht „revolutionär“, also ohne Gesetz. Moralisch ist, was dem Klassenkampf nützt, hatte Lenin immer gesagt. Und der neueste Stand der Technik? Wissenschaftler erforschten für die Stasi alle möglichen Methoden, Menschen umzubringen. Mit Gift oder Radioaktivität.

1977 und 1979 hatte die Stasi prominente Häftlinge wie den Schriftsteller und Psychologen Jürgen Fuchs, den Sänger Gerulf Pannach oder den Philosophen Rudolf Bahro in den Westen ziehen lassen (oder schieben) müssen. Sie starben später an Krebs. Jürgen Fuchs hatte in seinem Roman *Magdalena* und auch in Interviews darüber berichtet, wie er bei sogenannten Fototerminen lange auf einem Hocker sitzen musste, ohne fotografiert zu werden. Aber ein seltsames Brummen war zu hören. Danach, wieder in der Zelle, fühlte er sich hundeeelend. Die Symptome erinnerten stark an einen Strahlenkater. Anfang 1990 fanden Bürgerrechtler in der Stasi-Untersuchungshaftanstalt tatsächlich noch ein Gerät zur Emission radioaktiver Strahlen, das dann schnell verschwand (siehe SPIEGEL Nr. 20/1999). Vielleicht werden wir die ganze Wahrheit nie erfahren (siehe Bericht der „Projektgruppe Strahlen“ der Gauckbehörde im Jahr 2000).

Die Stasi jedenfalls konnte nie so, wie sie wollte, war immer der Partei untertan. Und sie ging mit dieser Partei und ihrem Staat unter, als die Grundlage der SED-Diktatur entfallen war: die Bajonette der Roten Armee.

Die Überwachung

Karsten Dümmel

Jede Person, die von der Stasi als „Zielperson“ fokussiert wurde, war von diesem Zeitpunkt an einer „Behörde“ ausgeliefert, die neben allen gesetzlichen Möglichkeiten auch alle illegalen Mittel und Methoden benutzte, um in berufliche und gesellschaftliche, aber auch in private und intime Bereiche der „aufzuklärenden Person“ vorzudringen. Die Stasi schuf sich zwar einen scheinbar rechtlichen Rahmen aus Dienstanweisungen, Befehlen und Gesetzen, der Willkürakten von Stasi-Mitarbeitern Grenzen setzen sollte, tatsächlich aber auch den Weg bis in die intimsten Bereiche des Bürgers nicht nur erlaubte sondern ihn ausdrücklich befahl. Formale Voraussetzung für die Überwachung war der bloße Verdacht auf eine politische Straftat bzw. auf Taten, die als politisch motivierte Straftaten von der Stasi interpretiert wurden.

Politische Gegner der SED wurden von der Stasi in „feindliche Personen“, in „feindlich-negative Personen“ und in „verfestigt feindlich-negative Personen“ unterschieden. Zu ihnen wurden „Operative Ausgangsmaterialien“ (OAM), „Operative Personenkontrollen“ (OPK) und „Operative Vorgänge“ (OV) eröffnet. Während bei den ersten beiden Vorgangsarten noch der Verdacht auf feindliche bzw. auf feindlich-negative Tätigkeit geprüft und dagegen ermittelt wurde, hatte sich bei der Eröffnung bzw. Umregistrierung zum Operativen Vorgang dieser Verdacht bereits bestätigt. Personen oder Gruppen dieser Kategorie galten als „verfestigt“ und – in der Regel – als „für die DDR verloren“ bzw. als „nicht rückgewinnbar“. Die „Verhinderung öffentlichkeitswirksamer Aktionen“ sowie der „ständige Informationsfluss“ über offizielle Quellen und „Inoffizielle Mitarbeiter“ (IM) war allen drei Vorgangsarten eigen. Bei OAM- und OPK-Personen war eine Anwerbung bzw. ein Anwerbungsversuch zum Inoffiziellen Mitarbeiter durchaus noch denkbar und als operative Maßnahme immer wieder konzipiert, während bei OV-Personen diese Lösung nicht angestrebt wurde.

Häufig angewandte Überwachungsmaßnahmen, die parallel und begleitend zu den Zersetzungsmaßnahmen liefen, waren: die Telefonüberwachung (Maßnahme 26 A), der Einbau von Abhörtechnik und Wanzen (Maßnahme 26 B), die Installation von Video-Überwachung (Maßnahme

26 D), das verdeckte und offene Fotografieren (Maßnahme 26 F), völlige Brief- und Postkontrolle der ein- und ausgehenden Post (Maßnahme M), Kontrolle der Ein- und Ausreisebewegungen sowie vollständige Grenzüberwachung zur Person, aber auch über die Pass- und Meldestellen der Volkspolizei, zu Verwandten, Freunden, Besuchern und Gästen der Person, der Einsatz von Inoffiziellen Mitarbeitern, die geheime Wohnungs- bzw. Arbeitsplatzdurchsuchung und anderes mehr.

Die Inhaftierung, die Isolierung, die sofortige Ausbürgerung bzw. die Abschiebung in die Bundesrepublik oder aber die zielgerichtete „Zersetzung“ gehörten des weiteren zum operativen Maßnahmenkanon der Stasi, den sie für die vermeintlichen bzw. tatsächlichen Gegner der SED bereit hielt. „Zersetzung“ bedeutete im weiteren Sinne die Beeinflussung und Zerstörung der Persönlichkeit sowie die gesellschaftliche Isolierung, zumindest aber den durch die Stasi inszenierten völligen Kontrollverlust des Bürgers über das eigene Leben. Dabei wurden psychische Krankheiten und Selbstmord billigend in Kauf genommen.

Für die Unterdrückung des eigenen Volkes war die (Haupt-)Abteilung Politischer Untergrund (HA XX) mit ihren Referaten maßgeblich verantwortlich und zuständig. Die Arbeit dieser Abteilung und ihrer Referate ist in zwei Perioden zu unterscheiden: Erstens von 1950 bis 1976 und zweitens von 1976 bis 1989. Während in der ersten Periode mit härtesten Mitteln und Methoden gegen vermeintliche Feinde der DDR vorgegangen wurde, mit völlig unangemessenen, abschreckenden Maßnahmen, die fast immer im Strafvollzug mündeten, kamen in der 2. Periode mehrheitlich die Maßnahmen der „Zersetzung“ zum Einsatz, d.h. die versteckte „Bestrafung ohne Urteil“ und ohne Haft. Zentrales Dokument war hier die Richtlinie 1/76. Strafrechtliche Mittel wurden „im Interesse eines höheren gesellschaftlichen Nutzens“ seit 1976 sehr viel seltener angewendet als noch in den fünfziger und sechziger Jahren. Grund für diesen Wandel war, im Zeitalter der Entspannungspolitik der internationalen Öffentlichkeit einen neuen Führungsstil zu signalisieren, um die völkerrechtliche Anerkennung der DDR weltweit zu forcieren.

Für das Jahr 1988 legte die Stasi z.B. folgende statistische Bilanz vor:

7.097 Operative Personenkontrollen (OPK) wurden neu eingeleitet, 19.169 wurden insgesamt bearbeitet, 7.908 der OPK wurden abgeschlossen, bei 87,5 % der OPK ergab sich keine Verdachtsbestätigung, 4 % der OPK wurden als Vorlauf für eine inoffizielle Mitarbeitertätigkeit

geplant und 8,5 % wurden zum Operativen Vorgang umregistriert und weiter geführt. 1.660 Operative Vorgänge wurden neu angelegt. 4.543 war die Gesamtzahl der Operativen Vorgänge in der Stasi-Statistik. Davon wurden 1.750 abgeschlossen und bei 28 % wurde ein strafrechtliches Ermittlungsverfahren eingeleitet.

Zu den besonders verwerflichen Maßnahmen der Stasi gehörten die Planung und Konzeption von Isolierungslagern für politische Gegner der SED, die Planung und der Einsatz von „radioaktiven Substanzen“, von Röntgenstrahlen sowie von Giften (TOXDAT-Studie) zur Bekämpfung von vermeintlichen Feinden der DDR. Hinzu kamen die bewusste Inkaufnahme und das Herbeiführen von Selbstmorden während der Zersetzungsmaßnahmen und darüber hinaus kriminelle Maßnahmen wie Erpressung, Entführung und Mord.

Richtlinie Nr. 1/76

zur Entfaltung und Bearbeitung

Operativer Vorgänge (OV)

2.6. Die Anwendung von Maßnahmen der Zersetzung

2.6.1. Zielstellung und Anwendungsbereiche von Maßnahmen der Zersetzung

Maßnahmen der Zersetzung sind auf das Hervorrufen sowie die Ausnutzung und Verstärkung solcher Widersprüche bzw. Differenzen zwischen feindlich-negativen Kräften zu richten, durch die sie erschöpft, gelähmt, desorganisiert und isoliert und ihre feindlich-negativen Handlungen einschließlich deren Auswirkungen vorbeugend zu verhindern, wesentlich eingeschränkt oder gänzlich unterbunden werden.

In Abhängigkeit von der konkreten Lage von feindlich-negativen Kräften ist auf die Einsetzung bestimmter Personen, die bei entsprechenden Anknüpfungspunkten vorhanden sind, das Ziel zu einzuwirken, daß sie ihre feindlich-negativen Positionen aufgeben und eine weitere positive Beeinflussung möglich ist...

Zersetzungsmaßnahmen können sich sowohl gegen Gruppen, Gruppierungen und Organisationen als auch gegen einzelne Personen richten und als relativ selbständige Art des Abschlusses Operativer Vorgänge oder im Zusammenhang mit anderen Abschlußarten angewandt werden.

Die Leiter der operativen Dienststellen haben zu gewährleisten, daß bei politisch-operativer Notwendigkeit Zersetzungsmaßnahmen als unmittelbarer Bestandteil der offensiven Zersetzungsmaßnahmen als unmittelbarer Bestandteil der offensiven Zersetzung Operativer Vorgänge angewandt werden...

2.6.2. Formen, Mittel und Methode der Zersetzung

Die Festlegung der durchzuführenenden Zersetzungsmaßnahmen hat auf der Grundlage der exakten Ermittlung der erreichten Ergebnisse der Bearbeitung des jeweiligen Operativen Vorganges, insbesondere der erarbeiteten Ansatzpunkte sowie der Individualität der beteiligten Personen und in Abhängigkeit von der jeweils zu erreichenden Zielstellung zu erfolgen.

Bewährte anzuwendende Formen der Zersetzung sind:

- systematische Diskreditierung des öffentlichen Rufes, des Ansehens und des Prestiges auf der Grundlage miteinander verbundener wahrer, überprüfbarer und diskreditierender sowie unwahrer, glaubhafter, nicht widerlegbarer und damit ebenfalls diskreditierender Angaben;
- systematische Organisierung beruflicher und gesellschaftlicher Mitarbeiter zur Untergrabung des Selbstvertrauens einzelner Personen;
- zielstrebige Untergrabung von Überzeugungen im Zusammenhang mit bestimmten Idealen, Vorbildern usw., und die Erzeugung von Zweifeln an der persönlichen Perspektive;
- Erzeugen von Mißtrauen und gegenseitigen Verdächtigungen innerhalb von Gruppen, Gruppierungen und Organisationen;

- Erzeugen bzw. Ausnutzen und Verstärken von Rivalitäten innerhalb von Gruppen, Gruppierungen und Organisationen durch zielgerichtete Ausnutzung persönlicher Schwächen einzelner Mitglieder;
- Beschädigung von Gruppen, Gruppierungen und Organisationen mit ihren internen Problemen mit dem Ziel der Einschränkung ihrer feindlich-negativen Handlungen;
- örtliches und zeitliches Unterbinden bzw. Einschränken der gegenseitigen Beziehungen der Mitglieder einer Gruppe, Gruppierung oder Organisation auf der Grundlage geltender gesetzlicher Bestimmungen, z. B. durch Arbeitsplatzbindungen, Zuweisung kritisch entfernt liegender Arbeitsplätze usw.

Bei der Durchführung von Zersetzungsmaßnahmen sind vorrangig zuverlässige, bewährte, für die Lösung dieser Aufgaben geeignete IM einzusetzen.

Bewährte Mittel und Methoden der Zersetzung sind:

- das Heranführen bzw. der Einsatz von IM, legendiert als Kurier der Zentrale, Vertrauenspersonen des Leiters der Gruppe, übergeordnete Personen, Beauftragte von zuständigen Stellen aus dem Operationsgebiet, andere Verbindungspersonen usw.;
- die Verwendung anonymer oder pseudonymer Briefe, Telegramme, Telefonanrufe usw.; kompromittierender Fotos, z. B. von statischen Zeichen oder vorgetäuschten Begegnungen;
- die gezielte Verbreitung von Gerüchten über bestimmte Personen einer Gruppe, Gruppierung oder Organisation;
- gezielte Indiskreditoren bzw. das Vortäuschen einer Dekonspiration von Abwehrmaßnahmen des MIS;
- die Verödung von Personen zu staatlichen Dienststellen oder gesellschaftlichen Organisationen mit glaubhafter oder unglaubhafter Begründung.

Diese Mittel und Methoden sind entsprechend den konkreten Bedingungen des jeweiligen Operativen Vorganges schöpferisch und differenziert anzuwenden, auszubauen und weiterzuentwickeln...

Fpb. den 19.12.80

MIS/BSIU: Frankweilcke

Dienststelle: KD-Fpb

Mitarbeiter: Npjm Georgi

BSIU: 000008

Beschluß

Über die Archivierung des unsatzig genannten Vorganges

Gründe des Abschlusses bzw. der Einstellung:
Zielgerichtete politisch-operative Maßnahmen führten zur
Wirkung mit hohem Bekanntheitsgrad der Gruppierung.
Der diesem Freund wird die Bearbeitung des OV eingestellt.

Strafen ohne Strafrecht – Formen nicht strafrechtlicher Verfolgung in der DDR

Hubertus Knabe

In der Diskussion über die Diktatur der SED in Ostdeutschland ist wiederholt in Anschlag gebracht worden, dass diese sich von der der Nationalsozialisten insbesondere im geringeren Grad des ausgeübten Terrors gegenüber der Gesellschaft unterschieden habe. Unter Hinweis auf die offensichtlichen Unterschiede zwischen beiden Herrschaftssystemen beim Einsatz physischer Gewalt gegenüber Andersdenkenden wird der Schluss gezogen, dass die DDR zumindest in den siebziger und achtziger Jahren nicht mehr als totalitäre Gesellschaft beschrieben werden könne, da ihr das für diese konstitutive Merkmal des unmittelbaren Terrors gefehlt habe. Während die NS-Diktatur „Berge von Leichen“ hinterlassen habe, so die Zuspitzung dieser Auffassung, habe die DDR lediglich „Berge von Karteikarten“ hinterlassen.

Die Herrschaft der SED, die mehr als 40 Jahre lang gegenüber einer sie mehrheitlich ablehnenden Bevölkerung erfolgreich behauptet werden konnte, beruhte freilich auf einem anderen System der Unterdrückung als das der Nationalsozialisten. Neben den kompensatorischen Aspekten einer schließlich nicht mehr zu finanzierenden Sozialpolitik und den Integrationsangeboten einer vorgeblich antifaschistischen, sozialistischen Ideologie entwickelte die DDR-Führung insbesondere auf dem Gebiet der unmittelbaren Machtsicherung ein komplexes Instrumentarium der Überwachung und Verfolgung, das in seinen ausufernden Dimensionen in der Geschichte ohne Beispiel ist. Vor allem in der Amtszeit Erich Honeckers als Generalsekretär der SED wurden diese Mechanismen strukturell wirkender Unterdrückung systematisch ausgebaut und mit geradezu wissenschaftlicher Perfektion verfeinert. Ziel war es, politische Kritik schon im Vorfeld zu erkennen und nach Möglichkeit so zu neutralisieren, dass eine strafrechtliche Verfolgung gar nicht erst erforderlich wurde.

„Zersetzungsmaßnahmen“

Hubertus Knabe

Zuständig für die Absicherung der SED-Herrschaft nach innen war in erster Linie das Ministerium für Staatssicherheit (MfS), obgleich auch die anderen von der Partei kontrollierten Institutionen systematisch eingebunden waren in das System politischer Disziplinierung. Neben seiner unmittelbar durch Strafverfolgungsmaßnahmen ausgeübten Unterdrückungsfunktion bediente es sich dabei auch nicht-strafrechtlicher Repressalien, die nach außen oft gar nicht als solche zu erkennen waren. Von zentraler Bedeutung war in diesem Zusammenhang der aus der Biologie stammende Begriff der „Zersetzung“. Seit Anfang der siebziger Jahre nahm er einen zentralen Stellenwert in den Strategien des MfS ein. Zuvor hatte er bereits bei der Verfolgung von „feindlichen“ Stellen und Personen im Westen eine Rolle gespielt, über die das MfS keine staatliche Sanktionsgewalt hatte. Als operativer Begriff geheimdienstlicher Arbeit wurde er aber schon in den zwanziger Jahren verwendet, als der sowjetische Nachrichtendienst einen eigenen „Zersetzungsapparat“ aufbaute, der in der Weimarer Republik die bewaffneten Verbände infiltrieren und kampfunfähig machen sollte.

Dem „Wörterbuch der politisch-operativen Arbeit“ des MfS zufolge bedeutete „operative Zersetzung“, mit verschiedenen politisch-operativen Aktivitäten auf feindlich-negative Personen, insbesondere auf ihre feindlich-negativen Einstellungen und Überzeugungen Einfluss zu nehmen, so dass „diese erschüttert oder allmählich verändert werden bzw. Widersprüche sowie Differenzen zwischen feindlich-negativen Kräften hervorgerufen, ausgenutzt oder verstärkt werden“. Was sich dahinter verbarg, wurde in der Richtlinie 1/76 ausführlich geregelt, in der insgesamt sieben „bewährte anzuwendende Formen der Zersetzung“ und fünf „bewährte Mittel und Methoden“ beschrieben werden – von der „systematischen Diskreditierung des öffentlichen Rufes“ über die „systematische Organisation beruflicher und gesellschaftlicher Misserfolge zur Untergrabung des Selbstvertrauens einzelner Personen“ bis hin zur „Vorladung von Personen zu staatlichen Dienststellen oder gesellschaftlichen Organisationen mit glaubhafter oder unglaubhafter Begründung“; für die Durchführung sollten vorrangig zuverlässige und bewährte Inoffizielle Mitarbeiter

(IM) eingesetzt werden. Darüber hinaus werden in der Richtlinie noch andere Bearbeitungsmethoden wie das „Herausbrechen von Personen aus feindlichen Gruppen“, die „Arbeit mit operativen Legenden und operativen Kombinationen“ sowie die „Einbeziehung von Kräften anderer Staats- und wirtschaftsleitender Organe“ festgeschrieben.

Im Lehrmaterial der Hochschule des MfS werden diese Verfolgungsinstrumente auf rund 50 Seiten konkretisiert und mit Beispielen unterlegt. Zur Methode „beruflicher Misserfolg“ heißt es etwa u.a.: „Die Wirkung beruht darauf, dass ein Verdächtiger, der über längere Zeit und mit einer bestimmten Intensität berufliche oder gesellschaftliche Misserfolge erlebt, psychisch stark belastet und beeinflusst wird. Das kann schließlich zur Erschütterung oder zum Verlust des Selbstvertrauens führen. Damit wird der Betreffende vor allem mit sich selbst beschäftigt und muss nach Wegen suchen, seine persönlichen Schwierigkeiten zu überwinden. Die Lösung der für ihn so bedeutsamen Konfliktsituationen lässt zumeist keine Zeit für staatsfeindliche Handlungen bzw. der Verdächtige verfügt nicht über die dafür notwendige 'psychische Kraft'.“ In eine ähnliche Richtung zielt die Methode „Vorladung“, zu der u.a. ausgeführt wird: „Eine solche Vorladung muss so angelegt werden, dass sie bei der betreffenden Person Zweifel und gründliches Nachdenken über das Warum, Wozu und ähnliche Fragen bewirkt. Das Ziel besteht darin, Unsicherheit zu erzeugen, Verwirrung, Unglaubwürdigkeit usw. hervorzurufen. Mit der betreffenden Person können z.B. Gespräche geführt werden, deren Inhalt nichts mit den im Operativen Vorgang zu klärenden Verdachtsgründen zu tun hat oder die scheinbar völlig abwegig sind bzw. seltsam und unmotiviert anmuten. Bei einer Wiedergabe dieser Unterredung gegenüber der Gruppe bzw. einzelnen Mitgliedern wird das häufig mit Misstrauen und Zweifel aufgenommen und – wie beabsichtigt – die Ehrlichkeit und Vertrauenswürdigkeit erheblich in Frage stellen.“ Ähnliche Handlungsanweisungen finden sich auch zu den übrigen Formen und Methoden der Zersetzung.

In der Praxis waren die MfS-Mitarbeiter allerdings dazu angehalten, „jeglichen Schematismus zu vermeiden und einen originellen, der Situation angepassten Weg auszuarbeiten“. Eine schablonenhafte, formale Vorgehensweise sei nicht statthaft, denn „die Entwicklung und Organisierung von personen- und sachverhaltsbezogenen Zersetzungsmaßnahmen muss als ein schöpferischer Prozess angesehen werden“. Wie dies im einzelnen aussah, geht in der Regel aus den operativen Akten hervor, die

jedoch – nicht zuletzt aus Gründen des Opferschutzes – wissenschaftlich bislang nur partiell ausgewertet wurden.

„Weiche“ Formen der Verfolgung

Aus den bislang bekannt gewordenen Unterlagen lässt sich allerdings schon heute deutlich machen, wie das MfS die einschlägigen Vorschriften in der Praxis umsetzte. Zu den „weichen“ Formen der Verfolgung im Zuge bewusster Zersetzungsstrategien zählten danach insbesondere:

- die systematische, in der Regel unsichtbare, manchmal aber auch demonstrative Überwachung und Bespitzelung der Betroffenen durch Hauptamtliche und Inoffizielle Mitarbeiter sowie durch Abhörmaßnahmen und Postkontrolle, um Ansatzpunkte für das eigentliche Vorgehen zu finden bzw. um die Betroffenen einzuschüchtern;
- die gezielte Gewährung von Vergünstigungen wie West-Reisen, Urlaubsplätze, Auszeichnungen, Möglichkeiten des beruflichen Aufstieg, Zuteilung einer großzügigen Wohnung etc., um den Betroffenen zu korrumpieren oder zu kompromittieren;
- die systematische Unterbindung von Kontakten, insbesondere zwischen Ost und West, durch Ein- oder Ausreiseverbote, Zurückhaltung oder Beschlagnahme von Postsendungen, Störung von Telefongesprächen, Unterbrechung von „Verbindungslinien“ etc.;
- die organisierte Erzeugung von beruflichen, politischen und persönlichen Misserfolgen, um die Betroffenen zu verunsichern, zu entmutigen und ihr Selbstvertrauen zu untergraben;
- die gezielte Zurückdrängung und Zerstörung von „feindlich-negativen“ Überzeugungen und Aktivitäten durch massiven Einsatz von IM, Demontage von Vorbildpersonen und Weltbildern, Entpolitisierung und „Theologisierung“ von kirchlichen Gruppen, Verhinderung von gemeinsamen Stellungnahmen, Bindung durch andere Arbeiten, Angebote zur gesellschaftlichen Mitarbeit, Forcierung von Übersiedlungswünschen etc.;
- die zielstrebige Förderung und Eskalierung von Misstrauen, Differenzen, Desorganisation sowie Konflikten aller Art, vor allem über IM und Partner des „politisch-operativen Zusammenwirkens“ (POZW), um Kräfte zu absorbieren, politisch unerwünschte Aktivitäten einzuschränken, Gruppen zu spalten („Bildung von Kontergruppen“), eine Tendenz

zur Beschäftigung „mit sich selbst“ auszulösen, Lähmungen oder Resignation zu verursachen;

- die gezielte Kompromittierung und Isolierung der Betroffenen durch Anspielungen, Gerüchte, Desinformationen, Täuschungen und andere Formen der Einflussnahme auf ihre Umgebung – zentriert um Unterstellungen wie berufliches Versagen, Homosexualität, „unmoralische“ Lebensweise, pornographische Interessen, Ehebruch, Geldgier, Alkoholismus, kriminelle Handlungen, Charakterschwächen, Kontakte zu rechtsextremen Kreisen, „unsaubere“ Vergangenheit, Verbindungen zu westlichen Geheimdiensten oder – bezeichnend genug und besonders häufig – Spitzeltätigkeit für das MfS;
- Formen des Psychoterrors wie anonyme oder pseudonyme Briefe, regelmäßige (nächtliche) Telefonanrufe, Drohungen und Beschimpfungen, Zerstörung von Liebes- oder Familienbeziehungen durch Organisation von Misstrauen, Konflikten und Entfremdung, Vortäuschen außerehelicher Verhältnisse, massenhafte Aufgabe fiktiver, z.T. diskreditierender Annoncen und Bestellungen, „Erzeugung hysterischer und anderer depressiver Verhaltensweisen bei Personen, die psychisch relativ leicht zu beeinflussen sind“;
- Disziplinierung durch Maßnahmen von „Partnern des operativen Zusammenwirkens“ und der Kirchen wie Vorladungen zu Vorgesetzten, Leitern von Bildungseinrichtungen (Schulen, Universitäten), zu Leitungsgremien von SED, Freier deutscher Jugend (FDJ), anderen Parteien oder Massenorganisationen, zu „Aussprachen“ mit den Behörden, namentlich der „Linie“ Kirchenfragen, negative Sanktionen im Ausbildungsbereich, im Beruf oder in Reisefragen (Nichtzulassung zum Gymnasium oder zum Studium, Relegierung oder Exmatrikulation, Verhinderung des beruflichen Aufstiegs, Publikationsverbot, Berufsverbot, Ablehnung von Reiseanträgen), gezielte Einberufung zum Wehrdienst oder zu Reserveübungen, Ausschluss aus Parteien oder Massenorganisationen;
- Disziplinierung durch repressive Maßnahmen unterhalb der Ebene strafrechtlicher Verurteilungen wie Ermittlungen der Polizei oder des MfS, Hausdurchsuchungen, Zuführungen, Vernehmungen, Beschlagnahmungen, Einziehung des Fahrzeuges, Ausbürgerungen, Aufenthaltsbeschränkungen (Hausarrest, Berlin-Verbot u.ä.), Arbeitsplatzbindung, Zuweisung weit entfernter Arbeitsplätze, Befragungen durch

Zoll- oder Steuerorgane, Aussprachen bei den Abteilungen Inneres, gezielte Kriminalisierung, Verhängung von Ordnungsstrafen, Ausstellung eines behelfsmäßigen Personalausweises (PM 12) oder Entzug des Führerscheins, (angedrohter) Entzug des Erziehungsrechtes für die eigenen Kinder, gezielte Einschüchterung durch strafrechtliche Maßnahmen gegen andere Personen etc.;

- gezielte Kriminalisierung der Betroffenen wegen vordergründig unpolitischer Delikte wie Zoll- oder Steuervergehen, Beeinträchtigung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit durch „asoziales Verhalten“ (§ 249 StGB), Verführung Minderjähriger etc.;
- Einschüchterung oder womöglich Ausschaltung der Betroffenen durch sogenannte „spezielle“, „offensive“ oder „aktive“ Maßnahmen wie vorsätzliche Beschädigungen am Fahrzeug, Inszenierung krimineller Handlungen (Raub, Einbruch, Überfall), falsche ärztliche Behandlung, körperliche Gewalt, Vergiftung von Lebensmitteln, Förderung von Suizidbereitschaft sowie unter Umständen auch Tötungsversuche – wengleich derartige Zersetzungsmaßnahmen in den Akten nur selten genauer dokumentiert wurden.

Diese – keineswegs vollständige – Auflistung macht deutlich, wie vielfältig die gezielt eingesetzten „weichen“ und somit lautlosen Formen der Verfolgung waren und wie wirksam sie insbesondere durch ihre strategische Kombination werden konnten; zu Recht sprach das MfS deshalb von einer „Vielschichtigkeit und praktischen Unbegrenztheit operativer Zersetzungsmethoden“. Ihre Auswirkungen wurden in der Regel durch IM sorgfältig registriert und in Sachstands-, Monats- oder Kontrollberichten festgehalten. Waren die Maßnahmen in den Augen des MfS erfolgreich, konnte der Vorgang zum Abschluss kommen – waren sie es nicht, wurden weitere Eingriffe festgelegt und deren Ausführung kontrolliert. Im Extremfall konnte es dann später in der Vorgangsakte heißen: „Die im Berichtszeitraum weiter angestiegene Zahl der Suizidversuche und -absichten ist als Ausdruck einer Tendenz der Ausweglosigkeit, Labilität, Resignation sowie nicht bewältigter persönlicher, beruflicher und gesellschaftlicher Konflikte unter einem Teil des operativ interessierenden Personenkreises zu werten.“

Fazit

Politische Verfolgung wurde vom DDR-Staatssicherheitsdienst in den siebziger und achtziger Jahren nicht zuletzt aus außenpolitischen Gründen mit zunehmend „feineren“ Waffen als in den Jahrzehnten zuvor betrieben. Um eine Anwendung des politischen Strafrechtes zu vermeiden, sollten nach Möglichkeit weniger sichtbare, indirekte Disziplinierungsmaßnahmen zum Einsatz kommen. Eine Schlüsselrolle spielten dabei neben den IM die so genannten „Partner des operativen Zusammenwirkens“, zu denen nicht nur das Ministerium für Inneres oder der Rat des Kreises zählten, sondern auch Universitätsleitungen, Betriebsleitungen, Wohnungsverwaltungen, Sparkassenfilialen oder behandelnde Ärzte. Obwohl die Fäden der nicht-strafrechtlichen Verfolgung beim MfS zusammenliefen, hielt es sich bei der Durchführung zumeist im Hintergrund. Ziel der geheimpolizeilich kontrollierten Repression war es, die betroffene Person zunächst in umfassender Weise transparent zu machen, um sie dann vor allem psychisch zu beeinflussen und zu steuern. Je nach Reaktion des Betroffenen auf die eingeleiteten Maßnahmen konnte das Ergebnis am Ende sowohl die „Rückgewinnung“, die „Lähmung“ oder die Inhaftierung der „Unbelehrbaren“ sein.

Aus der Perspektive vergleichender Diktaturforschung stellt der strategisch geplante, umfassend organisierte und intensiv kontrollierte Einsatz nicht-strafrechtlicher Formen der Verfolgung eine neue Qualität der Herrschaftssicherung dar. Ermöglicht wurde diese vor allem durch den direkten Zugriff des kommunistischen Parteistaates auf alle staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen mit Ausnahme der Kirchen und durch einen kontinuierlichen Ausbau des Spitzel- und Überwachungsapparates. Die DDR unterschied sich damit in ihrer Spätphase von anderen, „klassischen“ Diktaturen, in denen politische Unterordnung vor allem durch unmittelbare Gewaltanwendung erzwungen wird. Sie stellte gleichsam eine Diktatur höherer Ordnung dar, die mit einem ausdifferenzierten System sozialtechnischer Steuerungsinstrumente die Menschen zur Unterordnung und zum reibungslosen Funktionieren bewegen wollte.

Ausreisepraxis von Stasi und Mdl

Karsten Dümmel

Die Möglichkeit, die DDR dauerhaft zu verlassen, war – von ihrer Gründung 1949 bis in das Jahr 1988 – gesetzlich nicht geregelt. Nur für einen kleinen, sehr eng begrenzten Personenkreis bestand das Recht, einen Antrag auf Ausreise zu stellen. Hier waren Rentner, Behinderte und Invaliden oder auch Personen zu finden, die auf Grund einer Familienzusammenführung (Ehe) das Land verlassen wollten. Nichtsdestoweniger siedelten seit dem Bau der Berliner Mauer im August 1961 bis zum September 1989 insgesamt mehr als 500.000 DDR-Bürger legal in den Westen Deutschlands über. Darunter befanden sich 34.000 von der Bundesrepublik freigekaufte politische Häftlinge und etwa 200.000 DDR-Bürger, die „rechtswidrig“ ein „Gesuch auf Übersiedlung“ gestellt hatten, kurz: Antragsteller oder Ausreiseantragsteller. In diesen sahen SED und Stasi seit Mitte der siebziger Jahre ein großes politisches Konfliktpotential. Ein Unruheherd im eigenen Land. Unter Berufung auf die von der DDR eingegangenen internationalen Verpflichtungen (KSZE-Konferenz von Helsinki, UNO-Beitritt der DDR) über die individuellen Menschenrechte forderten seit 1975 immer mehr Bürger ihr persönliches Recht auf Reisefreiheit ein, in dem sie auf ihre „Entlassung aus der Staatsbürgerschaft der DDR mit gleichzeitiger Übersiedlung in die Bundesrepublik“ bestanden. Die Ablehnung dieser Anträge rief häufig hartnäckigen Widerstand bei den Betroffenen hervor. SED und Stasi versuchten, dem Ausreisebegehren durch ein abgestimmtes Vorgehen entgegenzuwirken. Zuständig für die Anträge und somit offizieller Kontaktpartner war die Abteilung Innere Angelegenheiten beim Rat der Stadt bzw. beim Rat des Kreises im Wohnort des Antragstellers. Diese Abteilung war eine getarnte Unterabteilung des Ministerium des Innern (Mdl) in Berlin. Inoffiziell, aber auch offiziell stand sie im ständigen Informationsaustausch mit der Stasi. Der „Differenzierungsprozess“ der Antragsteller wurde über die geheime Mdl-Ordnung 118/77 und dem geheimen Mdl-Befehl 6/77 geregelt. Alles begann mit dem Anlegen der Kartei IA 30. Dort wurde zunächst in zwei Gruppen unterschieden:

1. in Bürger, die einen „Versuch zur Erreichung der Übersiedlung“ unternommen hatten;

2. in Bürger, die „einen Antrag zur Prüfung auf Wohnsitzänderung ins Ausland“ gestellt hatten.

Bei der ersten Gruppe musste weiter aufgeteilt werden:

- a. in Bürger, die aktiv die Übersiedlung betrieben;
- b. in Bürger, die passiv die Übersiedlung betrieben;
- c. in Bürger, die nach Ablehnung ihres Gesuches weiterhin aktiv ihre Übersiedlung betrieben;
- d. in Bürger, die sich nach der Ablehnung passiv verhielten;
- e. in Bürger, die ihr Gesuch zurückgezogen hatten;
- f. in Bürger, denen die Ausreise genehmigt wurde.

Im weiteren Verlauf mussten die Motive, die für den Antrag auf Ausreise angegeben worden waren, herausgeschält werden, um über „Differenzierungsgespräche“ und „Disziplinarmaßnahmen“ die Motive dahin zu beeinflussen, dass von dem Antrag Abstand genommen werden sollte. In die Differenzierungsgespräche und zu den Disziplinarmaßnahmen wurden die „Partner des operativen Zusammenwirkens (POZW)“, wie beispielsweise die Arbeitsstelle des Betroffenen, Parteien oder Organisationen, ebenso herangezogen wie die Abteilung Inneres oder die Stasi selbst. Bei diesem Differenzierungsprozess wurde unterschieden zwischen:

- Antragstellern, bei welchen eine Rückgewinnung für die DDR und damit eine „tatsächliche, da ehrliche Abstandnahme vom Übersiedlungsersuchen erreichbar“ schien;
- Antragsteller, bei denen keine Ansatzpunkte für die Rückgewinnung bestand, die gleichsam auf ihrem Gesuch beharrten.

Für die letzte Gruppe interessierte sich dann die Stasi. Alle anderen verblieben als separater Vorgang zunächst bei der Abteilung Inneres, mindestens so lange, bis sie eine andere Einstufung bekamen. (Die Einstufung selbst war den Betroffenen unbekannt.) Bei den Antragstellern, die als „nichtrückgewinnbar“ eingestuft worden waren, unterschieden die Abteilung Inneres und die Stasi in:

1. Personen, die als „unverbesserliche“, „uneinsichtige“ bzw. als „hartnäckige Gesuchsteller“ auf Ausreise aufgefallen waren;
2. Personen, die eine feindlich bzw. feindlich-negative Grundeinstellung zur sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung aufwiesen.

Mit dem ersten Ausreiseantrag begann das Verfahren zur Entlassung aus der Staatsbürgerschaft der DDR. Über die Entscheidungen, den Verlauf, über Wege, Behörden und Personen oder aber über die Gründe, die zur Ablehnung oder zur Genehmigung des Antrages führten, erfuhr der Antragsteller selbst nichts. Ablehnungen führten sehr häufig zu Eingaben, zu Staatsratseingaben, zu Beschwerden oder zu Wiederholungsanträgen. Die Stasi hatte absolutes Einspruchsrecht im Genehmigungsverfahren, faktisch also die Entscheidungsgewalt. In politisch brisanten Fällen behielten sich der Stasi-General Mielke und der Staatsratsvorsitzende Honnecker persönlich die letzte Entscheidung vor. Die Überwachung des Ausreiseverfahrens lag ebenfalls bei der Stasi. Ende der siebziger Jahre reagierte sie auf die Flut von Ausreiseanträgen, indem sie eine spezielle Diensteinheit zur „Bekämpfung“ der Flucht und Ausreise, die Zentrale Koordinierungsgruppe (ZKG) mit ihren jeweiligen Referaten in den Bezirks- (BV) und Kreisdienststellen (KD) einrichtete. Neben der bereits erwähnten Gruppe hielten Stasi und Abteilung Inneres folgende Personengruppen von Antragstellern unter „operativer Kontrolle“:

1. Personen, die im Blickpunkt der Öffentlichkeit standen bzw., die auf „Grund ihrer beruflichen und gesellschaftlichen Stellung vorbeugend zu sichern“ waren;
2. Personen, die „Kontakte zu Dienststellen und Einrichtungen nichtsozialistischer Länder“, zu „westlichen Massenmedien und ihren Korrespondenten“ oder zu kirchlichen Organisationen unterhielten;
3. Personen, die „Rückverbindungen zu ehemaligen DDR-Bürgern“ hatten, denen die Ausreise in der Vergangenheit genehmigt worden war und die im Verdacht standen, mit feindlichen Organisationen zusammen zu arbeiten.

Disziplinierungsmaßnahmen – außerhalb und unabhängig von Zersetzungsmaßnahmen – waren: die unbegründete bzw. unter einem Vorwand ausgesprochene Kündigung, Arbeitsplatzbindung als Hilfsarbeiter, Reiseverbot in der DDR, Stadtarrest, Hausarrest (an staatlichen Feiertagen), Außerkraftsetzung des Eingabegesetzes der DDR für Antragsteller, Sperrung des Telefonanschlusses („Schutz vor Missbrauch“), ständige Meldepflicht, Verlust aller staatsbürgerlichen Rechte (Einzug des Personalausweises – Vergabe der provisorischen Identitätskarte PM 12) u.a.m.

Zur Minderung des Drucks im eigenen Land und zur Lösung verschiedener politischer Konfliktherde schlug die Stasi auch Ausbürgerungen aus

„politisch-operativen Gründen“ vor. Betroffen waren meist Antragsteller, die in Oppositionskreisen tätig waren bzw. die nach Ansicht der Stasi durch ihre Protestaktionen die DDR öffentlich und international politisch in Misskredit brachten. Viele Antragsteller waren nicht bereit, die Ablehnung ihrer Anträge widerspruchslos hinzunehmen. Sie reichten beständig neue Eingaben und Beschwerden bei verschiedenen staatlichen Institutionen ein und wiederholten ihr Verlangen. Häufig solidarisierten sie sich untereinander und bekundeten ihren Ausreisewillen demonstrativ und öffentlich. Spätestens dann begann die Stasi, gegen sie operativ zu ermitteln, was in der Regel mit Haft endete. Andererseits führten nachhaltige Proteste und Hartnäckigkeit nicht selten zur Bewilligung der Ausreise. Eine Regel bzw. eine Transparenz in dem Ausreiseverfahren war bis in das Jahr 1989 nicht zu erkennen. Willkür und Machtmissbrauch sind in den Akten der Abteilung Inneres bzw. in den Stasi-Akten selten zu finden, dennoch gehörten Kontrollverlust über das eigene Leben und Gefühle der völligen Ohnmacht und des Ausgeliefertseins zum Erfahrungsschatz eines jeden Antragstellers auf Ausreise.

00148

Ministerium des Innern

Arbeit der Organe des MdI

70 02 10

- Übersiedlungen -

2

B...

5. Austauschblatt

(11. Ä. v. 24. 3. 88; i. Kr. v. 24. 3. 88)

Vertrauliche Versandsache

I 020 805

NE 009773

. Ausf., Blatt 1-42, 4a, 6a,
8a-8b, 10a, 12a-12h,
17a-17b, 26a, 33a-33b,
34a-34b, 37a-37c,
37d-37g, 38a
und 35 Blatt offen

Ordnung Nr. 024/77

des Ministers des Innern
und Chefs der Deutschen Volkspolizei
über

das Vorgehen bei der Unterbindung und Zurückdrängung von Versuchen von Bürgern der DDR, die Übersiedlung nach der BRD oder nach Westberlin zu erreichen, das Verfahren zur Genehmigung von Anträgen auf Wohnsitzänderung nach der BRD und nach Westberlin, das Verfahren bei Eheschließungen zwischen Bürgern der DDR und Ausländern, die Behandlung von Staatsbürgerschaftsfragen, den Verkehr mit Behörden und deren Einrichtungen der BRD und Westberlins sowie über die Behandlung von Anliegen aus der BRD und aus Westberlin

- Vom 8. März 1977 -

1. Diese Ordnung bildet die Grundlage für die Gewährleistung eines einheitlichen und abgestimmten Vorgehens bei der Unterbindung und Zurückdrängung von Versuchen von Bürgern der DDR, die Übersiedlung nach der BRD oder nach Westberlin zu erreichen, die Durchführung des Antrags-, Prüfungs- und Entscheidungsverfahrens zur Wohnsitzänderung von Bürgern der DDR nach der BRD oder nach Westberlin, Eheschließungen mit Bürgern anderer Staaten und Westberlins, die Behandlung von Staatsbürgerschaftsfragen, den Verkehr mit Behörden und deren Einrichtungen der BRD und Westberlins sowie die Behandlung von Anliegen aus der BRD und aus Westberlin.

Diese Ordnung tritt am 8. März 1977 in Kraft.

Gleichzeitig treten außer Kraft:

- Anweisung Nr. 024/67 des Ministers des Innern und Chefs der Deutschen Volkspolizei über die Bearbeitung von Anträgen auf

Die geplanten Isolierungslager der Stasi

Thomas Auerbach

Seit über 25 Jahren war es geplant. Schlagartig, konspirativ und vorbeugend sollte es geschehen. Fast 86.000 Bürger der ehemaligen DDR waren betroffen. Sie alle waren von der Stasi im sogenannten „Vorbeugekomplex“ erfasst und im Falle einer inneren Krise, einer Spannungsperiode oder im Verteidigungszustand zur Festnahme, zur Isolierung bzw. zur verstärkten operativen Kontrolle und Überwachung vorgesehen. In X + 24 Stunden sollten geeignete Gebäude mit Stacheldraht und Wachttürmen umgeben und das ganze Land mit Isolierungslagern überzogen werden. Hunderte von Stasi-Mitarbeitern bereiteten diese Aktion seit Jahrzehnten vor und arbeiteten die entsprechenden Planungen ständig „tagfertig“ auf. In den Panzerschränken der Stasi-Kreisdienststellen lagen bis zum Ende der DDR versiegelte Briefumschläge mit der Aufschrift „Kz 4.1.3.“ mit sorgfältig ausgefüllten Personalunterlagen griffbereit. Diese Papiere, auf ein zentrales Codewort zu öffnen, sollten den bewaffneten Verhaftungskommandos der Stasi den Weg zu DDR-Bürgern weisen, die zu Tausenden in Vorbeugehaft und Arbeitslager wandern sollten.

Geheimdirektive 1/67

Im Juli 1967 erließ der Stasi-Minister Erich Mielke eine Direktive, die als Grundlage für alle späteren Vorbereitungsdokumente der „spezifisch-operativen Maßnahmen“ diente. Die im „Vorbeugekomplex“ geplanten Isolierungslager waren ihrerseits nach einem Kennziffersystem in die gesamtstaatlichen Mobilisierungsvorbereitungen eingebettet, mit der sich das SED-Regime auf den Ernstfall rüstete. Die letzte Befehlsgewalt lag beim Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates der DDR, d. h. seit 1971 bei Erich Honecker.

Planung, Realisierung und Kontrolle der „Mobilmachungsarbeit“, also auch der „spezifisch-operativen Maßnahmen“ zur Einrichtung der Isolierungslager, lagen bei den 15 Bezirks- und den nachgeordneten Kreiseinsatzleitungen. Die Bildung dieser Gremien war eine der Reaktionen von Partei- und Staatsführung auf den Volksaufstand am 17. Juni 1953 gewesen. Im Januar des folgenden Jahres benannte der damalige Innenminister Willi Stoph eine zentrale Aufgabe der Bezirkseinsatzleitun-

gen: „Die Niederschlagung von feindlichen Provokationen, wie Streiks, Demonstrationen, Aufruhr und Revolten.“ Am 26. Januar 1967 fand unter der Leitung des Staatsratsvorsitzenden Ulbricht eine Sitzung des Nationalen Verteidigungsrates (NVR) statt, auf der die eingangs erwähnte Direktive 1/67 beschlossen wurde. Für die Anleitung und Kontrolle zur Durchsetzung dieser Direktive war der jeweilige Leiter der Arbeitsgruppe des Ministers verantwortlich und für die Durchführung die Leiter der operativen Stasi-Dienststellen in den Bezirks- und Kreisdienststellen.

Der Unterschied zwischen Isolierung und Internierung

Mielkes Direktive 1/67 differenzierte bei den Vorbeugemaßnahmen zwischen den Begriffen „Internierung“ (Kennziffer 4.1.2.) und „Isolierung“ (Kennziffer 4.1.3.). Diese Begriffe sind von zentraler Bedeutung und sorgfältig zu unterscheiden. Zur Internierung waren Ausländer und Transitreisende vorgesehen, die sich in Spannungsperioden und im Verteidigungszustand auf dem Gebiet der DDR aufhielten. Verantwortlich für die Verhaftung dieses Personenkreises war das Ministerium des Inneren (Mdl) und die Deutsche Volkspolizei (DVP). Im Ernstfall sollten in der DDR insgesamt 35 Internierungslager mit einer Kapazität von 21.000 Personen und einer Maximalkapazität von 26.000 Personen eingerichtet werden. Auch an diesen Planungen war die Stasi nicht unbeteiligt. So sollten „Operativgruppen“ der Stasi in den Internierungslagern als Spezialisten für die Verhöre sowie als Führungsoffiziere von Inoffiziellen Mitarbeitern (IM) tätig werden. Ein Internierungslager für 855 Diplomaten und Korrespondenten in Ost-Berlin wäre beispielweise nicht vom Ministerium des Inneren, sondern von der Hauptabteilung II (Spionageabwehr) der Stasi errichtet, verwaltet und betrieben worden.

Von der Internierung stets zu unterscheiden sind die im Vorbeugekomplex geplanten Isolierungsmaßnahmen. Letztere richteten sich ausschließlich gegen die eigene Bevölkerung, gegen Bürger, die dem SED-Regime – aus welchen Gründen auch immer – missliebig aufgefallen waren und deshalb im Ernstfall ausgeschaltet werden sollten. Mit Stand vom Dezember 1988 hatte die Stasi 85.939 Personen im Vorbeugekomplex erfasst. Davon waren 2.955 Personen zur Inhaftierung in den Stasi-Untersuchungshaftanstalten vorgesehen (Kennziffer 4.1.1). 10.726 Personen sollten in Isolierungslager gebracht werden (Kennziffer 4.1.3.). Darüber hinaus waren 937 „unzuverlässige“ staatliche Funktionäre für eine verstärkte Überwachung mit dem Ziel ihrer späteren Ablösung vor-

gesehen (Kennziffer 4.1.4.). Weitere 71.321 DDR-Bürger hatte die Stasi als sogenannte „feindlich-negative Personen“ registriert (Kennziffer 4.1.5.). Es ist zu vermuten, dass diese Personen bei der geringsten Auffälligkeit ebenfalls in die geplanten Isolierungslager eingeliefert worden wären.

Kriegserklärung an das eigene Volk

Die Größenordnungen, in denen die Stasi plante, zeigen, dass sie sich nicht nur vor einigen hundert Dissidenten und Oppositionellen fürchtete. Das Feindbild, das den Planungen der Lager zugrunde lag, ging weit über die Ausschaltung der im engeren Begriffssinn politisch motivierten Opposition hinaus; ins Visier der Stasi konnte vielmehr jeder Bürger geraten, der in irgendeiner Weise negativ aufgefallen war. Die Maßnahmen des Vorbeugekomplexes waren eine Kriegserklärung an das eigene Volk. Abzulesen ist dies u.a. in Unterlagen für die „Präzisierung und Komplettierung der Dokumentation der spezifisch-operativen Vorbeugungsmaßnahmen“. Dort erließ die Stasi im Januar 1984 „instruktiv-methodische Hinweise“. In der „1. Ergänzung“ dazu finden sich die Kriterien für die Festnahmen. Jede mögliche Form oppositionellen und widerständigen Verhaltens wird hier aufgelistet. In die Isolierungslager sollten kommen: „Personen, von denen aufgrund ihrer verfestigten feindlich-negativen Grundhaltung gegenüber der sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung und unter Berücksichtigung ihres bisherigen Auftretens, ihrer offiziell und inoffiziell bekannt gewordenen Äußerungen, ihrer Kontakte und Verbindungen sowie bestimmter Lebens- und Verhaltensweisen mit Wahrscheinlichkeit im Verteidigungszustand eine akute Gefährdung der staatlichen Sicherheit und Ordnung ausgehen kann oder die solche Handlungen dulden oder unterstützen.“

Beispiele aus der Einzelauflistung: „Personen, die Träger der politisch-ideologischen Diversion sind und bestimmte Bevölkerungskreise massiv beeinflussen und zu Handlungen gegen den Staat aufwiegeln können“; „Personen, die Ersuche auf Übersiedlung gestellt haben und mit Einrichtungen und Kräften im Operationsgebiet [gemeint ist die Bundesrepublik Deutschland und Westberlin] in Verbindung stehen, derartige Kontaktaufnahmen oder Demonstrativhandlungen angedroht haben bzw. zu spontanen und unkontrollierbaren Reaktionen neigen“; „Personen, die zu reaktionären klerikalen Kräften und anderen inneren Feinden in der DDR bzw. zu feindlich-negativen Einrichtungen und Kräften im Operationsgebiet und

dem übrigen Ausland enge, operativ-bedeutsame Kontakte unterhalten“; „Personen, bei denen durch die Deutsche Volkspolizei, Abteilung K, Arbeitsrichtung I, der begründete Verdacht erarbeitet wurde, dass sie im Verteidigungszustand die Durchsetzung einer hohen öffentlichen Ordnung und Sicherheit erheblich beeinträchtigen.“

Mit deutscher Gründlichkeit

Für den „Tag X“ in der DDR war alles bis ins kleinste Detail geplant. Nichts hatte die Stasi dem Zufall überlassen. Mit deutscher Gründlichkeit wurden über die festzunehmenden Personen Formblätter mit Name, Adresse, Foto, Hinweisen auf Verbindungen zu anderen Personen etc. angelegt und stets auf aktuellem Stand gehalten. Auf dem Formblatt wurde auch vermerkt, ob sich die „Klingel an der Haustür“ oder „...an der Wohnungstür“ des Opfers befand, ob das Haus „weitere Ausgänge“ hatte u.a.m. Um Zufälle auszuschließen, lag eine Lageskizze des Hauses samt Foto bei der Stasi vor. Stärke und Ausrüstung der Festnahmegruppen war festgelegt, sie bestanden aus drei Mitarbeitern und verfügten über einen PKW, ein UKW-Sprechfunkgerät, zwei Maschinenpistolen, Knebelketten, Handschellen und Schlagstöcke sowie Taschenlampen und Schreibgerät. Der Weg in die Gefangenschaft war in zwei Stufen vorgesehen: Nach der Verhaftung sollten die für die Isolierung vorgesehenen Personen zunächst in „zeitweilige Isolierungsstützpunkte“ transportiert werden. Deren Anzahl ist nicht bekannt. Es ist aber davon auszugehen, dass 1989 alle Stasi-Kreisdienststellen einen solchen Stützpunkt in ihrer Region vorgesehen hatten. Diese vorbereiteten Stützpunkte (in Ferienlagern, Lehrlingsheimen, Gaststätten, Messehallen u.ä.) sollten innerhalb kürzester Zeit (x+8 bis 12 Stunden) „volle Aufnahmebereitschaft“ aufweisen. Teilweise wollte die Stasi die Isolierungsstützpunkte direkt in den Gebäuden der Stasi-Kreisdienststellen einrichten. Die Kreisdienststelle Seelow beispielsweise hatte als zeitweiliges Isolierungsobjekt zwei Garagen für 25 bzw. für 10 Personen vorgesehen. Diese Garagen sollten durch ein zwei Meter hohes Eisengitter und Wachhunde gesichert und mit einer „10 qm Liegefläche mit Stroh, einem transportablen WC-Kübel“ sowie Sitzbänken „ausgestattet“ werden. Wer länger als 12 Stunden „zugeführt“ war, durfte entsprechend der „Verpflegungsnorm“ (pro Person 0,50 Mark) auf 300 g Brot und 2 Liter warme oder kalte Getränke als Verpflegung hoffen. Die Stasi-Kreisdienststelle Saalfeld in Thüringen hatte für ihr Isolierungsobjekt bereits eine Hausordnung vorbereitet. Sie datiert vom

26. Juli 1989. Danach hatten die Gefangenen auch „Rechte“, u.a. das „auf aktive Einbeziehung in den positiven Erziehungsprozess“ und den „Einsatz zu nützlicher Arbeit“. Zu den Pflichten gehörte neben der „pünktlichen“ Teilnahme am „täglichen Zählappell“ die Gewährleistung von „Ordnung und Sauberkeit im Objekt“. Bemerkenswert wirkt der Appell an die Gefangenen, „im Verhalten untereinander die Regeln des Zusammenlebens in Menschengemeinschaften zu achten“. Die Isolierten werden, so die Hausordnung, „mit den geltenden Schusswaffengebrauchsbestimmungen bekannt gemacht“. Selbst die Ansprache des Zivilpersonals war vorgeschrieben: Mit „Herr oder Frau mit Berufsbezeichnung“ (z.B. Herr Koch, Frau Küchenhilfe usw.) hatte der Gefangene sich zu melden.

Gitter 1 fasst 6.000 Personen

Nach sechs Tagen sollte in der Regel der Abtransport in die zwischenzeitlich hergerichteten „zentralen Isolierungsobjekte“ beginnen. In jedem der 15 Bezirke der DDR war ein solches zentrales Isolierungslager vorgesehen. Wie die zeitweiligen Isolierungsstützpunkte wurden auch diese Lager im Geheimen aufgeklärt und mit Fotos, Grundrissplänen und Lagekarten dokumentiert. In manchen Bezirken mit hoher Bevölkerungsdichte war geplant, zwei Lager zu errichten. In vielen Bezirken sollten Burg- und Festungsbauten dafür genutzt werden, so im Bezirk Karl-Marx-Stadt die Festung Augustusburg. Sie firmierte unter dem Decknamen „Gitter 1“. Dort sollten 6.000 Personen eingesperrt werden. Ein zweites Lager (Deckname Gitter 2) war für die Aufnahme von weiteren 5.000 Personen konzipiert.

Detailliert sind die „Grundsätze zur Vorbereitung und Durchführung der Isolierung“ festgeschrieben. Die Lager sollten z.B. „mindestens 60 km von der Staatsgrenze zur BRD entfernt“ – außerhalb geschlossener Ortschaften, „aber in vertretbarer Entfernung zum Arbeitseinsatzbetrieb“ liegen. Im Klartext: Die Isolierungslager sollten, wenn möglich, als Zwangsarbeitslager dienen. Auch sonst war an alles gedacht: An „Fingerabdruckbogen“, „Kurzbeurteilungsblatt“ und die „Kennzeichnung der Bekleidung“. Danach hatte der „Stuben- bzw. Unterkunftsälteste“ „...einen Ärmelstreifen grün 2 cm breit“, der „Objektälteste“ „drei Ärmelstreifen grün 2 cm breit“, der „Schichtleiter“ eine „gelbe Armbinde“ mit den „Buchstaben SL“ zu tragen. Es wurde minutiös festgehalten, wo die Armbinde zu tragen oder das farbige Stoffzeichen aufzunähen sei. Die Größe der „Sperrgebiet“-Schilder, die im Vorgelände der Lager aufgestellt werden sollten, stand ebenso

fest: „Schild: 675 x 400 x 4 mm weiß, ohne Rand, Schrift: schwarz, Pfahl: 80 x 100 x 2900 mm, Gesamthöhe über Erde 2100 mm“. Sogar die Verwendung von Diensthunden war geregelt.

Angst vor dem eigenen Volk

Die Stasi-Strategen kamen bekanntlich nicht mehr dazu, ihre Pläne auszuführen. Das SED-Regime brach in kurzer Zeit wie ein Kartenhaus zusammen. Es trat ein, was die SED seit Jahrzehnten fürchtete und was die Stasi eigentlich verhindern sollte. Auf einer der letzten Dienstbesprechungen des Stasi-Ministers Mielke mit seinen Leitern der Bezirksverwaltungen (BV) stellte er im August 1989 ängstlich die Frage: „Ist es so, dass morgen der 17. Juni ausbricht?“ Worauf ihm – in völliger Verkennung der Situation – versichert wurde: „Der ist morgen nicht, der wird nicht stattfinden, dafür sind wir ja auch da“. Hinter Mielkes Frage stand die Angst der Herrschenden vor der eigenen Bevölkerung. Die Planungen der Lager war ein Indiz für diese Angst. Auch wenn die vorbereiteten Massenverhaftungen nicht stattfanden und die geplanten Isolierungslager nicht realisiert werden konnten, so bleibt festzuhalten, dass die Planungen der Stasi in ihrer Dimension beispiellos sind. Sie sind ein beredtes Zeugnis des SED-Unrechtsregimes.

Beispiel: Der „Operative Vorgang Verräter“

Wolfgang Templin

Die Biografie von Wolfgang Templin, der als Oppositioneller und Bürgerrechtler bekannt wurde, sich in seiner Studentenzeit zur Zusammenarbeit mit der Stasi verpflichtete und später aus deren Netz befreite, ist ein bedrohtes Beispiel für die verschiedenen Seiten des zerstörerischen Wirkens der Stasi einerseits und für das Leben in der DDR-Diktatur andererseits.

Als Templin 1948 in der thüringischen Universitätsstadt Jena geboren wurde, existierte die DDR als Staat noch nicht. Dennoch waren, drei Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, die Weichen für die politische Entwicklung im östlichen Teil Deutschlands gestellt. Im April 1945 hatten amerikanische Truppen Jena und ganz Thüringen besetzt. Drei Monate später wurde Thüringen durch die Vereinbarungen über die gemeinsame Verwaltung Berlins an die sowjetische Sieger- und Besatzungsmacht übergeben. Die Entnazifizierung und der Wiederaufbau verliefen in allen Teilen der sowjetischen Besatzungszone nach dem gleichen Muster. Die Abrechnung mit den Verbrechen des Nationalsozialismus, die Bestrafung der Schuldigen, ihre Enteignungen, die Entfernung von aktiven Nazis und schwer belasteten Personen aus den Bereichen Verwaltung, Schuldienst und aus anderen öffentlichen Positionen wurden als antifaschistische Maßnahmen legitimiert. Sie ebneten den Weg für die Machtergreifung der Kommunisten. Im Oktober 1949 wurde die Deutsche Demokratische Republik (DDR) gegründet. Der Staat, in den Templin hineinwuchs, gab sich einen demokratischen Anstrich, er nannte sich Volksdemokratie. Von Anfang an stand er jedoch unter der Herrschaft einer Partei, der SED. In der Familie des späteren Oppositionellen spielte Politik keine große Rolle. Er wuchs wie viele Nachkriegskinder in einer Flüchtlingsfamilie auf, ohne Vater. Seine Mutter schlug sich als Hilfsarbeiterin durch. Sie blieb in Thüringen, weil sie sich einen Neuanfang im Westen allein nicht zutraute; der SED stand sie nicht nahe. In der Schule hatte es Templin mit Lehrern zu tun, die nach dem Krieg in Schnellkursen ausgebildet worden waren oder sich den DDR-Verhältnissen angepasst hatten. Im Geschichtsunterricht, im Unterrichtsfach Deutsch, im Fach Staatsbürgerkunde, aber auch in vielen anderen Fächern wurde die DDR als antifaschistischer Arbeiter- und Bauernstaat, als bester Verbündeter

der Sowjetunion, als historisch legitimierte Überwindung des „nazistischen Erbes“ dargestellt. Der Westen und die Bundesrepublik Deutschland waren, so hieß es, der Hort der Reaktion und der kriegslüsternden Feinde, welche das gesellschaftliche Experiment einer sozial gerechten sozialistischen und später klassenlos-kommunistischen Gesellschaftsordnung bekämpften und vereiteln wollten. In der Bundesrepublik saßen die alten Nazis wieder fest im Sattel, so lautete die offizielle Lehre. Tempelin glaubte nicht alles, was ihm über den Westen und die historische Vorbildrolle der DDR erzählt wurde. Dennoch imponierte ihm der Anspruch dieses neuen Staates, eine sozial gerechte Gesellschaft aufbauen zu wollen, in der die Schranken zwischen arm und reich niedergerissen seien, in der gleiche Chancen für alle existieren sollten. Er wuchs mit einer Menge sowjetischer Kinderliteratur, Brechts „Lob des Kommunismus“ und den Schriften des jungen Marx auf, in denen dieser davon träumte, alle Verhältnisse umzustößen, in denen der Mensch ein geknechtetes, erniedrigtes und beleidigtes Wesen sei. Tempelin träumte den gleichen Traum, verstand sich als Marxist und wollte in der DDR, in ganz Deutschland und in anderen Ländern eine kommunistische, klassenlose Gesellschaft durchsetzen. Nach dem Schulabschluss und einer Lehre als Bibliotheksfacharbeiter wollte er an die Universität. Als Studienfach hatte er sich Philosophie gewählt. Es waren nicht die langweiligen Lehrbücher des Marxismus-Leninismus, die ihn faszinierten, sondern die Werke der großen Utopisten, der frühen Sozialisten, die philosophischen und gesellschaftstheoretischen Werke von Marx und Luxemburg. Und ihn lockte die Großstadt. Ost-Berlin, wo er an der Humboldt-Universität Philosophie studierte, war trotz Mauer und Überwachung der Bevölkerung ein Stück Weltstadt geblieben, gab großstädtische Anonymität und individuelle Freiheit. Vor allem brachte Berlin, eine Stadt, in der die Menschen und die Steine von den Fieberschauern des Jahrhunderts kündeten, viele neue kritische Erfahrungen für den jungen, naiven Kommunisten. Tempelin trat aus Überzeugung in die SED ein, unterdrückte als „Arbeiterkader“ (potentielle Führungsperson aus einer Arbeiterfamilie) alle Zweifel in sich und versuchte, die neuen Berliner Erfahrungen in sein durchweg positives DDR-Bild zu integrieren. In dieser Zeit, er war einundzwanzig, Student im ersten Studienjahr und für die Organisation der Parteiarbeit in seinem Seminar verantwortlich, kamen die Genossen der Stasi auf ihn zu. Sie suchten in ihm nicht einen gewöhnlichen Spitzel oder Zuträger, denn davon gab es an der Universität und an der philosophischen Fakultät genug. Sie hat-

ten mit Templin Spezielleres vor. Wie es ihren Arbeitsprinzipien entsprach, hatten sie sich vor dem Anwerbungsgespräch gründlich über die „Zielperson“ informiert. Es ging um ein Arbeiterkind, ein überzeugtes, aber dennoch kritisches SED-Mitglied, einen Studenten mit besten Leistungen, der den Marxismus aus dem Käfig dogmatischer Lehrsätze und Phrasen befreien wollte, einen Idealisten, der sich mit Karrieristen und Duckmäusern herumschlug. Aus dieser Biographie konnte ein künftiger „Einsatzkader“ (Führungsperson) im „Operationsgebiet“ Bundesrepublik geformt werden, dachte die Stasi. Zu ihren Arbeitsprinzipien gehörte es auch, den Kandidaten über ihre Absichten im Unklaren zu lassen und vorab im Geheimen die geeignete Werbestrategie auszuwählen. Erst durch seine Akteneinsicht im Jahre 1992 wurde Templin klar, was die Stasi wirklich mit ihm vorgehabt hatte; dass der Aufbau des Kontaktes und die Anwerbung zum Inoffiziellen Mitarbeiter (IM) nämlich zu einer Art Probephase gehörten. Aus dem Personenpsychogramm, das die Stasi lange vor dem ersten Kontakt erstellt hatte, ging deutlich hervor, dass Templin ein ausgesprochener Überzeugungstäter war. Ihn mit Geld oder materiellen Vorteilen zu locken, wie sie es bei anderen Werbungen taten, oder unter Druck zu setzen, hätte ihn sofort ablehnen und die Zusammenarbeit verweigern lassen. Templin fasste die Stasi bei seiner politischen Ehre und seiner kommunistischen Überzeugung. Unerwartet und gut vorbereitet tauchten eines Tages in seiner Studentenwohnung zwei Herren auf und stellten sich als Mitarbeiter der Stasi vor. Templin, der ihnen als kritischer, engagierter Genosse bekannt sei, so sagten sie, solle die Stasi bei ihrer schwierigen Arbeit an der Universität unterstützen. Es ginge um seine Sicht, seinen Standpunkt, sein Urteil zu speziellen Problemen des Studiums und der Studienreform. Nur wenn sie authentische, kritische Informationen zu diesen Themen bekämen, so die Stasi in ihrer Argumentation, könnten sie die Veränderer unterstützen, die Karrieristen und Dogmatiker an der Uni zurückdrängen. Anders als ihr Ruf in der Bevölkerung seien sie, sagte die Stasi, in Wirklichkeit wären sie die Verbündeten der Reformkräfte.

Templin stürzte dieses Gespräch in einen heftigen, inneren Konflikt. Von der Stasi und ihren Praktiken hatte er gehört, und es gab eine Seite in ihm, mit der er jeden Kontakt in diese Richtung vermieden hätte. Auf der anderen Seite war er als SED-Mitglied und studentischer Parteigruppenorganisator an Geheimniskrämerei, an Konspiration und eine Flut von Berichten mit ideologischen Wertungen und Personeneinschätzungen ge-

wöhnt. War die Anfrage der Stasi nicht eigentlich ein besonderer Vertrauensbeweis und hatte er als überzeugter Genosse der SED überhaupt das Recht, mit den Achseln zu zucken und andere die Arbeit machen zu lassen? Templin ließ sich auf den Pakt mit dem Teufel ein. Er akzeptierte die konspirativen Treffen in Gaststätten und Wohnungen, schrieb Berichte und Einschätzungen zur Situation an der Universität. Später ließ er sich als Inoffizieller Mitarbeiter, Deckname „Peter“, registrieren und verpflichtete sich zur Einhaltung der geheimen Spielregeln. Eine Grenze hatte er sich allerdings gesetzt, die er nicht überschreiten wollte. Niemanden verraten wollte er, der ihm als Freund oder Kommilitone etwas anvertraute, der ihn, Templin, als kritischen Genossen schätzte und ihm sein Vertrauen schenkte. Erst später wurde ihm klar, wie schwierig eine solche Grenze in der Praxis eines Inoffiziellen Mitarbeiters einzuhalten ist. Wenn ihm in dieser Phase jemand einen Fluchtplan anvertraut hätte, wie hätte er dann entschieden? Zu seinem Glück blieb ihm diese Probe erspart. Nicht seine Freunde und Kommilitonen verriet er an die Stasi, sondern umgekehrt, er verriet die Stasi an seine Freunde und Kommilitonen. Wie kam es dazu?

In Templins Seminargruppe waren etwa fünfundzwanzig Studenten. Einige von ihnen dachten ähnlich kritisch wie er. Sie lasen heimlich Literatur über die Verbrechen des Stalinismus, über den Gegensatz von demokratischem und diktatorischem Sozialismus, über die wahre Geschichte der DDR. Alle klammerten sich weiter an ihren Marxismus und ihre sozialistische Überzeugung, aber sie konnten die DDR, wie sie existierte und wie sie ihnen tagtäglich entgegentrat, nicht mehr als sozialistischen Staat akzeptieren. Die Funktionäre der SED, die von klassenloser Gesellschaft redeten und sich als Klasse hinter den Mauern von Wandlitz ein privilegiertes Leben erlaubten, wurden für sie zum bürokratischen Zerrbild kommunistischer Ideale. Templin führte in dieser Zeit, es war die letzte Phase des Universitätsstudiums, ein Doppelleben. Nach Außen blieb er der engagierte Student und studentische Parteigruppenorganisator, der die Weltfestspiele der Jugend und Studenten in Ost-Berlin organisierte und sich auf sein Examen vorbereitete. Seinen tiefen Zweifel, seine Desillusionierung angesichts einer gewaltigen ideologischen Inszenierung, zu der die Weltfestspiele des Jahres 1973 wurden, trug er im Freundeskreis vor. Immer häufiger traf sich dieser Kreis Gleichgesinnter. Aus den jungen, kritischen Marxisten seiner Seminargruppe war inzwischen ein politischer Zirkel mit geheimen Spielregeln geworden. Was dort besprochen

und geplant wurde, wusste die Stasi, trotz aller Vorsicht, längst. Nicht von Templin, sondern von einem Kommilitonen und Gruppenmitglied, der als Spitzel und Verräter agierte und über sämtliche Treffen der Gruppe detaillierte Berichte anfertigte. Wie dieser Student in das Stasi-Netz geriet, bis 1989 alle Aufträge erfüllte und zu einem der perfidesten Denunzianten an der Ost-Berliner Universität wurde, gehört indes zu einer anderen Geschichte.

Warum nutzte die Stasi ihr genaues Wissen nicht aus? Sie wusste von den abtrünnigen Wegen Templins, sie kannte die Aktivitäten und Pläne seiner Gruppe. Warum schlug sie nicht zu? Warum brach sie den Kontakt zu Templin, der sie hinterging, nicht ab? Warum konfrontierte sie ihn nicht mit ihrem geheimen Wissen?

Ausnahmsweise hatte sich die Stasi einmal im eigenen Netz verfangen. Ihr Informant in der Gruppe musste unbedingt als „Quelle“ geschützt werden. Templin mit Fragen und Angriffen zu konfrontieren, hätte provoziert, sofort herauszubekommen, woher das Wissen der Stasi über die Gruppe stammte. Damit wäre die „Quelle“ gefährdet gewesen. In der Zwischenzeit wurde in der Gruppe nicht nur Verbotenes gelesen und darüber diskutiert, sondern es entstanden die ersten eigenen, marxistisch-oppositionellen Texte und Manuskripte. Kontakte zu Trotzlisten – einer Spielart des linksoppositionellen Denkens – in West-Berlin wurden angebahnt. Die Mitglieder einer solchen Oppositionsgruppe wären zu anderen Zeiten sofort hinter Gefängnismauern verschwunden. In der Ära Honecker hatte die Stasi indes unauffälliger zu arbeiten. Oppositionsherde an der Universität – zumal an einer Fakultät für die Ausbildung ideologischer Führungskräfte – waren einzukreisen und unter genauer Beobachtung zu halten. Über das weitere Vorgehen wurde politisch entschieden. Insbesondere dann, wenn sich unter den Mitgliedern einer solchen Gruppe Kinder prominenter SED-Genossen befanden. Verhaftungen in solchen Kreisen waren in der zweiten Phase der DDR zunehmend die Ausnahme und wurden nur als allerletzte Konsequenz eingesetzt. Solange die Gruppe sich unentdeckt wähnte, Papiere verfasste, aber nicht an die Öffentlichkeit ging, hielt auch die Stasi still. Sie lauerte im Hintergrund und hielt die vorbereiteten Verhaftungspläne in Schubladen.

Templin war es, der das Doppelspiel eines Tages nicht mehr ertrug und sich der Gruppe offenbarte. Als bei einer Zusammenkunft von der Gefahr gesprochen wurde, als geheime Gruppe von der Stasi entdeckt zu wer-

den, und andere Gruppenmitglieder von Versuchen der Anwerbung berichteten, erzählte Templin seine Geschichte. Den Gruppenmitgliedern blieb der Mund offen stehen, als sie davon hörten, dass er, Wolfgang Templin, noch bis zu diesem Moment Kontakte zur Stasi unterhielt. „Was hast Du Ihnen von uns erzählt?“ war ihre erste Frage. „Kein Wort“, antwortete er und war froh, dass sie ihm glaubten. Mit der Last eines Verrates auf dem Gewissen hätte er sich mutmaßlich nicht offenbaren können. An diesem Abend mündeten alle Fragen in eine einzige: wie sie gemeinsam ihren Kopf aus der Schlinge ziehen könnten. Die Zusammenarbeit mit der Stasi aus politischen Gründen aufkündigen, war der einhellige Rat. Private Gründe vorschieben und sich damit herauswinden, schien ebenfalls ein möglicher Weg zu sein. Keiner der Beteiligten ahnte, dass jeder Satz, der an diesem Abend gesprochen worden war, am Tag darauf schriftlich ausformuliert auf dem Tisch eines Stasi-Offiziers lag. Die „Quelle“ hatte zuverlässig gearbeitet. Wie immer. Die Situation wurde völlig absurd. Auch mit dem Wissen vom aktiven „Verrat“ durch Templin, seiner vorsätzlichen Enttarnung, konnte die Stasi nicht offensiv umgehen. Die „Quelle“ war jetzt noch wichtiger geworden und musste geschützt werden.

Templin, ungeheuer erleichtert, eine schwere Last abgeworfen zu haben, sah seiner letzten Begegnung mit der Stasi als Inoffizieller Mitarbeiter entgegen. In diesem Moment ahnte er noch nicht, dass es ungezählte Begegnungen anderer Art geben werde. Er ahnte weder, mit welchem Hass man ihn zukünftig verfolgen und „zersetzen“ werde, noch, welche Stasi-Karriere er unwissend ausgeschlagen hatte. Als künftiger Einsatzkader-West wurde er schon damals nicht mehr geführt. Man hatte ihn auf Eis gelegt und wollte seine Entwicklung abwarten. Wäre er gegenüber der Stasi loyal geblieben, hätte diese ihm irgendwann die Einsatzpläne offenbart, ihn intensiv vorbereitet und geschult, seinen Ruf als kritischer Kopf zur Verschleierung genutzt, eine Flucht in den Westen inszeniert und ihn dort langfristig aufgebaut. Mutmaßlich hätte er sich irgendwann an der West-Berliner Freien Universität und später als DDR-Spion in einem bundesdeutschen Ministerium wiedergefunden.

Wütend hörten die Stasi-Mitarbeiter, vor denen Templin seine Ausreden stammelte, zu: von den Nerven, die nicht mehr mitspielten, von der Überlastung im Studium, der misstrauischen Ehefrau und von anderem mehr. Die Wahrheit war ihnen bekannt, sie hielten sich aber an die Regeln des Quellenschutzes. Die schmale IM-Täterakte „Peter“ von Wolf-

gang Templin wurde damals geschlossen. Die kurz darauf eröffnete Akte des unter operative Beobachtung gestellten Abtrünnigen wies im Jahr 1989 mehr als 15.000 Seiten auf. Zunächst als operative Personenkontrolle (OPK) angelegt, später zum operativen Vorgang (OV) erweitert, wurde diese Akte unter dem Decknamen „Verräter“ geführt. In ihr finden sich neben Materialien über die verschiedenen Gruppen und Kreise, in denen Templin mitarbeitete, neben Vernehmungsprotokollen, neben den Berichten aller Inoffiziellen Mitarbeiter, die ihn und seine Freunde umgaben, auch die operativen Maßnahme- und Zersetzungspläne der Stasi gegen seine Person.

Maßnahme- und Zersetzungspläne bestimmten vor allem die achtziger Jahre im Leben von Templin. Eine Zeit, da er als aktives Mitglied in verschiedenen Kreisen der unabhängigen Friedensbewegung tätig war und er – gemeinsam mit anderen – eine eigene Menschenrechtsgruppe gründete, die nach dem Vorbild der osteuropäischen demokratischen Opposition arbeitete.

Zunächst aber zu den siebziger Jahren in der DDR. In der zweiten Hälfte dieses Jahrzehnts steckte Templin in einer Lebenskrise. Sein engster politischer Bezugskreis, die Gruppe an der Universität, existierte nicht mehr. Zwischen Anfang 1976 und Ende 1977 war er ein Jahr an verschiedenen polnischen Universitäten gewesen – sein erster und letzter offizieller Auslandsaufenthalt. Damals hatten die Gruppenmitglieder ihre Kontakte nach West-Berlin forciert, und die Stasi hatte die Notbremse gezogen. Ohne förmliche Verhaftung und ohne öffentliches Aufsehen wurden die einzelnen Gruppenmitglieder verhört und vernommen. Man stellte sie vor die Alternative : Entweder, sie ließen es auf Prozess und Haft ankommen oder sie akzeptierten die „Bewährung in der Produktion“ und die Abschiebung in andere Arbeitsbereiche außerhalb der Universität. Damit hatte die Stasi zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen: Ein vermeintlich gefährlicher Oppositionsherd an der Universität war liquidiert, und die unliebsamen Nebenwirkungen in der Öffentlichkeit, die bei Verhaftung und drakonischer Strafe zu befürchten standen, waren im voraus vereitelt. Die „Milde“ der Stasi hatte noch einen anderen Grund. Eine ihrer Basiserfahrungen war, dass aus jungen Rebellen, denen man, nachdem sie rechtzeitig abgefangen worden waren, und eine befristete Bewährungszeit verstrichen war, später unter Umständen die willfährigsten Gefolgsleute werden konnten. Einige der „oppositionellen“ Kommilitonen Templins bestätigten diese Erfahrung. Sie versuchten, sich positiv in die DDR-Gesellschaft zu

integrieren, nicht mehr negativ aufzufallen und jeden Kontakt zur tatsächlich sich entwickelnden Opposition zu vermeiden.

Für Templin ging es anders weiter. Ihm war in Polen klar geworden, dass sich Opposition nicht mit Textvergleichen und heimlichen Manuskripten begnügt. Zwischen 1976 und 1977 hatte es in Polen Streiks, Verhaftungen und gesellschaftlichen Widerstand gegeben. Ein Komitee zur Verteidigung der streikenden und der verhafteten Arbeiter hatte sich gegründet, ein Vorläufer der späteren unabhängigen Gewerkschaft Solidarność. Gleiches erträumte sich Templin für die DDR. Dass dies reine Utopie war, wusste er. Über Konsumgüter und soziale Geschenke wurde – während der Ära Honecker – die Bevölkerung in der DDR ruhig gestellt; zugleich baute der Staat den Stasi-Apparat immer weiter aus. Eine Widerstandsbewegung in der DDR nach polnischem Muster schien unmöglich. Dennoch konnte man von Polen und den anderen osteuropäischen Oppositionsbewegungen lernen, das Ghetto der intellektuellen Zirkel zu verlassen, jeden Freiraum zu nutzen, die verweigerte kritische Öffentlichkeit selbst herzustellen und ganz verschiedene Erfahrungen zu integrieren. Darum ging es zunächst.

Templin tat etwas für ihn bis dahin völlig Ungewohntes. Er besuchte Gruppen der Jungen und der Studenten-Gemeinde sowie der offenen Arbeit der Kirchen. So bekam er allmählich Kontakt zu Theologen und Pastoren. Dort lernte er Suchende kennen, die schon länger als er ihre marxistischen Hoffnungen begraben hatten oder die die Bergpredigt höher schätzten als die Entfremdungstheorie. Vor allem waren es Leute, die Zivilcourage zeigten, sich gegenseitig Mut machten, neugierig und offen waren. Für die nächsten Jahre wurden die Wohnungen in Prenzlauer Berg mit ihren Diskussionsrunden, Lesungen und Konzerten, wurden die Kreise und Veranstaltungen im Raum der Kirche zur neuen Heimat für Templin. Zu diesem Zeitpunkt steckte er als Hochschulabsolvent der marxistischen Philosophie in einem Institut der Akademie der Wissenschaften fest. Dort bereiteten sich einige seiner Kollegen auf ihre weitere Karriere vor, andere versteckten sich in typischen Nischen und wieder andere verschwanden in der Versenkung. Erst später begriff er, warum ihm diese Zeit verblieben war, warum die Stasi im Hintergrund blieb. Seine Akte zeigte es:

Nicht alles, was er unternahm, und längst nicht alle seine Kontakte waren der Stasi bekannt. Dazu war er zu viel unterwegs, dazu war das Netz um

ihn noch nicht dicht genug gewebt, war er als „Feindperson“ noch nicht wichtig genug. Aus dem, was einzelne Berichte über ihn, die Orte und Veranstaltungen, die er besuchte, zeigten, wurde deutlich: Hier war eine neue Szene im Aufbruch und der Neue, Wolfgang Templin, steckte mit-tendrin. Ob er in dieser Szene bleiben und welche Rolle er dort zukünftig spielen würde, dazu konnten die Stasi-Verantwortlichen noch nichts sagen. Erst das Jahr 1983 brachte die Entscheidung. Für Templin und für die Stasi. Einige Jahre Aufenthalt im Alternativmilieu und immer engere Mitarbeit in verschiedenen Gruppen der unabhängigen Friedensbewegung führten zu seinem offenen Bruch mit allem, was ihn noch an den Staat DDR band. Er trat demonstrativ aus der SED aus, gab sein Partei-buch zurück und erklärte seinen Kollegen, für Versteckspiele nicht mehr zur Verfügung zu stehen. Er wusste, dass seine Tage am Institut von nun an gezählt waren und er die Universität von innen nicht mehr sehen wür-de. Aus dem Abtrünnigen und Verräter, aus dem desillusionierten und enttäuschten Marxisten entwickelte sich der Oppositionelle. Von diesem Zeitpunkt an rückte Templin in der Personenbearbeitung der Stasi in die höchste Kategorie auf, wurde zum „Operativen Vorgang“ (OV). Das Ob-jekt der Kontrolle und Beobachtung wurde zur „zu zersetzenden und zu liquidierenden Feindperson“. Zehn Jahre später konnte Templin die Akten dazu einsehen. Die Auswirkungen der Zersetzungsmaßnahmen erlebte er unmittelbar. Es war an einem Freitagabend – für das Wochenende wa-ren Aktionen der Ost-Berliner Friedensbewegung geplant – , als es an der Wohnungstür klingelte. Mehrere Herren in Zivil, die sich als Kriminalpoli-zisten auswiesen, forderten Templin auf, zur Klärung eines Sachverhaltes mitzukommen. Eine Weigerung war zwecklos. Seine „Zuführung“ erfolgte in die Magdalenenstraße – einige Außenräume der Stasi – , wo er die nächsten vierundzwanzig Stunden verbrachte und verhört wurde. Dieses Spiel wiederholte sich in den nächsten Wochen und Monaten, mal dauerte es einen Tag, ein anderes Mal ein Wochenende. Die Herren, die ihn abholten, waren manchmal von der Kriminalpolizei, ein anderes Mal wiesen sie sich direkt als Mitarbeiter der Stasi aus, oder es waren auch Kol-legen der Schutzpolizei. Manchmal wurden mehrere Dutzend oder hun-dert Personen zur gleichen Zeit festgesetzt, manchmal ging es speziell um Templin oder andere „Führungspersonen“. Orte der Zuführung und des Arrests konnten Räume der Stasi, Polizeireviere oder Untersu-chungsgefängnisse sein. Die Gesetze der DDR erlaubten eine Vielzahl solcher präventiven Maßnahmen. Auf die Fragen nach Rechtsanwalt oder

Haftrichter wurde zumeist höhnisch gelacht. Mit ihrer eigenen Art von Humor erklärte die Stasi dann, sie seien schließlich selbst Juristen und könnten die Kollegen gut vertreten. Was bezweckten diese Zuführungen und Arrestaufenthalte?

In den Verhören wurden Informationen beschafft, vor allem aber ging es um Verunsicherung und Einschüchterung. Wer dort saß, sollte begreifen, dass er kein normales Leben, keine Abende und Wochenenden mit Freunden, mit Familie und mit Kindern mehr haben würde, dass er jederzeit geholt und vernommen werden konnte. Das war die allgemeine Strategie. Hinzu kamen die speziellen Anweisungen, zugeschnitten für die einzelnen Personen. Templin, der zu dieser Zeit bereits seine Arbeit verloren hatte und keine qualifizierte Anstellung fand, der weder nach Polen noch in ein anderes (östliches) Nachbarland reisen durfte, merkte, wie sich die Vernehmer allmählich auf ihn einstellten. Das Selbstwertgefühl des Inhaftierten minimieren, ihn zum Versager machen, ihn provozieren, um dann plötzlich verständnisvoll zu werden – langsam kannte Templin die verschiedenen Verhörvarianten. Vor allem die Fragen nach Befehlsgebern und Anweisungen von außen. Hier lag der Grundirrtum der Stasi. Sie mochten über Menschen wie Templin noch so viele Informationen gesammelt haben und sein Vorleben kennen – ihr marxistisches Einmaleins und ihre Küchenpsychologie reichten nicht aus, um sein Innenleben, seine Konflikte und Entscheidungen zu verstehen. Er selbst hatte sich durchgerungen, loszuspringen, alle Unsicherheiten zu riskieren und neue Wege zu suchen. Dazu brauchte er bei allen Freundschaften im Osten und später auch im Westen keine Befehlsgeber. Wenn er mit Roland Jahn, der aus Jena kam und gegen seinen Willen in West-Berlin landete, nächtelang telefonierte, dann ging es nicht um Anweisungen und Konzepte von außen, dann unterhielten und stritten sich zwei Freunde, die sich noch nie im Leben gesehen hatten. Beide wussten, dass jedes Wort ihrer Telefongespräche abgehört und aufgezeichnet würde, darum sprachen sie auch nicht über Treffpunkte und Kontakte. Das besorgten Kuriere. Sie sprachen aber völlig offen über ihre politischen Positionen und lästerten über die Stasi. Deren Genossen suchten die Befehlskette, welche es nicht gab. Als Templin bei einem seiner Verhöre höhnisch dazwischengefragt wurde, wann er denn endlich dorthin gehen wolle, wo seine Auftraggeber und Befehlsgeber säßen (gemeint war die Bundesrepublik), konnte er ohne Zögern antworten: „Gern würde ich dorthin gehen, wie wäre es mit Warschau, Prag oder Budapest“. Diese Genugtuung blieb, auch wäh-

rend der Verhöre. Templin wollte bleiben, nicht in den Westen ausreisen. Bleiben aus Trotz und um das Ende der Diktatur zu erleben. Bleiben, weil der Westen für ihn noch keine Alternative war, weil ihn die Unruhe und die Aufbruchsstimmung im Osten faszinierten.

Ein kleiner Teil seines polnischen Traums erfüllte sich später. Mit Freunden und Bekannten aus verschiedenen Friedenskreisen gründete er eine eigene Menschenrechtsgruppe, die „Initiative Frieden und Menschenrechte“, welche sich offen als politische Opposition verstand. Sie organisierten Solidaritätsaktionen für Inhaftierte in der DDR und in anderen Ostblockländern, bereiteten Demonstrationen vor, die nur selten wirklich zustande kamen. Und sie gaben eine eigene Zeitschrift heraus: den „Grenzfall“. Ihre Kontakte zur westlichen Friedensbewegung, zu westeuropäischen Journalisten und osteuropäischen Oppositionellen oder zu Politikern der Grünen verbargen sie nicht. „Öffentlichkeit als Schutz“ war eines ihrer Arbeitsprinzipien. In jeder Nummer des „Grenzfall“ waren die Namen und die Kontaktadressen der Redaktionsmitglieder aufgenommen. Viele andere Aktive in Friedenskreisen, die innerhalb des Raumes der Kirche blieben, sahen darin einen politischen Selbstmord und prophezeiten die baldige Verhaftung. In den ersten drei Dekaden der DDR wäre dies sicher auch so gewesen, in den achtziger Jahren musste die DDR Rücksichten nehmen, internationale Rücksichten. Die Verhaftung der Gruppenmitglieder, darunter Templin und seine Frau, sollte das letzte Mittel bleiben. Zunächst erhielten die Genossen der Stasi die Anweisung, den verdeckten Kampf zu intensivieren. Noch genauere Informationen waren zu beschaffen, noch mehr Inoffizielle Mitarbeiter wurden eingeschleust, die Maßnahmepläne immer umfangreicher und die Zersetzungsaktionen gegen die einzelnen Mitglieder verstärkt. Bei der Werbung und Einschleusung von Inoffiziellen Mitarbeitern in die Gruppe machte sich die Stasi die Offenheit der Gruppe zu Nutze. Auf Grund der Tatsache, dass die „Initiative Frieden und Menschenrechte“ aus dem Ghetto der Kirche und der kleinen, in sich abgeschirmten Kreise ausbrechen wollte und weil sie ihren „Grenzfall“ in allen Teilen der DDR zirkulieren ließ, war sie – in ihrer Offenheit – auch angreifbar. Neben dem Berliner Kern der Gruppe gab es Mitglieder, Unterstützer und Anhänger in anderen Städten der DDR. Unter den neu Hinzukommenden waren dann auch Personen, die von vornherein im Auftrag der Stasi handelten und mit einer „Legende“ zur Gruppe stießen. Entweder waren das Überzeugungstäter und fanatische SED-Anhänger, welche das Ausspähen und die akti-

ve Zersetzungsarbeit innerhalb der Opposition zu ihrer Leidenschaft machten, oder sie wurden mit Geld und Privilegien zu ihrer schmutzigen Aufgabe gelockt. Einzelne erpresste die Stasi. Von den innerhalb der „Initiative Frieden und Menschenrechte“ aktiven Inoffiziellen Mitarbeitern waren allein drei als Waisenkinder in einem Kinderheim aufgewachsen. Bei ihnen hatte die Stasi eine Art Elternersatz gespielt und sie sich auf diese Weise in Abhängigkeit gehalten.

Die Inoffiziellen Mitarbeiter lieferten Informationen über die Arbeit der Menschenrechtsgruppe, über vorbereitete Aktionen, aber auch über Gruppenkonflikte und die persönliche Situation der einzelnen Gruppenmitglieder. Untereinander kannten sie sich nicht, schrieben unabhängig voneinander ihre Berichte, so dass einzig die Führungsoffiziere Kontrolle darüber besaßen, wer von den Inoffiziellen „ehrlich“ und zuverlässig arbeitete. Die Aufgaben der Inoffiziellen Mitarbeiter reichten aber mitunter viel weiter. Sie hatten nicht nur zu spitzeln und auszuspionieren, sie sollten auch aktiv einwirken, die Arbeit der Gruppe von innen behindern und lähmen. Den Text eines vorbereiteten Flugblattes oder eines offenen Briefes wochen- oder monatelang diskutieren und zerreden, Aktionen scheitern lassen, Konflikte zwischen einzelnen Gruppenmitgliedern anheizen und Misstrauen gegen Leute schüren, die nicht zur Stasi gehörten, aber verdächtigt wurden. Natürlich ahnten die Gruppenmitglieder, dass unter ihnen Spitzel waren, und sie sprachen auch darüber. Was sollte getan werden? Die Ziele der Stasi wären erreicht gewesen, wenn sie vor lauter Bedenken die Arbeit nicht geleistet hätten, um eigene „Abwehrmaßnahmen“ aufzubauen. Vor allem hätte sich die Gruppe ihres wichtigsten Anspruches beraubt, offen zu arbeiten.

Templin war sich zu dieser Zeit sicher, dass sein Telefon abgehört wurde. Dass die Wohnung voller Abhör-Wanzen war, dass in einem Gebäude auf der anderen Straßenseite Kameras angebracht worden waren; dass die Wohnung unter ihnen zum Operationsquartier der Stasi ausgebaut worden war, ahnte er nur. Vor seinem Haus parkten regelmäßig mehrere PKW der Stasi, die dort auch über Nacht blieben. Wenn er allein, mit seiner Frau oder mit den Kindern unterwegs war, folgten sie ihm zu Fuß. Beobachtung und Einschüchterung sollten hier in eins gehen. Nächtlicher Telefonterror und eine monatelange Kampagne mit gefälschten Annoncen und Angeboten für diverse Güter und Dienstleistungen vervollständigten die Repressalien. Das alles zernte an den Nerven und ließ auch Templin mehr als einmal nach dem Sinn des Ganzen fragen. Das mögliche normale Leben im Westen lag greifbar nahe. Doch dann

che normale Leben im Westen lag greifbar nahe. Doch dann besann er sich auf seine Vorgeschichte und seine Erfahrungen mit der Stasi. Das war kein irrational-durchgeknallter Haufen. Die konnten kalkulieren und hatten den Überblick über die Stimmung im Lande. Wenn meine Gruppe und ich denen so wichtig sind, dass sie einen derartigen Aufwand betreiben, um uns kaputtzukriegen, anstatt uns als Spinner links liegen zu lassen, wenn sie uns zum Staatsfeind erklären, dann sind wir auf dem richtigen Weg, sagte er sich.

Wie sehr er recht hatte, wurde Templin klar, als er die letzten Monate vor dem Herbst 1989 erlebte. Er war damals nicht dort, wo er eigentlich hätte sein wollen, sondern er war im sicheren Westen. Die politische Führung der DDR und die Stasi hatten Ende 1987 die Entscheidung getroffen, führende Köpfe der „Initiative Frieden und Menschenrechte“, darunter das Ehepaar Templin, zu verhaften und aus der Haft in den Westen abzuschicken. Am 5. Februar 1988 fanden sich Lotte und Wolfgang Templin nach mehreren Wochen in der Untersuchungshaftanstalt Hohenschönhausen mit ihren Kindern Sascha und Jozek auf dem Grenzbahnhof Schwanheide wieder. Sie hatten sich in der Haft nicht bereit erklärt, den Ausreisantrag zu stellen, sondern darauf bestanden, die Staatsbürgerschaft der DDR zu behalten. Von der Stasi erpresst, die alleingeblienen Kinder instrumentalisiert, willigten Lotte und Wolfgang Templin in das „zeitweilige Verlassen des Staatsgebietes der DDR“ ein und erhielten den in der DDR so begehrten blauen Reisepass mit Visum.

Bis zum November 1989 lebten sie im Ruhrgebiet. Dort setzte Templin alles daran, den Kontakt zur Gruppe wieder aufzunehmen und die Arbeit zu unterstützen. Damit folgte ihm gleichwohl der Schatten der Stasi in den Westen. Unter den Besuchern, die nach Bochum, nach West-Berlin und in andere Städte kamen, waren nicht wenige Inoffizielle Mitarbeiter aus dem Westen, die dann ihre Berichte schrieben und die Informationen bündelten. Die Stasi forschte auch hier die Umgebung der Wohnung aus; die Nachbarschaft wurde diskret befragt. Doch die Stasi konnte das Rad der Geschichte nicht zurückdrehen. Aus den Aktionen, aus der öffentlichen Arbeit der „Initiative Frieden und Menschenrechte“ und anderer Gruppen aus der DDR, aus der Hoffnung auf die Opposition in Polen und Osteuropa wuchsen die Kräfte, die zu Massendemonstrationen führten und den Herbst 1989 begleiteten. Als Templin nach knapp zwei Jahren Zwangspause im Westen, die er tätig verbracht hatte, mit seiner Familie in die DDR zurückkehrte, lag die Stasi bereits in den letzten Zügen. Das

Gift, mit dem dieser Apparat und alle, die ihm dienten, die Gesellschaft zersetzt hatte, wirkt jedoch bis heute nach.

Die Folgen für die Betroffenen – bis heute

Siegmar Faust

Zehn oder zwanzig Jahre sind im Lauf der Geschichte ein Klacks, doch dem Einzelnen können sie als eine endlose, bleierne Zeit vorkommen, besonders dem, der einst durch die „Menschenveredelungsanstalt“ (Sieghard Pohl) der Stasi gedreht wurde. Zwischen 1950 und 1990 waren Millionen Bewohner der beiden Teile Deutschlands neben einigen Ausländern mit der Stasi in Berührung gekommen oder bekamen deren Auswirkungen mehr oder weniger zu spüren. Die wenigsten davon werden sich als Opfer empfinden, denn Hunderttausende profitierten während dieser Jahre als Inoffizielle Mitarbeiter (IM) – als Zuträger, Denunzianten und Spitzel – oder gar als hauptamtliche „Kämpfer an der unsichtbaren Front“ in günstiger Weise von dieser Verbindung oder einträglichen Anstellung.

Es gibt also mindestens zwei Perspektiven, von der Betrachtungsweise mutiger Stasi-Aussteiger einmal abgesehen, aus denen das Wirken des militanten Instruments der SED und die Folgen bis in die Gegenwart zu bewerten sind.

Unser Blick gilt jedoch der ersten Gruppe, also den Betroffenen – den Folgen von Haft, Verfolgung und Zersetzung.

Bis zum heutigen Tage leiden viele der vom verbrecherischen Wirken der Stasi Betroffenen unter

„posttraumatischen Belastungsstörungen“, wie es Psychologen nennen. Formen dieser Störungen sind z.B.:

- Beziehungsunfähigkeit zu Freunden und Partnern
- Dauernde Erschöpfungszustände
- Scheinbar unmotivierte Furcht vor dem Aufenthalt in geschlossenen Räumen
- Permanente Schlafstörungen
- Fortdauernde Angstträume
- Konzentrationsstörungen / Arbeitsunfähigkeit
- Depressionen

- Stimmungsschwankungen
- Andauernde Persönlichkeitsveränderungen
- Psychosomatischer Bluthochdruck
- Zwanghafte Beschäftigung mit der „unbewältigten Vergangenheit“
- Teamunfähigkeit
- Unfähigkeit zu trauern

Nur wenige Täter brachten den Mut und die Einsicht auf, wie zum Beispiel das Ex-Politbüromitglied Günter Schabowski, sich bei den Betroffenen zu entschuldigen, ihre eigene Verantwortung nicht zu bestreiten oder sogar eine Strafe anzunehmen. Das konnte jedoch nur dem gelingen, der sich gründlich und ehrlich mit den Gründen des Scheiterns der SED-Ideologie und DDR-Wirklichkeit auseinander gesetzt hatte. Wenige, zu meist unentwegte Verantwortungsträger der Stasi brachten sich unmittelbar nach dem Zusammenbruch ihrer Ordnung ums Leben, sei es aus Schuld- und Schamgefühl oder in Angst und Panik. Doch die übergroße Mehrheit der Täter und schuldhaft Verstrickten kam bevorrechtet in der demokratischen Ordnung an, da sie ihre weit über dem Durchschnitt liegenden Gehälter nun als dementsprechend hohe Renten vergütet bekommen, um nur ein einziges befremdendes Beispiel anzuführen. Außerdem haben sie sich in der zur PDS umbenannten SED, in deren Umfeld „Milliarden öffentlicher Gelder versickerten“ (Hubertus Knabe), ein mächtiges Instrument und eine wirkungsvolle Interessenvertretung bis in die höchsten Gremien unseres Staates, sogar bis ins Europaparlament hinein, bewahren und gehörig ausbauen können.

Dass die Betroffenen, von denen noch mindestens einhunderttausend am Leben sind, resignieren und sich deshalb nicht empört zu Massendemonstrationen oder Autobahn-Besetzungen durchringen können, ist auch das nachwirkende „Verdienst“ von Stasi-Methoden. Sie haben nicht nur vielen das Selbstbewusstsein zerstört, sondern unter dem Begriff „Zersetzung“ Zwietracht gesät, die nicht selten bis heute unvermindert unter Freunden, Kollegen, Kommilitonen und Geschwistern anhält.

Stasi von innen – Die Mitarbeiter

Wolfgang Templin

Immer wenn wir den Namen Stasi hören oder lesen, wenn wir daran denken, wie durch den Apparat der Stasi eine ganze Bevölkerung kontrolliert und unterdrückt wurde, taucht vor unseren Augen eine gewaltige, vielarmige Maschine auf. Oder wir erinnern uns an einzelne Gesichter, die bekannt wurden: Das grobe Schlägergesicht des Stasi-Ministers Erich Mielke, der am liebsten brüllte und schrie, der nachts in die Gefängniszellen kam, um Häftlinge zu verprügeln, die er besonders hasste. Und das freundlichere Gesicht seines Stellvertreters Markus Wolf, der von allen Verbrechen Mielkes wusste und sie unterstützte. Im Westen wollen ihm bis heute viele glauben, dass er nur für ganz normale Spione zuständig war.

Der geheimnisvolle, gewaltige Apparat der Stasi und die einzelnen bekannten Gesichter – wir können sie besser verstehen, wenn wir auf die vielen zehntausend Menschen blicken, die diesen Apparat ausmachten, die hinter den Gesichtern ihrer obersten Generäle standen.

Wenn sich die Prägung der Stasi durch die sowjetischen Geheimdienste an einer Stelle besonders deutlich zeigt, dann ist es beim Aufbau des Sicherheitsapparates nach 1945. Sowjetische Geheimdienstoffiziere und Instrukteure, die zur Militär- und Zivilverwaltung auf dem Gebiet der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) gehörten, steuerten und überwachten die Auswahl der Kader. An der Spitze der Vorläuferorganisationen des späteren Ministeriums für Staatssicherheit standen Altkommunisten mit Moskau-Erfahrung, welche die Jahre des stalinistischen Terrors in der Sowjetunion erlebt hatten. Sie kannten die Mechanismen wechselseitigen Verrats, der Denunziation, die Praxis von Verhören und Folterungen aus eigenem Erleben. Bei der Auswahl weiterer Kader auf dem Gebiet der späteren DDR scheuten sie nicht davor zurück, zwielichtige Elemente und Kriminelle anzuwerben, wenn diese sich für spezielle Aufgaben geeignet zeigten. Häufiger jedoch waren es gläubige Kommunisten oder in den Umschulungslagern (Antifa-Schulen) verführte, jüngere Parteifunktionäre, die sich mit dem Erbe der Nazi-Diktatur auseinandersetzen wollten.

Bei der Umwandlung der verschiedenen Geheimdienstorgane in ein eigenes Ministerium für Staatssicherheit im Februar 1950 umfasste der hauptamtliche Apparat erst wenige tausend und zumeist sehr schlecht ausgebildete Mitarbeiter. In dieser Zeitphase war die Macht der deutschen Kommunisten unter Walter Ulbricht noch nicht gefestigt, es gab offenen Widerstand in den Betrieben, an den Universitäten und Schulen, überall im Lande. Vor allem nach dem gescheiterten Volksaufstand vom 17. Juni 1953, der nur mit Hilfe sowjetischer Truppen niedergeschlagen werden konnte, wuchsen die Anforderungen an den Apparat der Staatssicherheit. Ein „Frühwarnsystem“, die Schaffung eines Netzes geheimer Inoffizieller Mitarbeiter in allen Arbeits- und Lebensbereichen, sollte vor künftigen Überraschungen sichern. Für die Auswahl, die Anleitung und die Kontrolle der Inoffiziellen Mitarbeiter als Denunzianten neuen Typs, für die Auswertung ihrer Informationen, musste die Anzahl der hauptamtlichen Mitarbeiter verstärkt werden. Im Jahr des Berliner Mauerbaus, 1961, umfasste der hauptamtliche Apparat der Stasi schon rund 20.000 Mitarbeiter, die zumeist den Offiziersrang innehatten. Sie wurden je nach Einsatzgebiet in verschiedenen Berufen ausgebildet, studierten mit geheimen Sonderverträgen an Fachschulen und Hochschulen der DDR. In der überwiegenden Anzahl waren es Männer, wobei für eine Reihe von Aufgaben auch bevorzugt Frauen geworben wurden. Die Führungskräfte der Stasi hatten eine eigene Hochschule in der Nähe von Potsdam. Dort wurden ausgewählte Führungskader zu Juristen ausgebildet. Sie konnten an psychologischen Lehrstühlen die Technik von Verhören, Methoden der Zersetzung und die individuelle Führung der Inoffiziellen Mitarbeiter erlernen.

Je weniger die offizielle DDR nach außen noch als brutale Diktatur gelten wollte, je mehr sie um internationale Anerkennung kämpfte, um so größer waren die internen Anforderungen an die Stasi, um so stärker wurde deren Apparat ausgebaut. Neben der politischen Inlandsüberwachung, der Auswahl und Anleitung von Inoffiziellen Mitarbeitern, wurde die Arbeit im Operationsgebiet der Bundesrepublik und im westlichen Ausland immer wichtiger. Auch dafür mussten Mitarbeiter und Führungsoffiziere ausgebildet und gewonnen werden, die Sprachen beherrschten, sich im Ausland bewegen konnten, Spezialisten auf ihren Gebieten waren. Die Beherrschung modernster Nachrichten- und Abhörtechnik verlangte ein ganzes Heer technischer Fachkräfte.

Um die Linientreue der Mitarbeiter und die Qualität der Arbeit zu gewährleisten, existierte ein internes Kontroll- und Überwachungssystem. Gegen unsichere Kantonisten, Abtrünnige und Verräter in den Reihen der Hauptamtlichen ging die Führung der Stasi mit größter Konsequenz und Brutalität vor. Wer als Hauptamtlicher Mitarbeiter den Absprung wagte und es sogar schaffte, in den Westen zu entkommen, wer sich den dortigen Behörden stellte und sein Wissen preisgab, wurde auf die Exekutionsliste gesetzt. Entweder versuchte man, ihn mittels Druck auf seine Familie oder mit falschen Versprechungen in die DDR zurückzulocken, um ihn dort zu liquidieren. Wenn dies nicht gelang, konnte er auch im Westen seines Lebens nicht sicher sein. Speziell ausgebildete Kommandos organisierten entweder eine Entführung in die DDR oder versuchten, den Verräter in der Bundesrepublik oder im Ausland zu stellen und umzubringen.

Mit jedem weiteren Jahrzehnt der DDR verdoppelte bzw. verdreifachte sich die Anzahl der Hauptamtlichen Mitarbeiter. Auf 180 Bürger der DDR kam schließlich ein Hauptamtlicher Mitarbeiter der Stasi. Mit diesem Zahlenverhältnis war die DDR selbst der Sowjetunion weit voraus und lag an der Spitze des gesamten Ostblocks. Auch die Zahlen des Mitarbeiterbestandes der Gestapo während des Nationalsozialismus nehmen sich im Verhältnis zur Stasi geradezu bescheiden aus.

Zu den vielen zehntausend Hauptamtlichen zählten auch die Soldaten und Offiziere eines in Berlin stationierten eigenen Wachregimentes, zahlreiche Zivilangestellte und noch einmal gesondert getarnte Hauptamtliche Mitarbeiter, die „Offiziere im besonderen Einsatz“ – OibE. Diese gingen nach außen einem normalen Beruf in Betrieben, im Staatsapparat oder an den Hochschulen nach, waren aber, anders als die Inoffiziellen Mitarbeiter, Hauptamtliche Mitarbeiter im Offiziersrang. Sie erhielten doppeltes Gehalt und hatten besondere Aufträge. Ihre Existenz wurde erst nach 1989 bekannt, als bei den Bürgerkomitees interne Gehaltslisten der Stasi für die getarnten OibE auftauchten.

Anders als die Stasi-Mitarbeiter der ersten Jahre, war die Mehrzahl der Hauptamtlichen Mitarbeiter in der Endphase der DDR gut und sehr gut ausgebildet. Viele von ihnen hatten eine Hochschul- oder mindestens eine Fachschulausbildung. An der Hochschule der Stasi konnten sie sogar promovieren und habilitieren. Ihre soziale Lage war weitaus besser als die der allermeisten DDR-Bürger. Sie verdienten das Mehrfache der

im zivilen Leben gezahlten Löhne und Gehälter, hatten eigene komfortable Ferienheime und Sonderversorgungseinrichtungen. Zu Recht konnten sie sich als Teil der DDR-Elite empfinden; sie schützten und stabilisierten einen Staat und ein Gesellschaftssystem, dem sie umgekehrt eine Menge an Privilegien und eine herausgehobene Stellung verdankten. Nach außen wird die Tätigkeit der Stasi oft mit der Denunziantenrolle der Inoffiziellen Mitarbeiter identifiziert. Ohne das Rückgrat und die Arbeit des hauptamtlichen Apparates hätte es dieses gewaltige Spitzelnetz aber nie gegeben, hätte es nie funktionieren können.

Soviel seit dem Ende der DDR über das Heer der Inoffiziellen Mitarbeiter im Dienste der Stasi geschrieben wurde und soviel über einzelne spektakuläre Fälle mittlerweile bekannt ist, so viele Fragen bleiben weiter offen. Brauchte der Apparat der Stasi zur Erfüllung seiner Aufgaben tatsächlich fast 200.000 weitere Helfershelfer? Welche Aufgaben sollten sie erfüllen und warum ließen sie sich dafür anwerben? Sind sie mit Denunzianten und Spitzeln in anderen Gesellschaften, zu anderen Zeiten oder unter anderen Diktaturen zu vergleichen?

Schon die Begriffsklärung „Inoffizieller Mitarbeiter“ verrät einiges. Der Inoffizielle Mitarbeiter sollte nicht nur über Gehörtes und Gesehenes informieren, er sollte darüber hinaus Aufträge ausführen, sich gezielt an Menschen heranarbeiten, in ihr Vertrauen schleichen, ihre Gedanken und Motive ausforschen und sie im Sinne der Stasi beeinflussen. Während in anderen Diktaturen und im NS-Regime die Geheimpolizei vorrangig auf die Denunziation von „Volksfeinden“ und „Volksschädlingen“ setzte und dafür ihre Augen und Ohren entwickelte, zielte der kommunistische Kontroll- und Formungsanspruch auf Denunziation, gezielte langfristige Ausforschung und Einflussnahme in einem. Was der Begriff des „Mitarbeiters“ jedoch verschleiert und verzerrt, ist die absolute Ungleichheit der beteiligten Partner. Der Inoffizielle Mitarbeiter sollte in eigener Initiative arbeiten, sich zugleich an alle Weisungen seiner Führungsoffiziere halten, offen und loyal sein, ihnen nichts verheimlichen. Umgekehrt galt dies nicht im mindesten. Beginnend bei der Ausforschung des Anwerbekandidaten, der Werbung selbst, der permanenten Kontrolle des Inoffiziellen Mitarbeiters, bis zum Verschweigen künftiger Einsatzziele oder seinem geplanten „Abschalten“, behielten sich die Führungsoffiziere eine Strategie des Misstrauens, des doppelten Spiels und verdeckter Absichten vor. Der Inoffizielle Mitarbeiter wurde bearbeitet, er wurde „gekrümmt“ und als

Werkzeug behandelt, sollte sich aber mindestens zeitweise in einer bedeutenden Rolle oder sogar als Partner des Führungsoffiziers fühlen.

Im Unterschied zum „bloßen Spitzel“, der auf Zuruf tätig arbeitet, oder einem Denunzianten, der von sich aus tätig wird und missliebige Kollegen oder Nachbarn anschwärzt, war die Beziehung zum Inoffiziellen Mitarbeiter langfristig geplant und vorbereitet, unterlag einem formalisierten Verfahren und war auf lange Dauer angelegt.

Die Hauptamtlichen Mitarbeiter

Jens Gieseke

1. Personalbestand

Der hauptamtliche Apparat der Stasi hat im Laufe der Jahrzehnte einen gewaltigen Personalzuwachs erlebt. Zuletzt brachte er es auf rund 91.000 Mitarbeiter (31. Oktober 1989) und war damit – gemessen an der Bevölkerungszahl – der wohl größte geheime Sicherheitsapparat der Welt. Während in der DDR auf einen hauptamtlichen Stasi-Mitarbeiter etwa 180 Einwohner kamen, waren es zum Beispiel in der UdSSR fast 600 auf einen Mitarbeiter des sowjetischen KGB (russisch: Komitee für Staatssicherheit).

In den fünfziger Jahren etablierte sich die Stasi als stalinistische Geheimpolizei und erreichte bereits 1956 eine Personalstärke von rund 16.000 Mitarbeitern. Am stärksten jedoch wuchs der Stasi-Apparat von den späten sechziger Jahren bis in die frühen achtziger Jahre. Dahinter stand ein groß angelegtes Abwehrprogramm gegen die intensivierten Kontakte nach Westdeutschland, die die DDR-Führung im Zuge der Entspannungspolitik als Preis für ihre internationale Anerkennung zugestand. Verwandte aus der Bundesrepublik konnten wieder in die DDR einreisen; Korrespondenten berichteten aus Ost-Berlin in westlichen Medien; Jugendliche aus Ost und West traten in Briefkontakt – aus Sicht der SED lauerten damit überall die Einflüsse der „politisch-ideologischen Diversions“ des Klassenfeindes. Dagegen empfahl sich die Stasi als Allheilmittel der Überwachung und Verfolgung. Sie sollte alle spontanen, abweichenden Regungen kontrollieren und nach Möglichkeit unterbinden.

Die besondere deutsch-deutsche Situation des „Sozialismus in einem halben Lande“ (Dietrich Staritz) trieb also SED und Stasi-Führung zu dieser außergewöhnlichen Ausweitung des Apparates. Mit der Verfolgung von Oppositionellen oder der Überwachung von kritischen Schriftstellern und Kirchen war seit den sechziger Jahren nur noch ein relativ kleiner Teil der Mitarbeiter befasst, während das ausufernde Aufgabenverständnis mit dem Ziel der Massenüberwachung und die Arbeitsteilung der Großbürokratie immer mehr Personal erforderten. Beispiele sind die Passkontrolleure an der Grenze oder die Verkäuferinnen in der Politbüro-

siedlung in Wandlitz – alle gehörten zu dem weitverzweigten Stasi-Komplex unter der Hand des Ministers Erich Mielke. Ab 1983 konnte Mielke den Apparat jedoch nur noch geringfügig ausbauen, weil die Krise der DDR-Staatsfinanzen auch der Stasi Grenzen setzte.

2. Kaderpolitik

Die Hauptamtlichen Mitarbeiter der Stasi verstanden sich selbst als „Tschekisten“. Sie stellten sich damit in die Tradition der 1917 von den Bolschewiki gegründeten russischen Geheimpolizei Tscheka (russisch: Außerordentliche Kommission zur Bekämpfung von Konterrevolution und Sabotage). Von deren erstem Vorsitzenden Feliks E. Dzierżyński soll auch der revolutionär-verklärende Leitspruch der MfS-Mitarbeiter stammen: „Tschekist sein kann nur ein Mensch mit kühlem Kopf, heißem Herzen und sauberen Händen.“ Die sowjetische Geheimpolizei hatte sich unter dem Namen NKWD (russisch: Volkskommissariat für innere Angelegenheiten) in den dreißiger Jahren zu einem Instrument des Massenterrors entwickelt, dem Millionen Menschen als angebliche „Volksfeinde“ zum Opfer gefallen sind.

Die Hauptamtlichen Mitarbeiter galten als Teil der kommunistischen Parteiavantgarde, von der Josef Stalin gesagt hatte: „Die Kader entscheiden alles“. Diesem kaderpolitischen Verständnis gemäß ging die Stasi bei der Auswahl ihres Personals nach äußerst strengen Kriterien vor, was die politische Linientreue und die geheimdienstliche Abschottung anging. Andere Merkmale wie Allgemeinbildung oder besondere fachliche Qualifikationen standen dahinter zurück und gewannen erst im Laufe der Jahre eine gewisse Bedeutung.

Da es in der DDR keine Beamten gab, waren fast alle Stasi-Mitarbeiter formal Berufssoldaten mit entsprechendem Dienstgrad. Abgesehen von wenigen Zivilbeschäftigten bildeten die Zeitsoldaten im Wachregiment „Feliks E. Dzierżyński“ (sowie an einigen anderen Stellen im Apparat) die wichtigste Ausnahme. Hierbei handelte es sich um Wehrpflichtige, die sich freiwillig für drei Jahre anstelle des Dienstes in der Nationalen Volksarmee verpflichtet hatten. Für sie galten sehr viel weniger strenge Auswahlkriterien, und mit der geheimdienstlichen Arbeit waren sie nicht befasst; außerdem wurden sie von der Stasi selbst überwacht. Nur ein geringer Teil der Zeitsoldaten wurde in den normalen Stasi-Dienst übernommen.

Eine besondere Gruppe waren die zuletzt etwa 2.200 Offiziere im besonderen Einsatz (OibE). Sie verbanden den Status des Stasi-Offiziers mit den Arbeitsweisen des Inoffiziellen Mitarbeiters (IM). Sie arbeiteten verdeckt in „sicherheitspolitisch relevanten Positionen“, zum Beispiel als Sicherheitsbeauftragte in großen Betrieben, in wichtigen Positionen anderer bewaffneter Organe wie der Zollverwaltung oder der Volkspolizei oder als Geheimdienstresidenten in Auslandsvertretungen der DDR.

Die Personalauswahl für den geheimen Apparat erfolgte nach strengen Regeln: Die Initiative musste von der Stasi ausgehen. Selbstbewerber wurden verdächtigt, feindliche Spione zu sein. Faktisch war die Mitgliedschaft in der SED vorgeschrieben, allerdings durfte bei jungen Einstellungskandidaten die Aufnahme in die Partei auch nach Dienstantritt noch erfolgen. Mitglieder der anderen Blockparteien (CDU, LDPD, NDPD, DBD) gab es im hauptamtlichen Stasi-Apparat nicht. Ehemalige Nationalsozialisten stellte die Stasi ebenfalls nicht ein. Neben der ideologischen Linientreue stand das Verbot jeglicher Westkontakte im Zentrum der Rekrutierungsregeln: Aus Furcht vor dem Eindringen gegnerischer Geheimdienste durften die Mitarbeiter sowie ihre engere Familie keine aktiven persönlichen Verbindungen in den Westen haben. Gab es Verwandte im Westen, so war der Kontakt abubrechen.

Bei der Personalsuche verließ sich die Stasi in erster Linie auf ihr näheres Umfeld: In den fünfziger Jahren kamen viele junge Mitarbeiter aus der Volkspolizei oder hauptamtlichen SED- und FDJ-Funktionen (Freie Deutsche Jugend). Außerdem hielten die Offiziere mit Hilfe ihrer Inoffiziellen Mitarbeiter in den Betrieben und Einrichtungen, die sie zu überwachen hatten, oder in deren Lebensumfeld Ausschau nach geeigneten Kandidaten. Hinzu kam die systematische Suche in den Musterungsjahrgängen für den Wehrdienst.

In den achtziger Jahren ließ die Bereitschaft jugendlicher Einstellungskandidaten selbst aus dem SED-nahen Milieu nach, sich den Kontaktverboten und Verhaltensregeln des rigide geführten Apparates zu unterwerfen. Um so stärker suchte die Stasi (gemeinsam mit der Nationalen Volksarmee) in den Schulen nach geeigneten Bewerbern. Ab 1981 beteiligte sie sich mit festen Sollquoten an der „Werbung für den militärischen Berufsnachwuchs“ ab der 7. Klasse der Polytechnischen Oberschule. Über diesen Rekrutierungskanal sind zum Beispiel 1986 ca. 1.200 Einstellungen erfolgt.

3. Personalstruktur

An der Spitze des Apparates stand seit seiner Gründung 1950 ein harter Kern von kommunistischen Untergrundkadern mit langjähriger Erfahrung. Straßenkämpfe und Saalschlachten während der Weimarer Republik, Widerstand gegen den Nationalsozialismus in der Illegalität, Haft in Zuchthaus und Konzentrationslager, Emigration in die Sowjetunion, Militärdienst im Spanischen Bürgerkrieg, Partisanen- und Agenteneinsätze im Zweiten Weltkrieg – das waren typische Lebensstationen der ersten DDR-Geheimpolizeifunktionäre, bevor sie ab 1945 die Polizei der Sowjetischen Besatzungszone nach kommunistischen Vorstellungen aufzubauen begannen.

Einige von ihnen prägten die Atmosphäre im Apparat bis in die späten Jahre, allen voran der seit 1957 amtierende Minister, Armeegeneral Erich Mielke (1907-2000), der 1931 in Berlin zwei Polizisten erschossen hatte und danach in die Sowjetunion geflohen war. Seinen militanten Stalinismus legte er auch später nicht ab, wie etwa ein Stasi-interner Tonbandmitschnitt von 1984 zeigt:

„Wenn wir nicht gerade hier in der DDR wären [...], wenn ich in der glücklichen Lage wäre wie in der Sowjetunion, dann würde ich einige erschießen lassen. Revolutionäre Gesetzlichkeit [...], nicht etwa den Prozess machen, so meine ich [das].“

(zitiert nach: Joachim Walther (Hg.): Mielke – ein deutscher Jäger, Audio-CD, München 1995).

Da es nur einige hundert geeignete alte Kommunisten gab, erfolgte der Personalausbau zunächst überwiegend mit ganz jungen Männern, die vor 1945 durch die Hitlerjugend und den Krieg geprägt worden waren und nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches häufig über die Freie Deutsche Jugend zur Volkspolizei gekommen waren. Meist stammten sie aus „proletarischen“ Verhältnissen und hatten nur eine einfache Volksschulbildung. Die alten Kommunisten waren für sie große Vorbilder. Der stellvertretende Minister Rudi Mittig (1925-1994) erinnerte sich:

„Es ging darum, am Schutz der neuen Republik mitzuwirken. Dass es Feinde zur Genüge gab, das war jedermann bekannt. [...] Ich betrachtete die Werbung für das Ministerium für Staatssicherheit als einen Beweis für Vertrauen. [...] Natürlich stand die Frage: Wem ordne ich mich unter? Meine damaligen Vorgesetzten, ich lege Wert auf die Betonung militärische Vorgesetzte, waren durchweg antifa-

schistische Widerstandskämpfer, die teilgenommen hatten am Spanischen Bürgerkrieg, am Kampf der Roten Armee gegen den Faschismus, die im Konzentrationslager waren. Alles Menschen, die aktiv gegen den Faschismus gekämpft hatten, denen ich, was ihr Leben betrifft, ihren Einsatz gegen den Faschismus, ihre ganze Persönlichkeit, volles Vertrauen schenkte. [...] Sie hatten sich – im Gegensatz zu mir – in der Zeit des Faschismus bewährt.“

(Rudi Mittig, in: Riecker, Schwarz, Schneider: Stasi intim, 1990, S. 166-168).

Prägend für diese Generation waren die politische Indoktrination durch Stalins Lehren von der „ständigen Verschärfung des Klassenkampfes“ sowie die alltäglichen Erlebnisse im Apparat: die Suche nach angeblichen oder tatsächlichen Agenten westlicher „Feindorganisationen“, die Verhaftungen und nächtelangen Verhöre bis zum Geständnis, das Gefühl der schrankenlosen Macht. Damit ließen sich auch die denkbar schwache Allgemeinbildung und die fehlenden kriminalistischen Kenntnisse überspielen. Erich Mielke forderte 1952:

„Mir scheint, dass es darauf ankommt, dass dieser Genosse, der vielleicht nicht schreiben kann, weiß, wie man siegt und was man tun muss, um seine Feinde zu vernichten. Untersuchen wir einmal danach, wie manche großartig schreiben können und wie wunderbar sie daherreden, und prüfen wir, wie viel Feinde sie vernichtet haben. [...] Es ist deshalb notwendig, den Menschen einzuhämmern den Glauben an den Sieg, dass sie verstehen zu siegen.“

(SED-Kreisleitung, Protokoll über die Kreisparteiaktivtagung am 28. Januar 1953; BStU, ZA, KL-SED 570, Bl. 24.).

Seit den sechziger und siebziger Jahren speiste die Stasi ihren unerschöpflichen Personalhunger immer weniger aus der „Arbeiterklasse“. Mehr als die Hälfte der eingestellten Nachwuchskräfte waren Funktionskinder: Ihre Eltern waren selbst bei der Stasi tätig oder zum Beispiel bei der Volkspolizei, der Nationalen Volksarmee und im hauptamtlichen SED-Parteiapparat. Der 1978 eingestellte Andreas K. erinnerte sich:

„Ich habe das MfS (Stasi) kennen gelernt durch meinen Vater. Er war Kreisdienststellenleiter, und ich muss sagen, er hatte ein Arbeitskollektiv, wo wirklich einer für alle da war. Das hat mir eigentlich imponiert und mich auch motiviert, schon als Junge. Da waren die Familien integriert, wir haben als Kinder zusammen gespielt, man fühlte sich dort geborgen, auch als Jugendlicher.“

Nach der Lehre fing ich dann an in der Bezirksverwaltung Halle in der Untersuchungshaftanstalt, damit ich gleich den Gegner richtig kennen lerne, in persona. Ich habe dort, wie einige andere Kinder von MfS-Angehörigen, als Wachtposten begonnen. [...] Das einzige, wo ich schon Probleme bekam, war, dass ich dort nicht die Geborgenheit fand, die ich von der Kreisdienststelle gewohnt war, von meinem Vater und seinen Genossen. Da gab es schon die ersten Konflikte, weil ich auch Leute kennen lernte, die bloß das Geld von der Staatssicherheit wollten.“

(Gisela Karau: Stasiprotokolle, Frankfurt/Main 1992, S. 155).

Frauen waren im Stasi-Apparat mit einem Anteil von ca. 16 bis 19 Prozent stets eine Minderheit und überwiegend auf typische Berufsrollen wie Sekretärinnen usw. festgelegt. In der eigentlichen geheimdienstlichen Arbeit spielten sie nur in der Informationsauswertung sowie bei der Postkontrolle eine gewisse Rolle. Weibliche Führungsoffiziere für Inoffizielle Mitarbeiter oder Vernehmungsoffiziere gab es selten; weibliche Generäle gar nicht.

4. *Selbstverständnis und innere Atmosphäre*

Die besonderen Auswahlkriterien und das hohe offizielle Prestige als „Schild und Schwert der Partei“ sorgten dafür, dass sich die Stasi-Mitarbeiter als „Genossen erster Kategorie“ fühlten, wie der erste Minister für Staatssicherheit, Wilhelm Zaisser, 1953 eingestand. Ihre Bezahlung war für DDR-Verhältnisse weit überdurchschnittlich; besondere Einkaufsmöglichkeiten und weitere Privilegien kamen hinzu. Intern standen die Mitarbeiter unter den Anforderungen der „bewussten“ militärischen Unterordnung und des ständigen erzieherischen Drucks. Ein Ausstieg war nur ausnahmsweise möglich und führte zu lebenslanger Überwachung. „Verrätern“, die Kontakte zum Westen suchten, drohte bis in die achtziger Jahre hinein die Todesstrafe. 1981 wurde der letzte Stasi-Mitarbeiter wegen versuchter Spionage hingerichtet.

Dem stand ein anröchiges und angsteinflößendes Bild in weiten Teilen der Bevölkerung gegenüber. Die Stasi-Mitarbeiter spielten nach außen gerne ihren Nimbus der Allmacht aus, so dass selbst enge Kooperationspartner wie Staatsanwälte und Volkspolizisten kuschten. Ganz besonders trafen Arroganz und Willkür die unmittelbar Verfolgten, vor allem in Verhören und Untersuchungshaft.

In den achtziger Jahren machte sich unter den Mitarbeitern eine gewisse Frustration breit: Die DDR geriet immer weiter in die Krise und damit die

Überzeugung von der „Sache des Sozialismus“ ins Wanken. Gegen Oppositionelle durfte die Stasi auf SED-Geheiß nicht mehr so hart durchgreifen wie zuvor, um Image-Schäden zu vermeiden; politische Häftlinge wurden häufig durch die Bundesrepublik „freigekauft“; die wachsende Zahl der Ausreisewilligen war nicht in den Griff zu bekommen.

Für nachhaltige Verunsicherung sorgte ab 1985 die Reformpolitik des sowjetischen Staats- und Parteichefs Michail Gorbatschow und die damit verbundenen Deklarationen zum Abbau der Ost-West-Feindbilder. 1989 schlug die schleichende innere Zerrüttung schließlich im Angesicht der Massendemonstrationen in offene Hilflosigkeit um. Obwohl bis an die Zähne bewaffnet, wehrten sich die Stasi-Mitarbeiter weder gegen die Maueröffnung noch gegen die Besetzung ihrer Dienststellen – noch, zu guter Letzt, gegen die komplette Auflösung ihres Ministeriums.

Inoffizielle Mitarbeiter

Helmut Müller-Enbergs

Noch vor wenigen Jahren hießen sie „Spitzel“, „Denunzianten“ oder „Kundschafter“. Mit der deutschen Einheit hat sich die Bezeichnung „Inoffizielle Mitarbeiter“ (IM) für die heimlichen Zuträger der Stasi etabliert. Sie ersetzten in der DDR, was in demokratischen Staaten eine offene Gesellschaft, unabhängige Medien und Demoskopie darstellen: Informationen über Stimmungen und Meinungen in der Bevölkerung. Die SED-Führung wollte einerseits stets über den Grad ihrer Machtgefährdung und andererseits immer über die konkrete Situation und Lage in der DDR unterrichtet sein. Zugleich hatten inoffizielle Mitarbeiter den Auftrag, verfassungsfeindliche Bestrebungen zu ermitteln, was beim MfS „politisch-ideologische Diversion“ bzw. „politische Untergrundtätigkeit“ hieß. Der Bogen hierfür war weit gespannt und reichte von einer privaten Meinungsäußerung bis hin zu politischen Aktivitäten. Überdies sollten sie, wenn auch selten, direkt auf gesellschaftliche Entwicklungen oder einzelne Personen durch ihr Wort und ihre Tat einwirken. Das konnte auch in seltensten Fällen bis zum Auftragsmord reichen. Diese unsichtbare Schattenarmee der inoffiziellen Mitarbeiter war das wichtigste Repressionsinstrument in der DDR, ohne das die Stasi tatsächlich arbeitsunfähig gewesen wäre. Die inoffiziellen Mitarbeiter waren der Atem für die Stasi-Lunge, wie ein Minister einmal erklärte: „Unser IM-Bestand, das sind unsere Atmungsorgane, und ohne diese Atmungsorgane können wir nicht leben und nicht arbeiten“. Denn anders als die Geheime Staatspolizei im Dritten Reich konnte sich das MfS kaum auf „Denunzianten“ stützen, die unaufgefordert die Diktatur informierten, vielmehr mußte sie gezielt ein solches Netz inoffizieller Mitarbeiter aufbauen.

Inoffizielle Mitarbeiter wurden auf bestimmte Schwerpunkte angesetzt, von denen tatsächliche oder vermeintliche Gefahren ausgehen konnten. Diese Objekte, Territorien, Bereiche oder Personen waren so zahlreich, daß die geheimpolizeiliche Durchdringung tendenziell den Charakter einer flächendeckenden Überwachung annahm. Bereits von Beginn an lautete die Devise des MfS: „Wenn wir gute Inoffizielle Mitarbeiter haben, müssen wir das Gras wachsen hören. Wir müssen überhaupt alles wissen“. Dies ist dem MfS zwar in der Praxis nicht gelungen, aber breite Tei-

le der Gesellschaft lebten stets in dem Bewußtsein, daß überall die, wie sie genannt wurde, Firma „Horch und Guck“ präsent sei; dass Mitschüler oder Arbeitskollegen mutmaßlich Spitzel sein könnten. Tatsächlich war jeder einhundertste Einwohner als inoffizieller Mitarbeiter in den Karteien des MfS verzeichnet. Zuletzt betrug die Anzahl der inoffiziellen Mitarbeiter in der DDR 174.200 Personen. In der Bundesrepublik gab es rund 3.000.

In den achtziger Jahren war der durchschnittliche inoffizielle Mitarbeiter meist männlich und zwischen 25 und 40 Jahren alt. Der Anteil der Frauen unter den inoffiziellen Mitarbeitern betrug etwa 17 Prozent. Weniger als 1.000 inoffizielle Mitarbeiter waren minderjährig, von denen die meisten 16 oder 17 Jahre alt waren, doch gab es auch vereinzelt 11-jährige. In der Regel hatten sich inoffizielle Mitarbeiter schriftlich und ehrenamtlich zur heimlichen Zusammenarbeit bereit erklärt. Überwiegend taten sie dies aus Überzeugung, obgleich lediglich ein Drittel der inoffiziellen Mitarbeiter Mitglied der SED war. Nicht wenige arbeiteten aus materiellen Gründen beim MfS mit, höhere Geldbeträge wurden jedoch nicht – oder nur in Ausnahmen – in Aussicht gestellt. Erpressung war ebenfalls nicht die Regel und nur in Ausnahmefällen der Grund für Kooperationsbereitschaft. Die Zusammenarbeit währte häufig vier bis sechs Jahre und konnte jederzeit folgenlos beendet werden (was allerdings damals niemandem konkret bekannt war). Der Abbruch durch den Führungsoffizier geschah in der Mehrzahl der Fälle auf Grund einer mangelnden Perspektive oder der Nicht- bzw. Nicht-mehr-Eignung des inoffiziellen Mitarbeiters. Jeder dritte Anwerbungsversuch des MfS wurde zurückgewiesen, was für den Betroffenen normalerweise ohne Konsequenzen blieb. Die Tätigkeit der inoffiziellen Mitarbeiter ließ sich nach drei Aufgabenfeldern unterscheiden. Die überwiegende Zahl sicherte bestimmte Bereiche ab, ein geringer Teil wurde zur „Feindbekämpfung“ eingesetzt und ein weiterer Teil wirkte unterstützend, sie waren gewissermaßen die ehrenamtliche logistische Basis des MfS. Inoffizielle Mitarbeiter zur Sicherung bestimmter Bereiche wurden primär dort geworben, wo sie in den Augen des MfS von besonderem Interesse für den „Feind“ waren. Ihre berufliche oder gesellschaftliche Stellung sollte diesen inoffiziellen Mitarbeitern – auch mit Hilfe ihrer persönlichen Verbindungen – nach Möglichkeit einen breiten Überblick und gute Einflussmöglichkeiten verschaffen. Ihre geheime Arbeit sollte zur inneren Sicherheit beitragen, vorbeugend und schadenverhütend wirken. Ziel war letztlich eine sichere und umfassende Bewertung und Beherrschung des entsprechenden Bereiches. Dieser Funktionstypus des

inoffiziellen Mitarbeiters sammelte nicht nur Informationen über Personen oder Ereignisse, sondern arbeitete auch aktiv an Einsätzen des MfS mit, etwa zur Aufklärung von Gesetzesübertretungen, und kam bei bestimmten operativen Maßnahmen zum Einsatz. Diese inoffiziellen Mitarbeiter hatten zuletzt Bezeichnungen wie „IM zur politisch-operativen Durchdringung des Verantwortungsbereiches“ (IMS), „Gesellschaftliche Mitarbeiter für Sicherheit“ (GMS), „Inoffizieller Mitarbeiter im besonderen Einsatz“ (IME) oder „Führungs-IM“ (FIM).

Die inoffiziellen Mitarbeiter zur aktiven „Feindbekämpfung“ waren die hochkarätigen Agenten des MfS in der DDR. Sie sollten bei der direkten „Bearbeitung“ von verdächtigen Personen eingesetzt werden. Diese inoffiziellen Mitarbeiter hatten „Feinde“ zu überprüfen, zu beobachten und gegen sie zu ermitteln, um dadurch Kenntnisse über deren Pläne, Maßnahmen und Methoden zu erlangen. Daneben war es ihre Aufgabe, Beweise für „Feindtätigkeit“ zu gewinnen, und zu deren „Zersetzung“, Zerschlagung oder Zurückdrängung beizutragen. Sie konnten auch im Auftrag des MfS Verbindungen zu gegnerischen Nachrichtendiensten unterhalten. Zuletzt hießen diese 3.900 Personen „Inoffizielle Mitarbeiter der Abwehr mit Feindverbindung bzw. zur unmittelbaren Bearbeitung im Verdacht der Feindtätigkeit stehender Personen“ (IMB). Einen beschränkteren Wirkungsbereich als diese Funktionstypen hatten inoffizielle Mitarbeiter für logistische Aufgaben. Sie stellten ein Zimmer, ihre Wohnung oder ihr Haus für konspirative Treffen zwischen dem inoffiziellen Mitarbeiter und seinem Führungsoffizier zur Verfügung oder sicherten solche Treffen ab. Für die Kommunikation zwischen inoffiziellen Mitarbeitern im „Operationsgebiet“ – also vornehmlich in der Bundesrepublik oder West-Berlin – und dem MfS konnte ihre Adresse oder ihr Telefon benutzt werden. Der Oberbegriff dieses IM-Typus lautet „Inoffizieller Mitarbeiter zur Sicherung der Konspiration des Verbindungswesens“ (IMK), mit den Unterformen konspirative Wohnung (KW), konspiratives Objekt (KO), Deckadresse (DA), Decktelefon (DT) und Sicherheit (S).

Gesellschaftliche Mitarbeiter für Sicherheit

Helmut Müller-Enbergs

Die Gesellschaftlichen Mitarbeiter für Sicherheit (GMS) waren eine Sonderform der inoffiziellen Mitarbeiter (IM) des MfS, die beinahe einmalig in der Welt der Geheimpolizeien und Nachrichtendienste ist. Von ihnen waren zuletzt 33.000 Aktive in den Karteien des MfS verzeichnet. Die Schaffung der Gesellschaftlichen Mitarbeiter für Sicherheit entstand aus einer konkreten politischen Lage der DDR heraus. Als im Jahre 1967 der Generalsekretär der SED, Walter Ulbricht, auf deren Parteitag zu der Feststellung gelangte, dass die Gesellschaft in der DDR zu einer „sozialistischen Menschengemeinschaft“ zusammengewachsen sei, die sich vom Willen leiten lasse, den Staat DDR zu unterstützen und zu verteidigen, zog auch das MfS seine Konsequenzen daraus. Auf der Suche nach einer Bezeichnung für jene Bürger, die bereit waren, die DDR zu verteidigen, indem sie dem MfS geheime Informationen aus der Gesellschaft weiter trugen, war über den Namen „Deutsche Patrioten“ und „Gute Menschen“ reflektiert worden.

Innerhalb der Stasi wurde die „Einbeziehung breiter gesellschaftlicher Kräfte“ zum Ausgangspunkt, um einen neuen Typus inoffizieller Mitarbeiter zu schaffen, der zur „Sicherheit und Unantastbarkeit der sozialistischen Staats- und Rechtsordnung“ beitragen sollte. Als „wertvolle Ergänzung“ zu den inoffiziellen Mitarbeitern – nicht als ihre Konkurrenz – sollten die Gesellschaftlichen Mitarbeiter für Sicherheit Ausdruck einer „entfalteten Massenwachsamkeit“ sein. Im Unterschied zu den inoffiziellen Mitarbeitern hatten die Gesellschaftlichen Mitarbeiter für Sicherheit allerdings nur begrenzt Kenntnisse von den geheimen Methoden des MfS und waren nur zum Teil in die operative Arbeit einbezogen. Vorrangig waren sie im Arbeits-, Wohn- und Freizeitbereich eingesetzt. Sie hatten zur Beseitigung von Mängeln und Missständen in der Gesellschaft der DDR beizutragen. Das von ihnen verlangte offensive und „progressive Auftreten in der Öffentlichkeit“ wies ihnen aber auch die Rolle von Musterbürgern zu. In der Praxis zeigte sich hingegen, dass die Trennung von inoffiziellen Mitarbeitern und Gesellschaftlichen Mitarbeitern für Sicherheit kaum durchzuhalten war, weshalb in den letzten Jahren der DDR kaum Unterschiede zwischen diesen beiden Mitarbeitergruppen festzustellen sind.

Partner des operativen Zusammenwirkens

Wolfgang Templin / Karsten Dümmler

Die Akten der Stasi zeigen heute, dass sich diese Geheimpolizei bei allen Schwerpunkten und in allen Phasen ihrer Arbeit auf ein Netz von Partnern stützte. Die von der SED-Führung geforderte „staatliche Sicherheit“ konnte die Stasi ohne fremde Hilfe nicht garantieren. Partnerschaften suchte sie in allen Einrichtungen des öffentlichen Lebens in der DDR wie Volkspolizei, Schulen, Betrieben (Kader-/Personalabteilung), Fach- und Hochschulen, Post, Gewerkschaften, Sportvereinen usw. Über diese Partner kam die Stasi sehr schnell an alle möglichen Informationen aus dem gesellschaftlichen, beruflichen und privaten Bereich. Es waren Informationen, die von der Stasi genutzt wurden, um Maßnahmen gegen Verdächtige einleiten zu können: Arbeitsplatzbindung, Stadt- oder Hausarrest, Reise- und Urlaubssperre, Kaderaussprachen, Wohnungs- bzw. Arbeitsplatzdurchsuchungen, Verhaftungen, usw.

Die Partner schritten mitunter selbst ein und nahmen auch aktiv an operativen Aktionen der Stasi teil. Diese Aktionen nannte die Stasi verdeckte „operative Kombination“.

Neben den Hauptamtlichen Mitarbeitern und ihren Inoffiziellen Mitarbeitern (IM) hatte die Stasi ein großes Heer williger Zuträger und Unterstützer, die beim Beschaffen der konkreten Informationen und beim Ausspähen von Personen halfen. Neben den Personenakten der Stasi finden sich daher in den Archiven der DDR ungezählte Dokumente, in denen Einschätzungen über Personen enthalten sind: Urteile über ihre „ideologische Zuverlässigkeit“, ihre politischen Standpunkte, ihre charakterlichen Eigenschaften. Wenn man im Westen das Wort Gewerkschaften hört, denkt man ganz selbstverständlich an die Verteidigung der Arbeitnehmerinteressen, an Tarifikämpfe und den Schutz in Arbeitsrechtskonflikten. Spricht man von Jugendorganisationen, so denkt man an Pfadfinder, kirchliche Jugendgruppen oder die Nachwuchsorganisationen der Parteien. In der DDR hatten die offiziellen Gewerkschaften, der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund (FDGB) und die Staatsjugendorganisation der Freien Deutschen Jugend (FDJ) ganz andere Aufgaben. Die große Mehrheit der erwachsenen arbeitenden Bevölkerung und der Jugendlichen war in diesen sogenannten „Massenorganisationen“ erfasst. Betriebsversammlun-

gen des FDGB und Veranstaltungen der FDJ hatten häufig den Charakter ideologischer Schulungen. In den Gewerkschaften gab es die sogenannten „Schulen der sozialistischen Arbeit“. Über die dort geführten Diskussionen, über geäußerte Standpunkte und Kritik schrieben die FDJ- und FDGB-Funktionäre regelmäßig Berichte. Dort wurden abweichende Meinungen erfasst, schwarze Schafe registriert und Maßnahmen der „Kollektiverziehung“ festgehalten. Das Gleiche galt für die Versammlungen und Veranstaltungen der SED und der Blockparteien.

Die SED-Verantwortlichen misstrauten den Mitgliedern ihrer eigenen Partei und bespitzelten sie systematisch. Ein ausuferndes Berichtswesen, streng von unten nach oben organisiert, schuf ein ideales Reservoir für die Informationsbedürfnisse der Stasi. Die Stasi konnte sich bei Bedarf jederzeit Zugang zu den Berichtsunterlagen der Parteien und Massenorganisationen verschaffen, was ihre eigene Papierflut aber nicht eindämmte, sondern eher noch verstärkte.

Informationen waren wichtig und unter Umständen entscheidend; die Stasi wollte jedoch weit mehr, als nur umfassend unterrichtet sein. Sie wollte wirksam kontrollieren, jederzeit eingreifen können und im entsprechenden Fall wirksam unterdrücken, ihre Gegner ausschalten. Funktionäre der Parteien, des Jugendverbandes und der Gewerkschaften waren wichtige Ansprechpartner; noch bedeutender konnten Betriebsfunktionäre, die sogenannten „staatlichen Leiter“, und die Angestellten des Staatsapparates der DDR, die Staatsfunktionäre, sein. Eine unabhängige Verwaltung, wie sie in der Bundesrepublik eine Selbstverständlichkeit ist, über die sich der Bürger auch wirksam beschweren, gegen die er Klage führen kann, gab es in der DDR nicht. Der Staatsapparat der DDR funktionierte nicht wie eine rechtsstaatliche Verwaltung, sondern er war dem Willen der SED ebenso unterworfen wie auch das Geschehen in den Betrieben. Über die Personalangelegenheiten der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben wachten die sogenannten „Kaderleiter“. Nach dem Zusammenbruch der DDR versuchten Staatsfunktionäre, Angestellte im Staatsapparat und Kaderleiter der Betriebe und Institutionen ihre früheren Aufgaben in die Sprache der Demokratie und des Rechtsstaates zu übersetzen. Kaderleiter behaupteten, sie hätten Personalarbeit gemacht, Staatsfunktionäre erklärten, sie seien Verwaltungsangestellte gewesen. Ein Blick auf ihre Arbeitspraxis und ihre enge Zusammenarbeit mit der DDR-Geheimpolizei zeigt hier die Lügen auf. In den Kaderleitungen der DDR wurden Personalakten geführt, zu deren wesentlichen Teilen die

betroffenen Personen keinen Zugang hatten, die Stasi jederzeit. Gab es „Problemfälle“, konnten sich Stasi-Mitarbeiter direkt mit den Kaderleitungen über verwarnende Gespräche, Rückstufungen, Arbeitsplatzwechsel und andere betriebliche Repressionen abstimmen. Oft wurden auch die Kaderleiter von sich aus tätig und wandten sich an die Stasi. In den Rathäusern und Amtsstuben der DDR herrschte alles andere als ein normales Verwaltungsleben. Man konnte dort mit seinem Personalausweis, den man immer mit sich zu führen hatte, hineingehen und mit einem anderen Dokument herauskommen, nachdem der Personalausweis ohne vorherige Information und Vorwarnung einbehalten worden war. Dieses andere Dokument, ein sogenannter „PM 12“, stempelte den Inhaber zum Freiwild für jeden Polizeizugriff ab. Man konnte im Zug sitzen und an einem Grenzbahnhof zu Polen und Tschechien bei der Personenüberprüfung erfahren, dass man die DDR nicht mehr verlassen durfte. Mit einer internen „Verwaltungsentscheidung“, die vorher weder mitgeteilt noch gar begründet wurde, konnte eine jahrelange Ausreisesperre verhängt werden. Im Hintergrund zog die Stasi die Fäden, musste selbst aber nicht direkt eingreifen, weil ihre Partner im Staatsapparat reibungslos funktionierten. Mindestens ebenso gut funktionierte das Zusammenwirken mit den Partnern in der Volksbildung, an den Hochschulen und Universitäten der DDR. Die Kontrolle von Schülern und Eltern, die Möglichkeit, missliebige Eltern über die Schulsituation der Kinder einzuschüchtern oder zu erpressen, funktionierten nicht nur von Fall zu Fall, sie waren systematisch organisiert. Schulräte als Teil des Staatsapparates, Schulräte und ausgewählte zuverlässige Lehrer bürgten dafür, dass den Interessen und Bedürfnissen der Stasi willfährig Rechnung getragen wurde. Die Jugendhilfe, eigentlich zum Schutz der Kinder und der Familien gedacht, verkehrte ihre Aufgabe ins genaue Gegenteil, wenn sie für Heimeinweisungen aus politischen Gründen oder sogar Zwangsadoptionen missbraucht wurde.

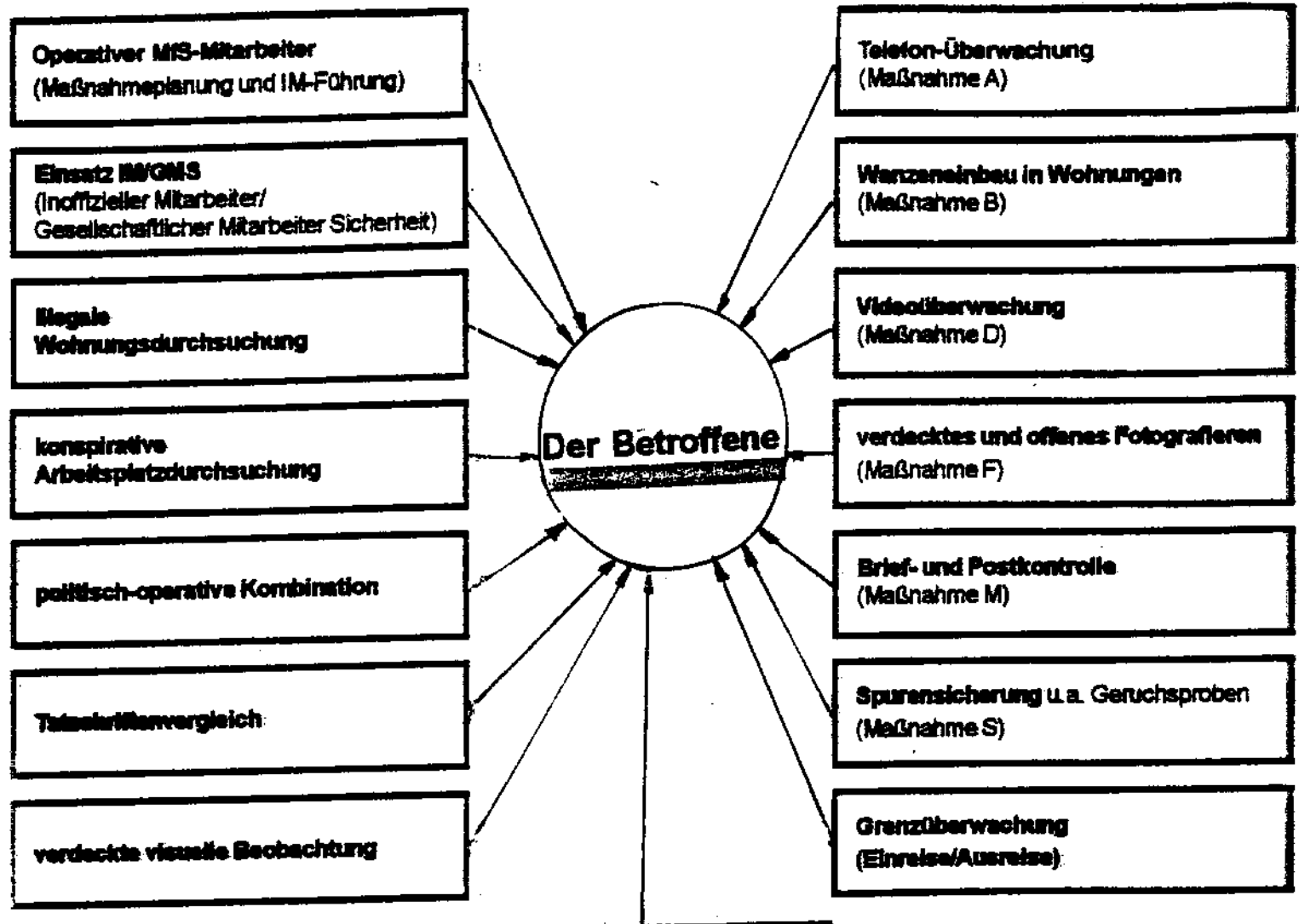
Lehrer und Hochschullehrer, Dozenten und Professoren wurden zum verlängerten Arm der Staatsgewalt und der Stasi umfunktioniert, wenn es um den Zugang zum Studium oder umgekehrt den Verlust des Studienplatzes oder Ausbildungsplatzes, die Relegierung, ging.

Nicht alle Pädagogen und Hochschullehrer, nicht alle Staatsangestellten wurden zu Werkzeugen. Die Akten der Stasi enthalten auch Beispiele für

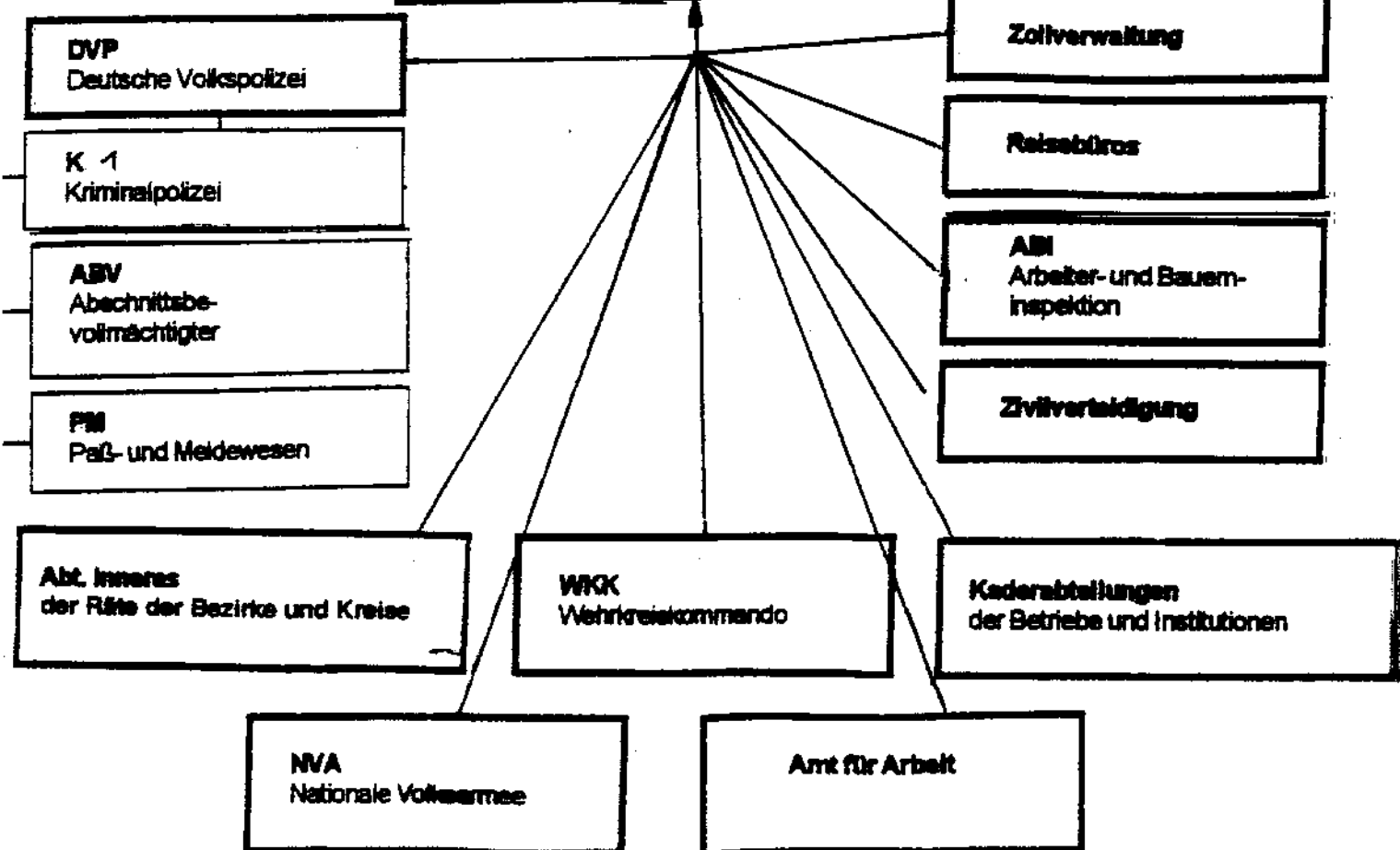
verweigerte Partner-Zusammenarbeit und anständiges Verhalten. Dies blieb aber eher die Ausnahme.

Wie ein Krake, der sein Opfer von allen Seiten umschlingt, trachtete die Stasi danach, neben Partnern in den Betrieben und Institutionen, im Staatsapparat und an den Hochschulen und Schulen auch feste „Ansprechpartner“ in den Wohngebieten zu haben. Da sich die SED als kommunistische Partei nach dem Betriebssystem organisierte und für die älteren Mitglieder Parteigruppen in den Wohngebieten existierten, waren die Wohngebietsparteiorganisationen (WPO) ein geschätzter Partner für die Arbeit in der Fläche. Zur Reglementierung und Kontrolle des Alltagslebens diente darüber hinaus das System der Mietergemeinschaften in den Häusern, die natürlich auch eine Leitung hatten, die Hausgemeinschaftsleitung (HGL). Die Hausgemeinschaftsleitung war die Fortsetzung des nationalsozialistischen Blockwartsystems zu DDR-Bedingungen. Im Zusammenspiel von Wohngebietsparteiorganisation und Hausgemeinschaftsleitung – immer die Stasi im Hintergrund – wurde die Nachbarschaftsbespitzelung zum allgemeinen Prinzip. Unangemeldete Besucher, vor allem Westbesuch, verdächtige Musik, liederlicher Lebenswandel – alles konnte zum Gegenstand tagtäglicher Denunziation werden, über die Berichte der Inoffiziellen Mitarbeiter hinaus. Wer zu den Feiertagen nicht flaggte, an den Aktivitäten der Hausgemeinschaft, wie der Anfertigung propagandistischer Wandzeitungen, oder an den sonntäglichen Arbeitseinsätzen – den sogenannten Subbotniks – nicht teilnahm, konnte zum Gegenstand massiven Nachbarschaftsterrors werden.

Für den unmittelbaren Repressionsteil ihrer Arbeit, für Verhöre, Zuführungen, Verhaftungen und die Inhaftierung von Oppositionellen und Regimekritikern konnte die Stasi auf ihre Partner in der Volkspolizei und im Justizwesen der DDR setzen. Auch die Stasi selbst, und hier wird deutlich, dass es um weit mehr als einen „normalen“ Geheimdienst ging, konnte zuführen, verhören, verhaften; es gab eigene Untersuchungshaftanstalten der Stasi. Sie beaufsichtigte den wunschgemäßen Ablauf von Gerichtsprozessen, die Urteilsfindung und die Höhe der Strafen. Richter und Staatsanwälte der DDR waren nicht Bestandteil einer unabhängigen Justiz, sondern sie unterwarfen sich den Weisungen von SED und Stasi.



Politisch-operatives Zusammenwirken (POZW)
(wichtigste Partner)



Jugend im Blickfeld der Stasi

Thomas Auerbach

Seit ihrer Gründung 1950 setzte sich die Stasi mit unangepassten Jugendlichen auseinander. Hierbei ging es sowohl um die Absicherung von Großveranstaltungen der Staatsjugendorganisation Freie Deutsche Jugend (FDJ) als auch um die Bekämpfung jugendlicher Widerstandsgruppen. Ausweislich der bisher aufgefundenen Unterlagen hat die Stasi das nonkonforme Auftreten von größeren Gruppen unter den DDR-Jugendlichen erst ab Mitte der fünfziger Jahre als ein politisches und soziales Problem wahrgenommen. Auf einer Kollegiumssitzung der Leitung der Stasi am 1. Februar 1956 registrierten die Teilnehmer im Zusammenhang mit der Gründung der Nationalen Volksarmee (NVA) pazifistische Tendenzen unter den Jugendlichen der DDR. Der damalige stellvertretende Minister, Bruno Beater, beklagte die mangelhafte Propagandaarbeit der FDJ und der Pionierorganisation (Kinderorganisation der DDR) bei der Wehrerziehung. Beater verlangte auf der besagten Kollegiumssitzung eine nicht näher definierte sofortige Entscheidung, wie man der Probleme unter den Jugendlichen Herr werden könne.

„Meuten, Rowdygruppen, Klubs und Banden“

Erst am 19. Oktober 1961 griff der Stasi-Minister Erich Mielke das Thema in einem Schreiben an die Leiter der Hauptabteilungen (HA) und Bezirksverwaltungen (BV) erneut auf. Zum Zweck der Erarbeitung einer Analyse über die Lage unter der Jugend forderte er nach einem vorgegebenen Fragenkatalog detaillierte Informationen aus den Verantwortungsbereichen der jeweiligen Dienstseinheiten ab. Kurz nach dem Mauerbau interessierte Mielke besonders die Haltung der Jugend zur Verteidigungsbereitschaft, zur FDJ-Aktion „Blitz kontra NATO-Sender“ (Kampagne gegen den Empfang von Westsendern) und zur sogenannten „Störfreimachung“ (von Lieferungen aus dem Westen). Offensichtlich gestützt auf die daraufhin erfolgte Zuarbeit der nachgeordneten Dienstseinheiten, erließ Mielke am 4. Juli 1963 erstmals für die gesamte Stasi verbindliche „Arbeitshinweise für die politisch-operative Bekämpfung der politisch-ideologischen Diversion und Untergrundtätigkeit unter jugendlichen Personenkreisen in der DDR“. Damit reagierte die Stasi auf das Jugend-

kommuniqué des Politbüros der SED, das am 21. März 1963 unter dem Titel „Der Jugend Vertrauen und Verantwortung“ veröffentlicht worden war. Mielke unterstellte in den Arbeitshinweisen eine vom Westen betriebene Feindseligkeit unter den DDR-Jugendlichen und legte als Hauptaufgabe fest, „der ganzen Jugend die Perspektive des Sozialismus zu erklären“. Unter dem Deckmantel der Objektivität verbreite der Gegner den Antikommunismus unter der Jugend. 58 % aller im Zeitraum Januar bis April 1963 bekannt gewordenen Feindhandlungen seien von Jugendlichen unter 25 Jahren begangen worden. Die beispielhafte Schilderung feindlicher Handlungen von „Meuten, Rowdygruppen, Klubs, Banden“ und sonstigen „negativen Gruppierungen und Konzentrationen“ nahmen in den Arbeitshinweisen einen breiten Raum ein. Mielke legte u.a. fest, dass die inoffizielle Tätigkeit der Stasi stärker auf die Arbeit unter Jugendlichen bis 25 Jahre zu konzentrieren sei.

Am 11. Oktober 1965 fasste das Sekretariat des Zentralkomitees (ZK) der SED einen Entschluss zu Fragen der Jugendarbeit und dem Auftreten von sogenannten „Rowdygruppen unter der Jugend“. Darin wurden die Freie Deutsche Jugend und die Medien angewiesen, dem Eindringen westlicher Dekadenz keinen Vorschub zu leisten und ihm in überzeugender Weise entschieden entgegenzuwirken. Offensichtlich unter dem Eindruck von Auftritten einiger Beatbands zum Tag der Republik am 7. Oktober 1965 wurde der Minister für Kultur beauftragt, solchen „Laienmusikgruppen“, deren Darbietungen „aus dekadenter westlicher Musik bestehen“, sofort die Lizenz zu entziehen. „Gammler“, welche die öffentliche Ordnung gefährdeten oder keiner geregelten Arbeit nachgingen, sollten in Arbeitslager eingewiesen werden. Dieser Entschluss war für die Stasi Anlass zu hektischer Betriebsamkeit. Die für die „Bearbeitung“ der Jugend zuständige HA XX/2 registrierte akribisch sämtliche Vorkommnisse bei der nun einsetzenden Disziplinierungskampagne. So genügte beispielsweise lediglich das „Herumstehen“ von 20 Jugendlichen im U-Bahnhof Berlin-Lichtenberg, dass diese vorübergehend verhaftet wurden.

Befehl Nr. 11/66

Die wichtigste Reaktion der Stasi auf den Entschluss des ZK-Sekretariats jedoch war der Stasi-Befehl Nr. 11/66. Diesen Befehl ergänzte die Dienstanweisung Nr. 4/66 und führte ihn genauer aus. Beide Dokumente behielten bis 1989 ihre Gültigkeit. Die Dienstanweisung 4/66 regelte grundsätzlich die Vorgehensweise, Mittel und Methoden, Zuständigkeiten

und Zielrichtung der Stasi bei der „Bearbeitung“ Jugendlicher. Sowohl der Befehl als auch die Dienstanweisung wurden bereits Ende der sechziger Jahre in Bezug auf aktuelle Ereignisse wie den Prager Frühling und den 20. Jahrestag der DDR durch Durchführungsbestimmungen ergänzt und verschärft. Nach dem Einmarsch der Truppen des Warschauer Paktes in die Tschechoslowakei im August 1968 ordnete Mielke an, dass den Reaktionen Jugendlicher auf diese Geschehnisse vor allem an Hoch- und Fachschulen besondere Wachsamkeit zu schenken sei. Dazu stellte die HA XX in ihrer Jahresanalyse fest, dass es hauptsächlich jugendliche Täter waren, die im Zusammenhang mit den „Sicherungsmaßnahmen vom 21. August 1968“ straffällig wurden. Auch der Befehl 11/66 wurde am 8. August 1969 durch eine 1. Durchführungsbestimmung ergänzt. Dort verwies Mielke erneut auf das gehäufte Auftreten junger Menschen, „die durch ausgesprochen dekadentes Verhalten und Aussehen (ungepflegtes Äußeres, überlanges Haar, anstößige Kleidung, Veranstalten anstößiger Partys) gekennzeichnet sind“.

Jugendliche Inoffizielle Mitarbeiter (IM)

Nachdem die Stasi 1968, als Reaktion auf die Ereignisse in der Tschechoslowakei, Widerstand unter Jugendlichen in der DDR registrierte, sah sich Mielke in einem Schreiben an die Leiter der operativen Dienstseinheiten genötigt, auf das Problem einzugehen. Er forderte die Werbung weiterer Inoffizieller Mitarbeiter (IM) zur Bearbeitung und Überwachung von Jugendlichen, die während der „Konterrevolution in der CSSR“ negativ aufgefallen waren.

Inwieweit sich diese Forderungen in die Praxis umsetzen ließen, geht aus einer zusammenfassenden Einschätzung vom 23. Januar 1969 hervor. Dort heißt es, dass man die besten Erfahrungen mit jugendlichen Inoffiziellen Mitarbeitern gemacht habe, die aus „positiven Elternhäusern“ stammen und eine „positive Grundeinstellung“ haben. Im Gegensatz zu „negativen und labilen Jugendlichen“ zeigten solche Inoffiziellen Mitarbeiter eine bessere Disziplin, höhere Eigeninitiative und ein größeres Einschätzungsvermögen. Andererseits hieß es, dass Jugendliche aus negativen Personenkreisen die günstigsten Voraussetzungen zur Aufklärung staatsfeindlicher Handlungen haben. Erstmals wurde hier ein Widerspruch offen benannt, den die Stasi bis 1989 nicht lösen konnte und der die Arbeit mit jugendlichen Inoffiziellen Mitarbeitern erheblich behinderte. Die Stasi war bei der Überwachung Jugendlicher auf Informanten ange-

wiesen, die „unzuverlässig“ waren und sich dem Zugriff der Stasi immer wieder entzogen. So musste eine Hauptabteilung der Stasi 1968 die Zusammenarbeit mit sechs Inoffiziellen Mitarbeitern einstellen, weil ihnen die „für die operative Arbeit erforderliche Ehrlichkeit, Zuverlässigkeit und Beständigkeit“ nicht anerzogen werden konnte. Es handelte sich um Inoffizielle Mitarbeiter, die zur Bearbeitung jugendlicher Personenkreise geworben worden waren. Weiterhin stellte die Stasi fest, dass die Arbeit mit Kontaktpersonen (KP) unter 18 Jahren problematisch sei. Häufig auftretende Schwierigkeiten seien die Gefahr der Enttarnung, mangelndes objektives Einschätzungsvermögen, abenteuerliche Vorstellungen von der Stasi-Arbeit und schneller Verlust des Interesses an einer Zusammenarbeit mit dieser. Trotzdem sei aufgrund der bisherigen Erfahrungen der Einsatz solcher KP unbedingt erforderlich. Auffällig an diesem wie an anderen Berichten und Analysen aus jenen Jahren ist, dass der Begriff Inoffizieller Mitarbeiter für Personen unter 18 Jahren vermieden wurde und dass die verschiedenen Bezirksverwaltungen (BV) beim Umgang mit Jugendlichen gewissermaßen noch „experimentierten“. Diese Unsicherheit war sicherlich nicht in moralischen Skrupeln der Stasi-Mitarbeiter begründet, sondern leitete sich eher aus taktischen Erwägungen und aufgrund der Erfahrungen im Umgang mit Kontaktpersonen unter 18 Jahren her.

Sowjetische Genossen sollen helfen

Zu Anfang der siebziger Jahre entstand unter der Jugend der DDR die Tramperbewegung, die der Stasi wegen ihrer geistigen und körperlichen Mobilität und dem damit einhergehenden Kontrollverlust außerordentlich suspekt war. Besonderes Ziel der Stasi war deshalb die offene Jugendarbeit der Evangelischen Kirche, weil sich dort solche Jugendliche sammelten. Mit dieser Entwicklung ging eine Politisierung einher, welche Anfang der achtziger Jahre in die Bildung von Friedens-, Menschenrechts- und Umweltgruppen mündete.

Im April 1976 berichtete der Leiter der HA XX, Generalmajor Kienberg, während einer Beratung zwischen Stasi und sowjetischem Geheimdienst (KGB) über die aktuelle Lage unter den Jugendlichen in der DDR. Dekadente, politisch-negative Jugendliche, die sich im Äußeren an der westlichen Hippiebewegung orientierten, bildeten durch ihr massenhaftes Auftreten in der Öffentlichkeit eine ständige Gefahr für Ordnung und Sicherheit. Diese jugendlichen Personenkreise veranstalteten auch sogenannte Partys, wo sie sich zum Abhören von Westradio, negativem politischen

Meinungsaustausch, Nachahmung der westlichen Lebensweise, Alkohol- und Rauschmittelmissbrauch und zu sexuellen Ausschweifungen zusammenfänden, meinte Kienberg. Die Gefährlichkeit dieser politisch-negativen Jugendlichen sei nicht zu unterschätzen. So hätten sich anlässlich eines Beat-Festivals im August 1974 im Vogtland Hunderte von Trampnern zusammengerottet, um staatsfeindliche Parolen zu skandieren und gegen die Volkspolizei tätlich vorzugehen. Ein weiteres Problem, so führte Kienberg vor den sowjetischen Genossen aus, sei die inoffizielle Arbeit mit Jugendlichen unter 18 Jahren. Die bisherige Erfahrung der Stasi ließ dazu noch keine vollständige Einschätzung zu. Diese operative Tätigkeit müsse jedoch ständig weiterentwickelt werden, da Jugendliche in diesem Alter gegenüber negativen Einflüssen besonders anfällig seien. Es bestehe großes Interesse daran, die Erfahrungen der sowjetischen Genossen auf diesem Gebiet kennen zu lernen, bemerkte der General abschließend.

Wachsende Schwierigkeiten

Anfang der achtziger Jahre sah sich die Stasi mit einer weitaus radikaleren Form von Jugendprotest konfrontiert. Konsequenter als die Trampfer der siebziger Jahre verweigerten sich nun die Punks dem allumfassenden Zugriff von Partei und Staat. Der Stasi wurde diese Entwicklung besonders bei den Bemühungen deutlich, jugendliche Inoffizielle Mitarbeiter zu werben. Eine Analyse der Stasi zur Lage unter den Jugendlichen aus dem Jahr 1980 schilderte in geradezu dramatischer Weise die wachsenden Schwierigkeiten: Trotz erheblicher Anstrengungen aller Bezirksverwaltungen, die Qualität und Quantität der inoffiziellen Basis unter Jugendlichen zu erhöhen, seien die gestellten Ziele nicht erreicht worden. Zu verzeichnen sei vielmehr eine hohe „Abschreibungsquote“ bei jugendlichen Informanten. Ursachen hierfür waren die bewusste Selbstenttarnung, Desinteresse an der Zusammenarbeit, mangelhafte Disziplin bei den vereinbarten Treffen, unbefriedigende Arbeitsergebnisse, Perspektivlosigkeit in der Zusammenarbeit und der Einfluss anderer „feindlich-negativer Personen“ auf die jugendlichen Inoffiziellen Mitarbeiter. Die operativen Mitarbeiter, so vermerkt die Analyse weiter, würden ungenügend auf die psychischen Besonderheiten der jugendlichen Inoffiziellen Mitarbeiter eingehen. Es werde immer schwieriger, in negative jugendliche Kreise einzudringen, weil sich die Zielgruppen verstärkt durch „Tests“ und „Mutproben“ absicherten.

Obwohl sich bei der Stasi die Erkenntnis durchgesetzt hatte, dass unter Druck geworbene Inoffizielle Mitarbeiter unzuverlässig wären und es daher sinnvoll sei, eine „freiwillige“ Zusammenarbeit anzustreben, versuchte man Anfang der achtziger Jahre verstärkt, den Mangel an jugendlichen Inoffiziellen Mitarbeitern mit brachialen Methoden zu beheben. Ratlos gegenüber dem zunehmenden Jugendprotest von Punks praktizierte die Stasi nun besonders gegen diese Gruppen Methoden wie das „Herausbrechen“ einzelner Gruppenmitglieder, um diese auf der „Basis der Wiedergutmachung“ für begangene Straftaten als Inoffizielle Mitarbeiter zu werben. Die Erfolge waren trotz finanzieller oder „materieller Anreize“ nur gering. So betrug beispielsweise der Anteil Jugendlicher am Gesamtbestand von Inoffiziellen Mitarbeitern in den Stasi-Bezirksverwaltungen im Jahre 1982 nur 10 %. Der Anteil begangener Straftaten von Jugendlichen an der Gesamtzahl aller Straftaten betrug im gleichen Jahr 47,49 %, bei (politischen) Staatsverbrechen 25,86 % und bei Grenzdelikten 75 %. Eine Analyse der Stasi für das Jahr 1984 hielt fest, dass im Berichtszeitraum keine qualitative und quantitative Verbesserung des Bestandes jugendlicher Inoffizieller Mitarbeiter erreicht werden konnte. Der Bestand bei Jugendlichen unter 18 Jahren sei zurückgegangen, konstatierte die Studie. An dieser Feststellung wird deutlich, dass die Stasi inzwischen auch Inoffizielle Mitarbeiter unter 18 Jahren verpflichtet hatte. Die Bereitschaft labiler Jugendlicher, einen Kontakt mit der Stasi einzugehen, sei durch generische Beeinflussung rückläufig, bemerkte die Analyse weiter. In der Mehrzahl der missglückten Anwerbungsversuche habe eine politisch-negative Meinung bereits im Alter zwischen 16 und 18 Jahren bei den Jugendlichen vorgelegen. Von den 133 jugendlichen Inoffiziellen Mitarbeitern der Bezirksverwaltung Berlin wurden allein im Jahr 1988 von ihren Führungsoffizieren 42 als unzuverlässig eingeschätzt.

Auf dem rechten Auge blind?

Dass in den Monatsberichten, Arbeitsplänen und Analysen der Stasi ab 1987 den Aktivitäten rechtsgerichteter, neonazistischer Jugendlicher große Aufmerksamkeit geschenkt wurde, ist auffällig. Bis dahin hatte die Stasi fast ausschließlich die linksgerichteten Punks im Visier. Offensichtlich wurde die Stasi durch die gewalttätigen Ausschreitungen von Skinheads auf einer Punkveranstaltung in der Berliner Zionskirche am 17. Oktober 1987 so aufgeschreckt, dass sich der Stasi-Minister Mielke persönlich veranlasst sah, bei ernsthaften Gefährdungen der Sicherheit (im Zu-

sammenhang mit möglichen neonazistischen Ausschreitungen) den Gebrauch der Schusswaffe anzuordnen.

Es bleibt zu fragen, warum die Stasi den Rechtsradikalismus unter Jugendlichen erst so spät wahrnahm. Eine Antwort gibt vielleicht eine Anweisung des stellvertretenden Stasi-Ministers Generaloberst Mittag vom 2. Februar 1988. Nachdem dort zunächst das äußere Erscheinungsbild der Skinheads (Glatze, Bomberjacke, Röhrenjeans, Springerstiefel) beschrieben wurde, lieferte Mittag eine Einschätzung ihrer Ideologie. Skinheads, so Mittag, gingen regelmäßig einer Arbeit nach und zeigten, im Gegensatz zu anderen negativ-dekadenten Jugendlichen, eine gute Arbeitsdisziplin und Arbeitsleistung. Militärische Ausbildung gehöre für sie zum „Deutschtum“, deshalb hätten sie eine positive Einstellung zum Wehrdienst. Diese vermeintlich positiven Eigenschaften passten in die DDR-Gesellschaft. Eine Gesellschaft, in der Disziplin, Ordnung, Sicherheit und Wehrwille zu den obersten Geboten zählten. Das rechtsradikale Potential wurde von der Stasi oftmals lediglich als „negativer Anhang von Fußballclubs“ wahrgenommen. Die ausländerfeindlichen Ausschreitungen von Rostock, Hoyerswerda und anderswo haben hier eine ihrer Wurzeln.

Fazit

Zahlreiche Stasi-Dokumente belegen, dass die Überwachung der DDR-Jugend zu keiner Zeit flächendeckend funktionierte. Den aktuellen Entwicklungen lief die Stasi hinterher; häufig konnte sie nur noch *re-agieren*.

Es bleibt festzuhalten, dass Jugendliche sich dem System vielfach konsequenter verweigerten und ihm widerstanden als Erwachsene.

Rekrutierungsmaßnahmen der Stasi bei Kindern und Jugendlichen

Karsten Dümmel

So wie der Rock 'n Roll die Jugend in der DDR während der fünfziger Jahre geprägt hatte, so formten auch Rock und Beat der sechziger nicht nur das Musikverständnis der Jugendlichen im Osten, sondern auch ihr äußeres Erscheinungsbild. Pilzfrisuren, lange Haare, wilde Bärte, Nickelbrillen, ausgewaschene Jeans, Armeekutten (Parka) und selbstgebastelte Tragetaschen gehörten zum Standardrepertoire eines DDR-Hippies. Dem antibürgerlichen und nichtkonformen Äußeren vieler Kinder und Jugendlicher begegnete die SED-Führung mit Unsicherheit, Unverständnis und Misstrauen. Junge Menschen galten als besonders leicht verführbar und als anfällig für westliche Moden, westliches Gedankengut und westliche Ideologien, kurz: für „feindlich-negative“ Denkweisen. Während staatsloyales Verhalten in Schule, Universität und Beruf belohnt wurde, verfolgte die Stasi im Auftrag der SED scheinbar gesellschaftswidriges, nichtkonformes Verhalten mit versteckten oder offenen Repressionen.

Zwei Schlüsseldokumente hierzu stammen aus dem Frühjahr 1966: die Dienstanweisung 4/66 und der Befehl 11/66. Mindestens zwei Hauptaufgaben fußten auf diesen Dokumenten „zur Bekämpfung der politisch-ideologischen Diversion und Untergrundtätigkeit unter jugendlichen Personenkreisen in der DDR“. Zunächst wurden hier alle die Personen und Gruppen benannt, die – aus der Erfahrung der Stasi – im Alter von 14-25 Jahren „Delikte mit hoher Gesellschaftsgefährlichkeit“ begehen könnten. Zum Zweiten wurde beschlossen, Kinder und Jugendliche unterhalb des 18. Lebensjahres als Inoffizielle Mitarbeiter (IM) für die Stasi zu werben, um die Gruppen zu unterwandern bzw. aus den Gruppen heraus Informationen aus erster und zweiter Hand zu bekommen.

In der praktischen Arbeit hieß dies, folgende Personen und Gruppen „umfassend aufzuklären“:

- vorbestrafte Jugendliche
- haftentlassene Jugendliche
- „arbeitscheue“ Jugendliche und Arbeitsbummelanten

- Rückkehrer aus der Bundesrepublik
- Oberschüler (mutmaßlich Gymnasium)
- Gruppierungen, die aufgrund ihrer angeblich labilen politischen und moralischen Haltung eine Basis zur Vorbereitung und Durchführung staatsfeindlicher Verbrechen bildeten
- Jugendliche aus gestörten familiären Verhältnissen
- Studenten
- Jugendliche mit ungenügenden fachlichen und schulischen Leistungen
- Lehrlinge
- Jugendliche, die sich bewusst oder unbewusst vom sozialistischen Erziehungsprozess isoliert hatten

Um die „Organisatoren und Rädelsführer“ aus den „negativen und feindlichen Gruppierungen“ herauszuschälen, die vermeintlich „staatsfeindlichen Handlungen“ der Gruppen zu beeinflussen und „wirksame vorbeugende Abwehrmaßnahmen“ einzuleiten sowie aktiv die sogenannte „Feindtätigkeit“ der Jugendlichen zu unterbinden, plante die Stasi – wie bereits erwähnt – den Auf- und Ausbau eines Netzes von Inoffiziellen Mitarbeitern bei Personen unterhalb des 18. Lebensjahres. Dieses Netz wurde bis 1989 ausgebaut. Heute kann davon ausgegangen werden, dass zwischen 12.000 bis 17.200 Kinder und Jugendliche unterhalb des 21. Lebensjahres inoffiziell als Mitarbeiter aktiv für die Stasi arbeiteten.

Eine andere Variante, Kinder und Jugendliche an die Stasi zu binden, war die Anwerbungspraxis für den hauptamtlichen Personalnachwuchs in den verschiedenen Dienststeinheiten der Stasi. Hier wurden Schulen, Berufsschulen, Universitäten und Armee bewusst zur Rekrutierung des Nachwuchses genutzt. Dabei fand im Verlauf der 7. Klasse in jeder Schule der DDR die Vorauswahl geeigneter Jugendlicher als Kandidaten statt. Die zielgerichtete Gewinnung begann in der 8. Klasse und musste bis zum 15. Juni des jeweiligen Kalenderjahres in Klassenstufe 9 abgeschlossen sein. Zentrale Bedingungen: keine Westverwandtschaft, der Schüler sollte das 12. Lebensjahr vollendet haben. Über Schulleitung und Fachlehrer wurden Listen erstellt, welche Schüler für den Dienst überhaupt in Frage kamen. In den Bewertungsbogen flossen die politische Haltung des Jugendlichen, seine schulischen Leistungen, seine Stellung zum Staat und zur DDR-Gesellschaft ebenso ein wie sein außerschulisches Engage-

ment und die persönliche Einschätzung des Lehrers. Häufig waren es bestimmte Fachlehrer (Staatsbürgerkunde, Geschichte), Direktoren oder deren Stellvertreter, die den ständigen Kontakt zur Stasi hielten. Mitunter wurden diese dann in den Kreis- (KD) oder Bezirksdienststellen (BV) als Gesellschaftliche Mitarbeiter für Sicherheit (GMS) geführt. Bei der hier besprochenen Variante der Werbung nutzte die Stasi häufig auch den Weg über die Unterlagen der Nationalen Volksarmee (NVA). Das heißt, während der Vorauswahl für den längeren Armeedienst von Jugendlichen, ob als Berufsoffizier (25 Jahre Dienst) oder Berufsunteroffizier (10 Jahre Dienst), werteten die speziell für Personal zuständigen Kaderoffiziere der Stasi die von der Armee gewonnenen Informationen aus und nutzten dieses Wissen für sich. Da die Vorauswahl für die Armee zur selben Zeit, also ebenfalls im Verlauf der 7. Klasse, an jeder Schule der DDR stattfand, war es möglich, die eigenen Absichten zu verdunkeln und zu verschleiern. In einem Operativen Vorgang mit dem Decknamen „forum“, welcher gegen einen Lehrer aus Plauen angelegt worden war, heißt es, „ ... schwer fällt es ihm, übertragene Aufgaben und Beschlüsse unserer Partei (SED) schöpferisch in seine Arbeit umzusetzen. In der wehrpolitischen Arbeit mit seinen Schülern der 9. Klasse hat er als einziger Klassenleiter von fünf Klassen keine Erfolge in der Nachwuchsgewinnung für militärische Berufe. Hier muss er sein Wissen erweitern. Lernen muss er vor allen Dingen, besser gegenüber seinen Schülern zu argumentieren“. An diesem Auszug wird zum einen deutlich, dass es mutmaßlich zu allen Zeiten und an allen Orten die Ausnahme unter den Lehrern gab, aber auch, wie wenige es wirklich waren, die sich verweigerten und Zivilcourage zeigten.

Die eigentliche Werbung fand zumeist in der Schule statt. Aus dem Unterricht heraus wurde der Schüler in einen Besprechungsraum geführt. Dort erwarteten ihn in der Regel zwei bis drei Herren in Zivil; manchmal saß auch der Direktor oder der entsprechende Fachlehrer dabei. Argumentiert wurde häufig über die gute politische Einstellung des Schülers, über seine Leistungen im Allgemeinen oder im Konkreten: in Sport, Mathematik, Physik o.ä. Fächern – oder aber über seine loyalen Eltern. Das gezielt eingesetzte Lob gehörte zum Gesprächsverlauf unbedingt dazu, so dass sich der Jugendliche aus der Masse der anderen Schüler gehoben und sich auserwählt wähnte. Häufig wurde er dann über den Umweg einer scheinbaren Werbung für die Armee in mehreren Stufen und Sitzungen an die Stasi herangeführt. Andere Schüler wurden mit kleinen Aufgaben




betrault, um sie zu binden. Wieder andere mussten mit leichtem Druck „überzeugt“ oder über die persönliche Bindung an den Stasi-Offizier emotional gefesselt werden. Dass das Alter der Jugendlichen zur Zeit ihrer ersten Verpflichtung für den Dienst bei der Stasi gerade einmal 14 Jahre war, ist heute ebenso nachweisbar, wie der weitere Verlauf der Betreuung zwischen Führungsoffizier und Kandidaten. In regelmäßigen Abständen wurden sowohl der Kontakt als auch die persönlichen Beziehungen gepflegt. Besuche fanden bei den Jugendlichen auch zu Hause statt. Zu Weihnachten und zum Geburtstag gab es Geschenke. Museen, Offiziershochschulen, Theater, militärische Manöver, Kinos oder Konzerte waren andere Orte, wo sich Führungsoffizier und Zögling trafen. Bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres holte sich die Stasi die Bereitschaftserklärung des Jugendlichen jedes Jahr erneut schriftlich ein.

Eine weitere Variante der Anwerbung geschah über das Wachregiment „Feliks Dzierzynski“ bzw. über die Verbindungsoffiziere (VO) der Stasi bei der Nationalen Volksarmee. Das Wachregiment war eine militärische Einheit der Stasi, die im Waffenrock der Nationalen Volksarmee „zur Gewährleistung der absoluten Sicherheit der führenden Repräsentanten der DDR“ und zur „militärisch operativen Sicherung“ von bestimmten Einrichtungen und Gebäuden zum Einsatz kam. Gleichzeitig wurden bei der Auswahl für diese Einheit nur Personen ausgesucht, „die als geeignete Nachwuchskader für den Einsatz in anderen Diensteinheiten des Ministeriums für Staatssicherheit zu entwickeln sind.“ Ähnlich gingen die Verbindungsoffiziere der Stasi in den regulären Einheiten der Armee vor. Die angeworbenen jungen Männer kamen teilweise bereits während ihrer Armeezeit zum Einsatz oder sie wurden als geeignete Inoffizielle Mitarbeiter an die Kreisdienststellen im jeweiligen Heimatort der Rekruten weitergegeben, übernommen, erneut zur Zusammenarbeit verpflichtet und letztlich eingesetzt.

BSU
00004

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

Bereitschaftserklärung

Ich  Name  Vorname
geboren am 20.7.72 wohnhaft in Schleiz 

KOPIE

Ich erkläre hiermit meine Bereitschaft, Berufsoffiziersbewerber/Barufsoffiziersbewerber des MFS zu werden und nach der Facharbeiterausbildung bzw. dem Besuch der Erweiterten Oberschule als Berufsoffizier/Barufsoffizier im Ministerium für Staatssicherheit Dienst zu leisten.

Die sich daraus ableitenden Konsequenzen, insbesondere zur Vermeidung von Kontakten und Verbindungen in das nichtsozialistische Ausland einschließlich Westberlin und zur Wahl meines Umgangs- bzw. Freundeskreises sowie zur Partnerwahl, werden von mir anerkannt und beachtet.

Durch aktive gesellschaftliche Arbeit und bestmögliche Leistungen in Schule, Berufsausbildung und im FDJ-Bewerbkollektiv werde ich mich zielstrebig auf den Dienst im Ministerium für Staatssicherheit vorbereiten und das mir entgegengebrachte Vertrauen rechtfertigen.

Mir ist bekannt, daß ich bei vorhandener Eignung sowie dem Vorliegen notwendiger Voraussetzungen durch das Ministerium für Staatssicherheit Unterstützung bei der Vermittlung der Facharbeiterausbildung mit oder ohne Abitur oder zur Erweiterten Oberschule erhalte.

Änderungen in den persönlichen und familiären Verhältnissen werde ich dem Ministerium für Staatssicherheit unverzüglich mitteilen.

Über meine Schweigepflicht bzw. die notwendigen Verhaltensweisen an der Schule und Ausbildungsstätte, gegenüber dem WKK der NVA sowie anderen Personen wurde ich belehrt.

Es ist mir bewußt, daß die von mir angestrebte Entwicklung sowie die Einstellung in das Ministerium für Staatssicherheit nichtig werden, wenn die in den Einstellungsbedingungen des Ministeriums für Staatssicherheit festgelegten Voraussetzungen nicht oder nicht mehr vorhanden sind.

BSU
Schleiz

Ort Schleiz
Datum 1.8.77


Unterschrift des Bewerbers

Mit der vorstehenden Bereitschaftserklärung unseres Sohnes sind wir einverstanden und werden die vorgesehene Entwicklung unterstützen.

Ort Schleiz
Datum 1.8.77


Unterschrift der Eltern / Erziehungsberechtigten

DER BUNDESBEAUFTRAGTE
für die Untereinheit des Staatssicherheitsorgans
der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik
- St. Gera -
Kadernotizen

BSU
00005

Motive, Motivketten und Kriterien für die Mitarbeit bei der Stasi

Karsten Dümmel

Was aber, so fragen wir heute, hat Menschen dazu bewogen, als Hauptamtliche, als Inoffizielle oder als Gesellschaftliche Mitarbeiter der Stasi zu arbeiten? Die bisherigen Analysen der verschiedenen Akten ergeben kein einheitliches Bild. Mindestens sieben verschiedene Typen können bislang unterschieden werden, wobei mitunter nicht ein einzelner Grund für die Zusammenarbeit ausschlaggebend war, sondern häufig eine Kombination aus mehreren. Des Weiteren ist festzuhalten, dass zu dem jeweiligen Ausgangsmotiv im Laufe der Zeit andere hinzu kamen, wieder andere wegfielen und somit variierende Motivketten für die Zusammenarbeit entstanden.

Folgende Unterscheidungen lassen sich heute treffen:

1. Es gab Mitarbeiter, die aus politischer oder weltanschaulicher Überzeugung handelten, d.h. Personen, die an den Sozialismus glaubten und von der herrschenden Ideologie überzeugt waren.
2. Auch gab es Mitarbeiter, die vorgaben, überzeugt zu sein, und die an einen besseren Sozialismus glaubten, obwohl sie mit dem realen nicht ganz oder nicht mehr einverstanden waren. Häufig waren dies Personen, die unkritisch den Realsozialismus akzeptiert hatten, weil ihnen von Staat und Gesellschaft dieses Modell als Lebensentwurf angeboten worden war. In dieser Gruppe fanden sich aber auch DDR-Bürger, die sich ängstlich an Vorschriften hielten und die ihre versteckte Wut über die eigene Anpassung an jedem ausließen, der nicht angepasst lebte und nach neuen oder alternativen Lebensentwürfen suchte. Inoffizielle Mitarbeiter dieser Gruppe verrieten aus Bürgerpflicht und aufgrund eines Loyalitätsgefühls gegenüber dem Staat, nicht aber aus Überzeugung.
3. Von den beiden Varianten überzeugter bzw. teilüberzeugter Mitarbeiter unterschieden sich solche Mitarbeiter, die aus Geltungsbedürfnis heraus handelten oder als Denunzianten den Verrat begingen, weil sie hierdurch überhaupt erst wahrgenommen wurden und somit eine Aufwertung ihrer Person erfuhren. Bedürftig nach Anerkennung, waren

die Menschen dieser Gruppe häufig unfähig, ein Angebot der Macht auszuschlagen. Mitunter drängte es sie aber auch, selbst an der Macht zu partizipieren. Manchmal ging es den Geltungsbedürftigen indes auch darum, ihren scheinbar oder tatsächlich schlecht informierten Auftraggebern die Wahrheit über das „wirkliche“ Leben im Realsozialismus zu spiegeln.

4. Ebenfalls häufig anzutreffen waren Mitarbeiter, die aus Gewinnsucht, aufgrund eines beruflichen, eines finanziellen oder eines ideellen Vorteils mit der Stasi zusammen arbeiteten. In diesem Kreis gab es zu-
meist sehr vielseitig verwendbare Personen, die mit einer mitunter skrupellosen Intelligenz für ihren beruflichen, finanziellen oder aber auch ideellen, nichtmateriellen Vorteil agierten. Sie kalkulierten Aufwand und Nutzen und behielten mitunter auch Wissen für sich, wenn sie dafür nicht „angemessen entlohnt“ wurden.
5. Die in ihrer Persönlichkeit gespaltenen Mitarbeiter waren in der Regel selbst irgendwann während ihres Lebens Opfer repressiver Maßnahmen geworden. Sie spitzelten und verrieten gerade da, wo sie liebten. Lust an Teilhabe an der Macht mischte sich bei diesen Menschen mit geheimer Lust am Protest dagegen. Ihre Motive waren eine Mischung aus gesellschaftlicher Macht-Partizipation und privater Machtposition. Sie wirkten glaubwürdig und setzten sich für die Freunde ein, die sie verrieten. Es waren Männer oder Frauen mit den zwei Gesichtern. Hier fanden sich der Ehemann, der die eigene Frau denunzierte, der Vater, der den Sohn aushorchte oder der Bruder, der den Bruder verriet, „um ihn vor sich selbst zu schützen“.
6. Es gab auch Mitarbeiter, die auf Grund einer so genannten „Wiedergutmachungspflicht“ Informationen sammelten und weitergaben. Wiedergutmachung war dabei eine verhüllende Umschreibung der Stasi für Erpressung. Die Mitarbeiter dieser Gruppe handelten häufig aus tatsächlichen oder permanent eingeredeten Schuldgefühlen heraus. Sie erledigten ihre Aufgaben häufig aus Furcht vor der Entdeckung bzw. Bestrafung einer Straftat, von der nur die Stasi wusste. In einem dauernden Abhängigkeitsverhältnis gegenüber dem Staat bzw. der Stasi stehend hatten diese Menschen mitunter selbst in Gefängnissen der Stasi gesessen: an der innerdeutschen Grenze gefasste Republikflüchtlinge, Soldaten, die fahrlässig den Tod eines Kameraden oder die Zerstörung hochwertiger Militärtechnik mitverschuldet hatten, aber

eben auch – wie beim Inoffiziellen Mitarbeiter „Paulus“ aus Jena – ein dreifacher Vergewaltigungstäter, der vorzeitig begnadigt worden war, weil er Zugang zu bestimmten Szenen hatte, in die die Stasi sonst nicht hätte eindringen können.

7. Schließlich existierten Mitarbeiter, die bei der Stasi arbeiteten, um sie zu schädigen oder zu zerstören. Diese Gruppe war verschwindend klein, fast zu vernachlässigen. Dennoch gab es auch solche Männer und Frauen, die verdeckt für westliche Geheimdienste arbeiteten oder auf eigene Faust – meist zu ihrem persönlichen, finanziellen Vorteil – Informationen über die Stasi sammelten, um bestimmte Bereiche (Westarbeit) zu sabotieren. Das war äußerst gefährlich und endete, z.B. in den Fällen von Werner Teske und Horst Garau, meistens tödlich.

Kriterien für die Mitarbeit bei der Stasi

Es ist eine Lebenslüge, wenn ehemalige Inoffizielle oder Gesellschaftliche Mitarbeiter der Stasi heute behaupten, sie seien „abgeschöpft“ oder unwissend angeworben worden. Zu den Kriterien für die Mitarbeit als Inoffizieller Mitarbeiter der Stasi gehörten folgende Punkte:

1. Die Verpflichtungserklärung (handschriftlich oder vorgeschrieben, manchmal mündlich mit Vermerk oder auf ein Tonband gesprochen, manchmal transkribiert).
2. Die Schweigeverpflichtung „gegenüber jedermann – auch den nächsten Verwandten“.
3. Die mehr oder weniger freie Wahl des Decknamens.
4. Die „TREFF-Vereinbarung“. Wie, wann und wo sich Führungsoffizier bzw. Stasi-Mitarbeiter und Inoffizieller Mitarbeiter trafen.
5. Die Übergabe von sach- bzw. personenbezogenen Informationen und Berichten.
6. Die Annahme von Geld- oder Sachwerten für Dienste bei der Stasi.
7. Die nicht materielle Lebensunterstützung (bei Wohnungs-, Berufs- oder Studienwünschen, beruflicher Beförderung, Zuteilung zum Gymnasium, Zuteilung von Osteuropa- oder Westreisen, Genehmigung von Auslandsaufenthalten, Zuteilung von Autos, Baugenehmigungen und Baumaterialien ohne Wartefrist u.a.m.).

Verweigerung der Mitarbeit

Karsten Dümmel

Zu allen Zeiten während der nahezu vierzigjährigen Existenz der Stasi gab es Verweigerer. Es gab Menschen, die als Inoffizielle Mitarbeiter bzw. als Gesellschaftliche Mitarbeiter für Sicherheit geworben werden sollten oder es bereits waren und die dennoch die Zivilcourage besaßen, klar und vernehmlich nein zu sagen bzw. andere Formen fanden, um dem Abhängigkeits- und Mitarbeiterverhältnis zur Stasi zu entkommen. Geschätzt wird heute, dass mehr als acht von zehn Anwerbungsversuchen der Stasi scheiterten. Dies geschah entweder durch eine aktive und mutige und deshalb selten zu findende Verweigerung bei einem der ersten offenen Werbungsgespräche (s. den Beitrag von Siegfried Reiprich) oder aber – wie häufig – durch passive Verzögerungstaktiken ohne klares NEIN. Beispiel: „Ich fühle mich noch nicht reif genug“; „bin den Anforderungen noch nicht gewachsen“; „kann mir derzeit nicht vorstellen, dass ...“; „zu viele berufliche und private Verpflichtungen“ etc. Ähnliche Beispiele gab es auch bei bereits geworbenen Mitarbeitern. Es gab beispielsweise Inoffizielle Mitarbeiter, die aktiv ihren Ausstieg forcierten, indem sie sich (teilweise) öffentlich zur Mitarbeitertätigkeit für die Stasi bekannten, sich damit selbst enttarnten – und somit auch in Gefahr brachten (s. den Beitrag von Wolfgang Templin). Aussteiger, die sich schriftlich oder mündlich ausschließlich gegenüber dem Führungsoffizier entpflichteten (s. „IM Martin“, BV Erfurt), gehörten ebenfalls zur aktiven Gruppe der Aussteiger. Aussteiger, die keine oder nur unbrauchbare Berichte lieferten, nicht mehr zu den ausgehandelten Treffpunkten erschienen, jedes Treffen boykottierten oder ignorierten, die den Naiven spielten, indem sie über das von der Stasi entgegengebachte Vertrauen und die erteilten Aufgaben öffentlich sprachen, sind mehrheitlich zu den passiven Aussteigern zu zählen. Die Konsequenzen, die eine Nichtzusammenarbeit, eine „Kündigung“ bzw. ein Ausstieg für die Betroffenen mit sich bringen konnten, waren diesen zu keiner Zeit bekannt. Ein Ausstieg war stets ein Wagnis, bei dem alle möglichen Folgen denkbar sein konnten.

Kirchenpolitik von SED und Stasi

Clemens Vollnhals

Im Herrschaftssystem der SED-Diktatur, das auf der politischen Gleichschaltung aller Gesellschaftsbereiche beruhte, stellten die Kirchen schon aufgrund ihrer bloßen Existenz einen Fremdkörper dar. Sie waren als einzige gesellschaftliche Großorganisationen dem direkten Zugriff der SED entzogen und standen mit der Verkündung des christlichen Glaubens in einem weltanschaulichen Gegensatz zur atheistischen Ideologie des Marxismus-Leninismus.

Die Verfassung von 1949 half den Kirchen beider Konfessionen wenig, als die SED in den fünfziger Jahren den offenen Kampf gegen Religion und Kirche proklamierte. In dieser Zeit entstanden auch die drei Apparate, die an der Formulierung und Umsetzung der staatlichen Kirchenpolitik bis 1989 mitwirkten: Die Arbeitsgruppe für Kirchenfragen beim Zentralkomitee der SED im Dezember 1954, die kirchenpolitische Abteilung der Stasi und schließlich, im Frühjahr 1957, die Dienststelle des Staatssekretärs für Kirchenfragen.

Gegenüber den Kirchen trat auf amtlicher Ebene das Staatssekretariat für Kirchenfragen in Erscheinung. Es repräsentierte jedoch nur die offizielle Kulisse, das eigentliche Machtzentrum war die Arbeitsgruppe beim Zentralkomitee. Hier wurde die Kirchenpolitik des SED-Staates ausgearbeitet und in Abstimmung mit dem Politbüro der SED verbindlich festgelegt. Sie schwankte zwischen erklärter Feindschaft und taktischen Zugeständnissen, je nach politischer Lage. Auch wenn man in der Amtszeit des Staatsratsvorsitzenden Honecker mehr auf Einbindung denn auf offene Konfrontation setzte, so lässt sich die offizielle Kirchenpolitik, wie sie in Verlautbarungen und Spitzengesprächen mit kirchlichen Würdenträgern zum Ausdruck kam, nicht von der geheimen Praxis der Stasi lösen.

Zuständig für die Planung und Steuerung der geheimpolizeilichen „Bearbeitung“ der Kirchen und kleineren Religionsgemeinschaften war zunächst die Abteilung 4 der Hauptabteilung V, aus der 1964 die Hauptabteilung XX/4 der Stasi hervorging. Im Frühjahr 1957 zählte die Berliner Zentrale 25 Mitarbeiter, weitere 70 waren auf der nachgeordneten „Linie“ in den Bezirksverwaltungen (BV) und Kreisdienststellen (KD) der Stasi tätig. Das wichtigste Ziel war zunächst die Ausforschung der kirchlichen

Strukturen und die Bespitzelung der Leitungsgremien. Später gewann die „Differenzierungspolitik“ an Bedeutung: Die im Sinne des SED-Regimes „positiv-realistischen“ Kräfte sollten gefördert, die „feindlich-negativen“ durch gezielte Verleumdung und Intrigen zurückgedrängt werden. Für beide Aufgaben brauchte man die Inoffiziellen Mitarbeiter (IM) in den Kirchen.

Zum Jahresende 1960 führte die Berliner Zentrale 138 Spitzel als Inoffizielle Mitarbeiter. Das Referat I (evangelische Kirche) besaß 48 IM, das Referat II (katholische Kirche) 44 IM. Das Referat III (Sekten), das in erster Linie die Zeugen Jehovas bearbeitete, verzeichnete 23 IM. Weitere 19 Inoffizielle Mitarbeiter wurden von dem 1958 gegründeten Referat IV geführt, das speziell die Arbeit in der Bundesrepublik, also in Westdeutschland und Westberlin, koordinieren sollte. Weitere Inoffizielle Mitarbeiter führten die Bezirksverwaltungen und die Kreisdienststellen. Insgesamt dürften es ein paar Hundert gewesen sein.

Die Anwerbung kirchlicher Mitarbeiter, ihre „Erziehung“ zum Inoffiziellen Mitarbeiter sowie die Steuerung durch den Stasi-Mitarbeiter, zumeist den Führungsoffizier, war in Direktiven penibel geregelt. Zu den Besonderheiten im Kirchenbereich gehörte es, dass den Inoffiziellen Mitarbeitern zumeist keine schriftliche Verpflichtungserklärung abverlangt wurde. Wichtiger als die formelle Verpflichtung war der Stasi das Gebot der Geheimhaltung. Zu den Aufgaben der Führungsoffiziere zählte es deshalb, die „Zuverlässigkeit und Ehrlichkeit“ des Inoffiziellen Mitarbeiters laufend zu überprüfen; ein probates Mittel stellte neben technischen Maßnahmen der Einsatz anderer Inoffizieller Mitarbeiter zur gegenseitigen Kontrolle dar.

Zuletzt gliederte sich die seit 1979 von Joachim Wiegand geleitete Stasi-Hauptabteilung XX/4 in sechs Referate: Ref. I – Evangelische Kirche, Ref. II – Katholische Kirche, Ref. III – Sekten, Ref. IV – Auswertung und Information, Ref. V – Operative Vorgänge / Politischer Untergrund, Ref. VI – Operationsgebiet. Im Juni 1988 verfügte die Abteilung in der Berliner Zentrale über 44 reguläre Planstellen. Hinzu kamen weitere zehn für Offiziere im besonderen Einsatz (OibE) bzw. Hauptamtliche Inoffizielle Mitarbeiter (HIM), die in staatlichen Einrichtungen, speziell im Staatssekretariat für Kirchenfragen und im Innenministerium, Schlüsselpositionen besetzten und dort im Auftrag der Stasi tätig wurden. Auf der nachgeordneten

„Linie“ in den 15 Bezirksverwaltungen arbeiteten zuletzt rund 120 hauptamtliche Mitarbeiter.

1987 führte die Berliner Zentrale insgesamt 223 Inoffizielle Mitarbeiter in unterschiedlichen Funktionen. Hinzu kamen mindestens 800 Inoffizielle Mitarbeiter, die für die entsprechenden Fachreferate der Bezirksverwaltungen Spitzeldienste leisteten. Unbekannt ist die Anzahl jener Mitarbeiter, die inoffiziell von den rund 200 Kreisdienststellen der Stasi geführt wurden. Gemessen am Gesamtbestand beschäftigte die „Kirchenlinie“ jedoch weniger als ein Prozent aller Inoffiziellen Mitarbeiter.

Mit diesem Apparat erfüllte die Stasi auf allen Ebenen ihren geheimpolizeilichen Überwachungsauftrag. Die Parteiführung wurde in der Regel umfassend und zuverlässig informiert, zugleich übernahm die Stasi eine zentrale Koordinierungsfunktion bei der Durchsetzung der staatlichen Kirchenpolitik.

In der gegenwärtigen Diskussion bleibt die Frage offen, wie erfolgreich die Stasi letztlich bei der Unterwanderung der Kirchen tatsächlich gewesen und in welchem Umfang es ihr gelungen ist, politische Entscheidungen und innerkirchliche Entwicklungen über Inoffizielle Mitarbeiter zu beeinflussen oder zu steuern. Hier gehen die Meinungen weit auseinander. Bislang ist festzustellen, dass die „Differenzierungspolitik“ von SED und Stasi innerhalb der evangelischen Kirche erfolgreicher war als in der (wesentlich kleineren) katholischen Kirche. Diese hielt eine wesentlich größere Distanz zum SED-Regime.

Erst ein Blick in die Akten gibt heute Auskunft über Art und Umfang der Tätigkeit eines Inoffiziellen Mitarbeiters in den Kirchen der DDR. Hier spiegelt sich das gesamte Spektrum menschlichen Verhaltens wider: von jahrzehntelangem Verrat bis zur Offenbarung im Kollegenkreis. Obgleich es an Verrat und Spitzeltätigkeit unter Pfarrern, Oberkirchenräten und Prälaten nicht gefehlt hat, ist dies jedoch eher untypisch für diesen Bereich. Die Bereitschaft zur heimlichen Zusammenarbeit mit der Stasi resultierte vielmehr aus der irrigen Annahme, mit diesen privaten Sonderkontakten etwas Positives für das Verhältnis von Staat und Kirche bewegen zu können. Neben den „Naiven“ gab es die ehrgeizigen „Macher“. Sie wollten auf eigene Faust aktiv Kirchenpolitik gestalten und suchten dabei die Unterstützung der Stasi. Andere handelten aus politischer Überzeugung und wollten damit ihren Beitrag zum Sieg des Sozialismus leisten. Sie besaßen in der Regel noch weniger Hemmungen, da ihr „höheres

Ideal“ vieles zu rechtfertigen schien. Wieder andere stellten sich aus beruflicher Frustration und persönlicher Verärgerung hemmungslos in den Dienst der Stasi.

Erpressung ist während der siebziger und achtziger Jahren allerdings nur noch selten zu finden. Vielversprechender für eine langfristige Zusammenarbeit war die psychologisch geschickte Ausnutzung von privaten Interessen, unbefriedigtem Geltungsbedürfnis, naiver Vertrauensseligkeit und dem Wunsch nach Anerkennung. Gute Führungsoffiziere betreuten ihre Inoffiziellen Mitarbeiter in allen Lebenslagen, wirkten somit gleichsam als „Seelsorger“.

Auch wenn sich viele Inoffizielle Mitarbeiter einer Selbsttäuschung hingaben, so war ihnen ihr Vertrauensbruch durchaus bewusst, weshalb sie die Stasi-Kontakte gegenüber ihrer Umwelt mit allen Mitteln verheimlichten und sie – bis heute – zumeist alles abstritten oder es zu verharmlosen suchten. Es blieb zu allen Zeiten eine Frage des persönlichen Anstands, ob man sich auf die Konspiration einließ, ob man Kollegen und andere Bürger denunzierte und die Aufträge der Stasi erfüllte.

Umweltgruppen und Stasi in der DDR

Jörn Mothes

Im Jahr 1972 erschien unter dem Titel „Die Grenzen des Wachstums“ der weltweit Aufsehen erregende Bericht des „Club of Rome“ zur Lage der Menschheit. Darin wurde erstmals unmissverständlich festgestellt, dass die Ausbeutung der Bodenschätze auf der Welt eine Grenze haben wird, dass die Vorräte an Kohle und Öl nicht unendlich sind. Zugleich beschrieb die internationale Expertengruppe die zu erwartende Bevölkerungsexplosion auf der Welt als größte Überlebensfrage der Menschheit. Hunger und Durst würden in wenigen Jahrzehnten über Krieg und Frieden entscheiden. Sie gaben den Regierungen der Welt den Rat, sofort das Steuer herumzureißen. Das ungehemmte wirtschaftliche Wachstum sollte nicht mehr als Wohlstand missverstanden werden, es müsse sofort vermindert werden. Energie und Bodenschätze sollten eingespart, erneuerbare Energien genutzt und die Verteilungskreisläufe von Lebensmitteln und Trinkwasser auf der ganzen Welt grundsätzlich neu geregelt werden.

Als der Bericht dann zum Buch in deutscher Sprache geworden war, erreichte er von Westdeutschland aus, versteckt in Autotüren und unter Diplomatenmänteln, getarnt als Einwickelpapier oder unter schmutziger Wäsche verborgen, sein Publikum in der DDR und entfaltete seine Botschaft.

Offiziell war dieses Buch in der DDR verboten. Es stand im Widerspruch zu den Zielen der Regierungspartei SED und zu den Zielen der sozialistischen Planwirtschaft. Der Funke für eine intensive Beschäftigung mit den Überlebensfragen der Menschheit sprang nun auch auf die DDR über. Viele ganz unterschiedlich Interessierte, Christen und Nichtchristen, versammelten sich unter den Dächern der Kirchen, in Hauskreisen und Wohnungen und diskutierten über die Grenzen des Wachstums. In ihren Betrieben, in den Schulen und Verwaltungen durfte davon zunächst niemand etwas wissen.

Im staatlichen Kulturbund der DDR waren zu dieser Zeit viele Naturkundler in speziellen Fachgruppen organisiert. Sie leisteten dort eine verdienstvolle Arbeit. Als Vogelschützer die einen, als Pilzsachverständige, Entomologen oder Aquaristen die anderen. Das Interesse des Staates bestand darin, einen übergreifenden oder sogar politischen Arbeitsansatz

dieser Gruppen im Sinne eines umfassenderen ökologischen Grundsatzes zu verhindern. Das ist den Staatsvertretern bis zum Ende der DDR im Kulturbund und in der staatlich gesteuerten Gesellschaft für Natur und Umwelt gelungen. Deshalb fanden Leute, die an den globalen und damit politischen und ökologischen Herausforderungen der Menschheit und an einem umfassenden Schutz der Umwelt interessiert waren, hier keinen Platz.

Die Umweltproblematik als globale Herausforderung wurde in den Jahren zwischen 1970 und 1980 zum Hauptthema verschiedener internationaler Kirchenkonferenzen. Die DDR-Pastoren erarbeiteten eine moderne Theologie. Sie stellten nach genauer Lektüre des Alten Testaments fest, dass Gott den Menschen nicht zum Herrscher über die Natur bestimmt hat, sondern zu ihrem Bewahrer. Und der Mensch sei eben nicht die Krönung, sondern ein Teil dieser Schöpfung. Und die Kirche habe aus ihrem Selbstverständnis heraus sehr wohl etwas zu naturwissenschaftlichen Fragen und zu umweltpolitischen Entscheidungen eines jeden Staates zu sagen.

Ausgerüstet mit naturwissenschaftlichen und philosophischen Kenntnissen über die Grenzen des Wachstums und dem biblischen Auftrag, die Schöpfung zu bewahren, bildeten sich die ersten Umweltgruppen in der DDR.

Das Kirchliche Forschungsheim in der Lutherstadt Wittenberg entwickelte sich schnell zur Informationszentrale und zur Materialbörse für die Umweltgruppen. In der Bibliothek konnte jeder westliche Fachliteratur lesen, eine Referentenkartei gab Auskunft über Fachleute verschiedenster Bereiche, die bereit waren, auch in Kirchen über Umweltfragen zu sprechen.

Hier entstand 1980 das erste ökologische Grundsatzpapier „Die Erde ist zu retten – Umweltkrise, christlicher Glaube, Handlungsmöglichkeiten“. Wochenlang beschrieben Freiwillige die Wachsmatrizen, hektografierten die Seiten, legten, klammerten und verschickten sie. Im Mittelpunkt der Anfänge der Umweltbewegung stand die Forderung nach Bewusstseinsbildung für Umweltfragen in der Öffentlichkeit. In Schwerin und Rostock nahm diese Idee bald eine doppelte Gestalt an: seit 1979 trafen sich dort mehrmals im Jahr bis zu 200 Jugendliche zu sogenannten Baumpflanzaktionen. Sie nutzten das sozialistische Instrument des „Subbotniks“ – eines freiwilligen, am Gemeinwohl orientierten Arbeitseinsatzes am Samstag –, um zusammen mit staatlichen Betrieben oder Förstern Baum-

und Strauchpflanzungen in großer Zahl durchzuführen. Dies sollten sichtbare Zeichen für den Umweltschutz werden, und sie wurden es auch. Der Staat kam in Argumentationsprobleme, konnte er doch solche Aktionen kirchlicher Jugendgruppen nicht einfach für staatsfeindlich erklären. Er tat es dann, nachdem eine ganze Baumpflanzbewegung durch mehr als 15 Städte und Gemeinden der DDR gegangen war, doch und verbot diese Aktionen mit Hilfe der staatlichen Veranstaltungsverordnung. Die Kirche habe ihre Arbeit am Altar und nicht an Straßen und auf Plätzen zu tun, war die Argumentation.

Neben diesen Aktionen für die Umwelt und für ein neues Umweltbewusstsein wurden jährlich die „Schweriner Winterseminare zum Umweltschutz“ als theoretische Ergänzung zu den Pflanzwochenenden durchgeführt.

Das Umweltgruppenleben war in der gesamten DDR in großer Vielfalt erwacht, immer neue Impulse erreichten die Interessierten, mal von den GRÜNEN aus der Bundesrepublik, mal von den sich parallel entwickelnden Friedens- und sogenannten Dritte-Welt-Gruppen, zu denen eine enge personelle und inhaltliche Vernetzung bestand. Ökologie und Friedensarbeit und der Einsatz für eine gerechtere Welt waren untrennbar miteinander verbunden.

Immer mehr richtete sich die Arbeit der kirchlichen und einiger im Entstehen begriffener unabhängiger Umweltgruppen an den Staat, immer lauter wurden die Forderungen nach einer neuen Wirtschafts- und Energiepolitik in der DDR, nach sauberem Trinkwasser, nach Filteranlagen in den Schornsteinen der Industriebetriebe und nach einem wirkungsvolleren Naturschutz. Ab 1981 versammelten sich Tausende am Weltumwelttag zur Aktion „Mobil ohne Auto“. Themen wie Atomkraft, Landwirtschaft, Müll, gesunde Ernährung, alternatives Leben und Stadtökologie wurden in den Gruppen bearbeitet und öffentlich diskutiert. In Berlin entstand in den Kellerräumen der Zionskirche die Umweltbibliothek mit ihren zuweilen ungenehmigten und im Selbstverlag hergestellten Druckschriften. In der gesamten DDR tauchten Zeitschriften und Informationshefte zu Umweltfragen sowie Fotomontagen, Plakate von Künstlern zu Ökologiethematen und eigene Symbole, wie das grüne Kreuz aus Dresden, auf. Sie wurden meist als kirchliche Drucksachen hergestellt und vertrieben.

Im sächsischen Rötha fanden Umweltgottesdienste im Freien statt, Wallfahrten führten an die Tagebaukanten, Pilgerwege mit verschiedenen

Stationen in Kirchen und im Freien mitten durch Chemiebetriebe im Bezirk Halle. In der schmutzigen Saale wurde ein politisches Schauangeln organisiert. In Schwerin begann die Umweltgruppe gegen den Bau einer Autobahn nach Wismar mitten durch Naturschutzgebiete öffentlich zu protestieren. Als der Berliner Ökokreis sich mit seinen Fahrrädern nach Schwerin zum Mitdemonstrieren begeben wollte, wurde kurzerhand auf staatliche Weisung hin der Packwagen des Zuges, in dem alle Fahrräder standen, abgehängt. Als engagierte Jugendliche aus Potsdam für ihren Weihnachtsgottesdienst eine vom sauren Regen im Erzgebirge zerfressene Fichte holen wollten, wurden sie kurzerhand von der Stasi verhaftet. Polizei und Stasi begleiteten nun sichtbar oder unsichtbar alle Aktionen der Umweltbewegung. Die Initiatoren wurden regelmäßig zu Gesprächen in die „staatlichen Stellen“ bzw. zu den sogenannten „inneren Organen“ der DDR bestellt.

Die Vielfältigkeit und Kreativität der Umweltgruppen der DDR war zugleich ihre größte Stärke gegenüber den festgefahrenen Ideologen der SED. Dennoch gab es innerhalb der Umweltgruppen keineswegs immer eine tolerante Atmosphäre. Die sich für fachlich fundiert arbeitend haltenden Mecklenburger zum Beispiel lagen oft mit den Berlinern im Streit, die unter dem Motto „Hauptsache Aktion“ lebten und handelten. Da warf die eine Partei der anderen Oberflächlichkeit in den Zielen vor, da konterte diese dann mit dem Vorwurf des unpolitischen Ansatzes, der nie etwas bewirken würde.

Aus den Stasi-Akten wurde viel später bekannt, wie die Stasi im Interesse einer Differenzierungspolitik gegen die Gruppen derartige Unterschiede geschickt ausnutzte.

Der Super-Gau im sowjetischen Kernkraftwerk Tschernobyl im April 1986 aktivierte wie kein anderes Ereignis zuvor die Anti-Atomkraft- und Umweltschutzbewegung der DDR. Mit dem Appell „Tschernobyl wirkt überall“ trat die Umweltbewegung vollends aus dem kirchlichen Raum heraus und stellte politische Forderungen. Schließlich war bekannt, dass in Stendal und Greifswald baugleiche Reaktoren im Entstehen waren. Die DDR-Regierung hatte damit überhaupt kein Problem, die Wissenschaftler im Staatlichen Amt für Atomsicherheit der DDR echoten die politischen Aussagen der DDR-Regierung und enthielten sich jeder fachlichen Meinungsäußerung. Sie wollten schon damals vor allem ihren Job behalten.

Die Angst und die Einsicht, dass sich ohne Zivilcourage, ohne Protest und Widerstand, die staatliche Umwelt- und Informationspolitik nie ändern würde, führte viele neue Mitglieder in die Umweltgruppen und machte sie in sich stärker.

Die Politisierung der oppositionellen Umweltarbeit erreichte 1988 ihren Höhepunkt, als im Kirchlichen Forschungsheim Wittenberg trotz offensiver Gegenmaßnahmen der Stasi die Studie *Pechblende – Der Uranbergbau in der DDR und seine Folgen* erschien und in westlichen Fernsehmagazinen über die radioaktive Kontaminierung ganzer Landstriche im Süden der DDR berichtet wurde. Es wurde bekannt, wie viele Kranke und Tote es im Uranbergbau gegeben hatte. Und es wurde bekannt, dass das in der sowjetischen Aktiengesellschaft „Wismut“ in der DDR gewonnene Uranerz Ausgangsstoff nicht nur für marode Kernkraftwerke, sondern auch für Atombomben sein könnte. Die friedenspolitische und umweltpolitische Arbeit der emanzipatorischen Gruppen in der DDR rückte in dieser Phase ohnehin immer näher zusammen. Das grün-ökologische Netzwerk der DDR entstand und unterschied sich kaum noch von einer grünen Partei.

In den Kirchen der Welt hatte zu diesem Zeitpunkt der sogenannte konziliare Prozess begonnen, der die verschiedenen Themen und die engagierten Menschen miteinander vereinte. In der DDR wurde er inhaltlich wesentlich durch die Beiträge aus der Umwelt- und Friedensbewegung bestimmt. Der konziliare Prozess wurde dort zu einer wesentlichen Vorbedingung für die demokratische Revolution von 1989.

Der SED-Staat sah die Umweltgruppen seit ihrem Bestehen als Staatsfeinde an. Die Umweltbewegung dagegen wollte ihre Arbeit als einen konstruktiven Beitrag zur Verbesserung der Lebensverhältnisse in der DDR verstehen. Ein unlösbares Missverständnis?

Dem Staat waren gegenüber den Umweltgruppen sehr schnell alle Argumente ausgegangen. Er reagierte mit seinen Mitteln: mit Gewalt und dem Einsatz der Stasi als Geheimpolizei. Gegen nahezu alle Umweltengagierten wurden seit Ende der siebziger Jahre sogenannte „Operative Vorgänge“ durch die Stasi eröffnet. Sie wurden beobachtet und fotografiert, ihre Wohnungen und Arbeitsstellen durchsucht, Post und Telefone kontrolliert. Es wurde alles mögliche unternommen, um die Gruppen und ihre einzelnen Mitglieder zu zerstören und ihre Arbeit zu behindern.

Offene Gewaltformen gegen Oppositionelle, wie zum Beispiel Verhaftungen oder das plötzliche Verschwinden von Personen, wie sie aus den fünfziger und sechziger Jahren bekannt waren, hätten dem außenpolitischen Ansehen der DDR und der Honecker-Regierung zu diesem Zeitpunkt sehr geschadet. Darum wählte und entwickelte man die „leisen Formen der Zerstörung“, die sogenannten „Zersetzungmaßnahmen“ der Stasi. Die Umweltgruppen, vor allem ihre Leitfiguren, sollten als „feindlich-negative Personen“, als antisozialistische und staatsfeindliche Elemente stigmatisiert oder kriminalisiert werden. Dazu stand der Stasi neben den politischen Paragrafen des Strafgesetzbuches der DDR ein ganzer Katalog von in Befehle gegossenen menschlichen Untaten zur Verfügung. Die Inoffiziellen Mitarbeiter (IM) der Stasi, die es in fast allen Umweltgruppen und Ökokreisen der DDR gab, waren die Gehilfen bei der Umsetzung dieser menschenverachtenden Strategien.

In Suhl z.B. konnte die Stasi den „Ökumenischen Arbeitskreis für Umweltfragen“ mit dem Mittel der „staatlichen Disziplinierungsgespräche“ auflösen. Zum Kreis gehörten u.a. sieben Menschen, die in staatlichen Betrieben arbeiteten. Nur diese wurden von ihren Vorgesetzten im Betrieb zu Disziplinierungsgesprächen geholt. Ihnen wurde klar gemacht, dass ihre berufliche Position gefährdet sei, wenn sie weiter zu den Arbeitskreissitzungen gehen würden. Sie zogen sich daraufhin aus der Gruppe zurück, die dann zerfiel. Die Stasi plante und dokumentierte den ganzen Vorgang und erstellte für die staatlichen Leiter sogar detaillierte Gesprächskonzeptionen.

Mit Hilfe Inoffizieller Mitarbeiter aus der Nachbarschaft der Umweltbibliothek in Berlin (UB) organisierte die Stasi Anzeigen gegen die Bibliothek wegen „Störung der öffentlichen Ordnung“. Sie leitete hygienische und gewerberechtliche Kontrollen ein mit dem Ziel, einen Teil der UB zu schließen. Stasi-Mitarbeiter stahlen Bücher, um die Westbestände der Bibliothek auszudünnen.

Pastoren, die sich vor Umweltgruppen stellten oder Umweltinitiativen Raum gaben, wurden systematisch diffamiert. In Schleiz wurde eine Pastorenfamilie fünf Monate lang mit Zersetzungmaßnahmen überzogen, bis sie aufgab und sich zu einem Ausreiseantrag entschloss. Um den Ökokreis schnell zu sprengen, konnte und musste die Familie sofort ausreisen.

Nachdem bei dem Autor der oben genannten *Pechblende* „Disziplinierungsgespräche“ im Betrieb und das Abschneiden jeglicher beruflicher Entwicklung nicht zum Ziel der Einstellung seiner Aktivitäten geführt hatten, suchte die Stasi nach anderen Möglichkeiten, seine Person zu diffamieren und seine Arbeit zu diskreditieren. Sie beauftragte einen „Gutachter“ damit, die Studie über den Uranbergbau fachlich zu zerreißen. Das Gutachten wurde tatsächlich erstellt und verteilt, allerdings war es wegen seiner inhaltlichen Leere und ideologischen Fülle sofort auch für jeden Nichtfachmann als „Auftragswerk“ zu erkennen. Erst nach 1989 konnte auch dieser Vorgang mit Hilfe der Stasi-Akten genau rekonstruiert werden.

Die Stasi organisierte im Auftrag der SED bei vielen Mitgliedern von Umweltgruppen der ganzen DDR Einreiseverbote für westdeutsche oder auch osteuropäische Freunde. Damit sollten die Zusammenarbeit und der gegenseitige Austausch verhindert werden. Doch stattdessen fanden die Treffen in Prag oder Budapest statt. Dort wurden sie auch von der Stasi observiert. Problematisch und risikoreicher wurde die Zusammenarbeit mit den westdeutschen Verbündeten erst, als den Mitgliedern verschiedener Umweltgruppen auch die Ausreise aus der DDR in jede Richtung verweigert wurde. Da waren dann andere Lösungen gefragt.

Die Stasi hatte in den siebziger und den achtziger Jahren mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln versucht, die Mitglieder von DDR-Umweltgruppen zu diskreditieren und von ihrer Arbeit abzubringen. Nachdem die Phase der „Politik der staatlichen Umarmung“ gegenüber den Ökogruppen an deren klaren Zielvorstellungen von vornherein gescheitert war, war der SED-Staat zum offenen Bekämpfen der Gruppen und ihrer Mitglieder übergegangen. Dabei war – in großem Maße – Unrecht geschehen. Biografien und Freundschaften wurden zerstört und berufliche Entwicklungsmöglichkeiten verbaut. Menschen wurden aus dem Staat getrieben, in dem sie eigentlich leben wollten. Politische Ziele und ideologische Vorgaben der SED standen über fachlichen Einsichten und Erkenntnissen. Wissenschaftler ließen sich von der herrschenden Politik korrumpieren und gegen die Umweltgruppen einsetzen.

Die Umweltbewegung der DDR hat es als eine wesentliche Säule der politischen Opposition im totalitären Staatsgefüge der DDR trotzdem gegeben. Die sich heute daran zurückerinnern, reden von der unglaublichen Wirkung, die das Engagement weniger Leute in einer Gesellschaft haben

konnte. Und von der Freude, die diese Arbeit unter den meist einfachen äußeren Bedingungen des DDR-Alltagslebens machte. Sie erzählen über erlebte Solidarität in einer Gruppe, die ihre Wurzeln in der äußeren Unfreiheit hatte. Und sie berichten enttäuscht über den Verrat, den es auch gegeben hat.

Kunst, Kultur und Stasi

Karsten Dümmel

Anfänglich richtete die Stasi ihr Augenmerk kaum auf die verschiedenen Bereiche der Kultur in der DDR. Bis Mitte der fünfziger Jahre waren die Abteilungen V mit ihrem Schwerpunkt „Oppositionsgruppen“ und die Abteilung IV, zuständig für die Sicherung staatlicher und gesellschaftlicher Einrichtungen, für sämtliche Personen im Bereich Wissenschaft, Bildung und Kultur zuständig. Ab 1954 wurde die Hauptabteilung V der Stasi aus mehreren Teilbereichen neu zusammengelegt. Nach dem so genannten Linienprinzip bildeten sich in den Bezirks- und Kreisstädten der DDR Abteiler dieser Hauptabteilung, die wiederum eigene Referate formierten.

So begann die Stasi in jenem Jahr mit dem Aufbau eines eigenen Apparates für die Kontrolle des kulturellen Lebens in der DDR. Die Künstler und ihr Umfeld waren zu diesem Zeitpunkt allerdings noch keine spezielle Zielgruppe, die es kontinuierlich zu überwachen galt. Vielmehr begnügten sich die für Kultur zuständigen Offiziere bis hinein in die sechziger Jahre mit eher sporadischer Arbeit, um oppositionelle Tendenzen in den Bereichen der Kultur frühzeitig zu erkennen und zu bekämpfen. Immer dann, wenn sie jedoch „Ideologische Aufweichungstendenzen unter den Kulturschaffenden“ befürchteten, intensivierten sie ihre Tätigkeit. In der Regel korrespondierten diese Tendenzen mit konkreten innen- bzw. außenpolitischen Vorgängen. Beispiele hierfür beobachtete die Stasi vor allem in den Jahren 1956 und 57, nach dem Aufstand in Ungarn, und bei den Ereignissen im Umkreis der Gruppe um Wolfgang Harich und Walter Janka.

Ab 1961, im Zusammenhang mit dem Mauerbau, intensivierte die Stasi ihre Arbeit im Kunst- und Kulturbereich grundlegend. Das anfänglich nur sporadische Interesse wich einer zunehmenden Aufmerksamkeit, die sich speziell auf das Geschehen im kulturellen Bereich richtete. Im März 1964 wurden die Hauptabteilung V und ihre Dependancen in den Bezirken in die Hauptabteilung XX (HA XX) umbenannt, die bis Ende 1989 mit ihren Abteilungen, Ressorts und Referaten Bestand hatte. Zu ihren wichtigsten Arbeitsschwerpunkten zählten: Das Verhindern, Aufdecken und Bekämpfen sogenannter PUT (Politischer Untergrundtätigkeit) und FIS (Feindlich-ideologische Stützpunkte) sowie die Hilfestellung bei der Durchsetzung der Jugendpolitik von SED und FDJ.

Drei Abteilungen dieser HA XX nahmen bei der flächendeckenden Überwachung eine Schlüsselstellung ein: Die Hauptabteilung XX/4 war zuständig für Kirchen und Religionsgemeinschaften, die Hauptabteilung XX/7 war zuständig für alternative Gruppierungen, Künstler und Massenmedien und die Hauptabteilung XX/9 hatte das Aufgabengebiet: vorbeugende Verhinderung, Aufdeckung und Bekämpfung politischer Untergrundtätigkeit. Die Hauptabteilung XX/7 wiederum fächerte sich in vier Referate auf:

1. Fernsehen, Filmwesen und Studioteknik
2. Künstlerverbände und sämtliche Bereiche des Ministeriums für Kultur
3. Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst, Presse, Rundfunk, Studioteknik
4. Literatur, Kunst und Verlage

Im Herbst 1969, also ein Jahr nach den Ereignissen in der Tschechoslowakei (Niederschlagung des tschechischen Sozialismusmodells, des so genannten „Prager Frühlings“), wurde der Zugriff des Überwachungsapparates auf die Kultur der DDR perfektioniert. Bereits mit der Dienstanzweisung 610 vom 25. August 1968 (nur vier Tage nach dem Einmarsch von Truppen des Warschauer Pakts) hatte die Staatssicherheit präventiv auf die „Rolle der Schriftsteller in der Tschechoslowakei“ reagiert. Binnen weniger Tage mussten damals sämtliche Personen aus den Bereichen Presse, Funk, Fernsehen, Theater, Kunst und Literatur erfasst und Auskunftsberichte über sie gesammelt und abgeliefert werden. Der Stasi-Befehl 20/69 regelte zudem die „Aufklärungsarbeit“ der speziell hierfür eingerichteten Referate. Spätestens dieser Befehl darf daher als Absichtserklärung und als Geburtsurkunde gesehen werden für den Versuch der Stasi, sich lückenlos die Kontrolle über das kulturelle Leben der DDR zu verschaffen. Das Hauptziel war, strafrechtlich verwendbare Beweise zu beschaffen, jeden und alles in diesem Bereich zu kontrollieren, um präventiv eingreifen zu können. Die Leiter der entsprechenden Referate in den Bezirksverwaltungen (BV) hatten den Auftrag, in regelmäßigen Abständen Übersichten zu erstellen über alle freischaffenden Journalisten, Schriftsteller, Schauspieler, Künstler, Übersetzer u.a.m.

Alle acht Wochen waren zudem Lageeinschätzungen vorzulegen und darüber hinaus periodisch Halbjahresanalysen aus dem entsprechenden Zuständigkeitsbereich zu erstellen.

Nach Honeckers Rede auf dem 4. Plenum des Zentralkomitees (ZK) der SED („Literatur ohne Tabus“) im Dezember 1971 war es bis zum Jahr 1976 zu verschiedenen, bis dahin im DDR-Kulturalltag nicht vorstellbar gewesenen Versuchen einer scheinbaren Liberalisierung gekommen. Tatsächlich gelangen während dieser Jahre spektakuläre Theateraufführungen oder Veröffentlichungen, die noch wenige Jahre zuvor mit dem Ausschluss der Künstler aus der SED oder mit Haft geahndet worden wären.

Es steht jedoch heute aktenkundig fest, dass es diese sogenannte Tauwetterperiode (Liberalisierung in der Kulturpolitik der SED) nur zum Teil gegeben hat. Es handelte sich bei Honeckers Rede vom Dezember 1971 auch um einen taktischen Zug von SED und Stasi, um die „Spreu vom Weizen“ zu trennen. Aus heutiger Sicht ist durch zahlreiche Quellen zum einen zu beweisen, dass die SED während dieser Zeit in wohlkalkulierter Güterabwägung Zugeständnisse machte, um das Verhältnis zwischen Künstlern und Partei zu verbessern, der internationalen Öffentlichkeit einen neuen Führungsstil zu signalisieren und durch erlaubte Kritik innenpolitische Spannungen zu kanalisieren. Zum anderen belegen verschiedene Dokumente, dass es – zumindest dem harten Kern des Zentralkomitees der SED und natürlich der Stasi – um keine Form von Liberalisierung ging. Das als Geheime Verschlussache (GVS) eingestufte Mielke-Referat 390/72 ist für das taktische Täuschungsmanöver – nicht nur der eigenen Öffentlichkeit – ein zentrales Schlüsseldokument. Erich Mielke zur „Kunst ohne Tabus“: „Es geht also um keine ‚neue Kulturpolitik‘, um keine ‚liberale Welle‘, um keine Aufgabe des Klassenstandpunktes in Fragen der Kultur und Kunst, vielmehr kommt es darauf an, die sich uns jetzt bietende Gelegenheit zu nutzen, um weitgehend Aufschluss über die politisch-ideologische Grundeinstellung der uns interessierenden Personenkreise zu erhalten“.

Im Herbst 1975 wurden durch eine speziell eingerichtete Abteilung Personen operativ aufgeklärt und bearbeitet, die dem politischen Untergrund im Bereich der Literatur zuzuordnen waren. Die Hauptabteilung XX/OG war mit ihrer Zuständigkeit für die kritische und für die subversive DDR-Literatur ins Leben gerufen.

Im Zuge der Ausbürgerung von Wolf Biermann verschärften die diversen Abteilungen und Referate ihre Arbeit nochmals. Allein in den zwei Monaten nach Biermanns Ausbürgerung erließ die Stasi insgesamt drei Befeh-

le und Dienstanweisungen (19. November 1976, 22. Dezember 1976, 08. Januar 1977) zur „operativen Bearbeitung der inneren Opposition“, in denen eine flächendeckende Überprüfung und Kontrolle aller Personen aus den Bereichen Kultur und Massenmedien verlangt wurde.

Dass dies ein idealtypischer Anspruch gewesen ist, der in der Praxis zu keiner Zeit in seinem vollen Umfang erreicht wurde, muss hier gesagt sein. Dennoch bleibt festzuhalten, dass die Stasi mit ihren Kontroll- und Zersetzungsmaßnahmen hunderte von Künstlern aus dem Land getrieben, Persönlichkeiten zerstört sowie Lebenswege behindert und verbaut hat. Die Stasi hat kreativ-künstlerisches Potential verkümmern lassen wie selten zuvor in der Geschichte eines Landes.

Ministerrat
 der Deutschen Demokratischen Republik
 Ministerium für Staatssicherheit
 Der Minister

Berlin, den 25. August 1968

Hauptabteilungen/selbst. Abteilungen
 Bezirksverwaltungen/Verwaltungen
 Leiter

Vertrauliche Verschlusssache
 MfS 008 Nr. 670/65
 ----- Ausfertigungen -----
11 Ausfertigung 2 Blott

Über Personen, bei denen aus überprüften operativen Hinweisen oder aus begründeten Verdachtsmomenten ein negatives oder feindliches Verhalten bekannt ist und die durch eine Tätigkeit in nachgenannten Bereichen Möglichkeiten zur Beeinflussung eines größeren Personenkreises haben, sind sofort ausführliche Einschätzungen in Auskunftsberichten durchzuführen.

a) Bereich Rundfunk und Fernsehen (einschließlich deren Studios)

- Redakteure
- Reporter
- Kommentatoren
- Sprecher
- im Sendebetrieb und Sendeablauf der Studiotechnik Beschäftigte.

b) Kultureller Bereich

- Conferencier
- Theaterschaffende (Regisseure, Dramaturgen, Autoren usw.)
- Stadt- und Betriebsfunkredakteure.

c) Bereich Literatur, bildende, darstellende und unterhaltende Kunst

- Schriftsteller
- Grafiker
- Maler
- Bildhauer
- Schauspieler
- Sänger usw.

d) Beschäftigte in den Bereichen Rundfunk und Fernsehen, Filmwesen, Pressewesen und Verlagswesen, die unter a) bis c) nicht erfasst sind.

Unter den genannten Personenkreisen bzw. Bereichen sind auch die freiberuflichen Kräfte zu berücksichtigen.

Die Auskunftsberichte haben folgende Punkte zu enthalten:

- große Personalien;
- Einschätzung der beruflichen und politischen Entwicklung;
- politische Einstellung, gesellschaftliches Verhalten;

Literatur und Stasi

Joachim Walther

„Hölderlin“, „Büchner“, „Caroline Schlegel“, „Schiller“, „Goethe“ oder „Faust“: So nannten sich Schriftsteller und Literaturwissenschaftler der DDR in ihrer zweiten, geheimen Existenz – erhabene Namen für eine niedere Tätigkeit: Der Dichter als Denunziant, die deutsche Literaturgeschichte verkommen zum Steinbruch für Decknamen.

Der Aufwand, den die Stasi zur Überwachung der Literatur und der Literaten betrieb, war maßlos überzogen. Auf 1.000 DDR-Schriftsteller waren 1.500 Staatssicherheitsleute angesetzt. An allen wichtigen Stellen des Literaturbetriebs (in Verlagen, Zeitungsredaktionen, Künstlerverbänden) saßen landesweit Inoffizielle Mitarbeiter (IM) in sogenannten Schlüsselpositionen. In 40 Jahren DDR wurden mehr als 50 Schriftsteller verhaftet und verurteilt. Mindestens 200 von ihnen wurden in Operativen Vorgängen (OV) überwacht und „bearbeitet“, was nicht selten einherging mit massiver Behinderung des Schreibens und Psycho-Terror („Zersetzung“ genannt). Das alles ging zurück auf eine wahnhafte Überschätzung des staatsgefährdenden Potentials unangepasster, kritischer Literatur. Doch hatte der Wahn Methode, da Verfolgungsdrang und Verfolgungswahn ursächlich zusammenhängen. Das tiefe Misstrauen der DDR-Machthaber gegenüber dem freien Wort löste den Wahn aus, Kunst und Literatur, da sie nicht total beherrschbar waren, zumindest umfassend zu überwachen. Und dazu brauchte man Menschen, viele Menschen: hauptamtliche und inoffizielle Mitarbeiter.

Die Inoffiziellen Mitarbeiter waren für die Stasi die „Hauptwaffe“.

Neben ihrer ersten Funktion als heimliche Informanten waren die Inoffiziellen Mitarbeiter zudem Ausführende bei „aktiven Maßnahmen“, das heißt, ihre Aufgaben gingen erheblich über das übliche Tätigkeitsfeld des landläufigen Denunzianten, nämlich andere Menschen aus unehrenhaften, niederen Motiven auszuhorchen und sie einer staatlichen Ordnungs- und Verfolgungsbehörde anzuzeigen, hinaus. Insofern erfasst die volkstümliche Bezeichnung „Spitzel“ nicht die erweiterte Funktion der DDR-IM.

Da spätestens seit Mitte des 19. Jahrhunderts die Synonyme „Spitzel“, „Denunziant“ und „Verräter“ sprachlich etwas Verabscheuenswürdiges

meinten, benötigte die Stasi dringend einen neuen Begriff – und so wurde der Inoffizielle Mitarbeiter geboren. Bei der erschreckend hohen Bereitschaft von Schriftstellern und Künstlern, zumeist ganz freiwillig mit der Stasi zusammenzuarbeiten, spielte neben niederen Gründen wie Karrieredenken, Neid, Machtstreben und Geltungsbedürfnis die Utopiegläubigkeit eine besondere Rolle. Die politische Überzeugung, auf dem rechten Weg zum Kommunismus zu sein, war eine ideologische Verzäuberung und Selbstverführung und wurde rational begründet als „Einsicht in die Notwendigkeit“, die offenbar einfache sittliche Regeln außer Kraft setzte. Es schien in diesem Denken nicht Unmoral, sondern Ausdruck einer überlegenen, neuen Moral, der sozialistischen, die sich als Klassenmoral im weltweiten Klassenkampf verstand und mithin selbst den Verrat als notwendiges Instrument akzeptierte, um vom „Reich der Notwendigkeit“ ins kommunistische „Reich der Freiheit“ (Karl Marx) zu gelangen. Diese utopische Verheißung war Teil des Machtmissbrauchs und diente zur Begründung der angeblich historisch unvermeidbaren Härten und der zahlreichen Opfer auf dem Weg zum gelobten Endziel.

Ein Beispiel dafür, wie wenig glorreich die Praxis der Literatur-Inoffiziellen Mitarbeiter in der DDR gewesen ist: Ein Lyriker mit dem Decknamen „Uwe“ denunzierte 20 Jahre lang ohne jeden Skrupel seine Kollegen, unter anderen Günter Kunert, Sarah Kirsch, Katja Lange-Müller, Lutz Rathenow, Franz Fühmann, Wolfgang Hilbig ... In einem Gutachten zu einem Roman von Klaus Poche schrieb er: „Es wäre sehr falsch, Poches ‚Atemnot‘ in der DDR zu drucken. Der Autor, sein Buch und seine Absicht verdienen unsere Verachtung.“ Zum Schluss seines „Gutachtens“ sprach der Inoffizielle Mitarbeiter gar von der Vorbereitung der Konterrevolution – und liefert damit seinen Berufskollegen der Stasi ans Messer.

Die Operativen Vorgänge waren die höchste und umfassendste Form der Bearbeitung durch die Stasi, die eine aufwändige und intensive Bespitzelung ebenso einschloss wie aktive geheimpolizeiliche Maßnahmen. In der Wirkung waren sie durchaus mit einem Ermittlungsverfahren vergleichbar, allerdings mit folgenden Besonderheiten: Die Eröffnung des Verfahrens wurde dem Verfolgten nicht mitgeteilt, die Sanktionen setzten bereits während der Ermittlung ein, das Urteil erging ohne jeglichen Bescheid, es gab wegen des verdeckten Verfahrens keinerlei Möglichkeit des Einspruchs. Ab Mitte der siebziger Jahre war dies die bevorzugte Form der politischen Verfolgung, da die SED-Führung eine möglichst lautlose und äußerlich unsichtbare „Paralysierung“ und „Zersetzung“ der inneren

„Feinde“ ohne Inhaftierungen wünschte. Insofern stellten viele der Operativen Vorgänge Bestrafungen ohne Haft und ohne Urteil dar. Die davon Betroffenen standen nicht selten über Jahre unter einem Druck und einer Bedrohung, die sie zwar deutlich spüren, aber nicht fassen und ihren Nächsten nicht beweisen konnten. So hegten sie selbst mitunter den Verdacht, alles lediglich zu halluzinieren und an Verfolgungswahn zu leiden – was von der Stasi unter anderem auch beabsichtigt war. Diese Art der Verfolgung hat zahlreiche Opfer hervorgebracht, Opfer, die die Zeit ihrer Verfolgung und des Leids heute nicht in Gefängnisjahren ausdrücken können und die erst durch die Akteneinsicht nach dem Ende der DDR erfuhren, was ihnen angetan worden war.

Darunter waren besonders viele junge Autoren, da sie weniger geschützt waren als ihre älteren Kollegen, die schon veröffentlicht hatten und vielleicht gar im Westen bekannt waren. So gab es nicht wenige junge Leute, die für einige geschriebene Gedichte mehrere Jahre ins Gefängnis mussten: „Die G. beging öffentliche Herabwürdigung, indem sie 12 selbstgefertigte Schriften in Versform an insgesamt fünf Personen verbreitete.“ Im Klartext: Für zwölf Gedichte, die sie fünf Freunden zum Lesen gab, bekam die junge Frau zwei Jahre Gefängnis.

Doch wurden nicht nur Schriftsteller „bearbeitet“, sondern auch Leser, die sich nicht an die verordnete und zugängliche Literatur hielten. Allein die Weitergabe von unbotmäßiger Literatur wurde mit Haft bestraft: So verurteilte das Bezirksgericht Karl-Marx-Stadt einen jungen Mann, der vier Freunden Georg Orwells *1984* ausgeliehen hatte, zu zwei Jahren und vier Monaten Haft ohne Bewährung.

Zum Schluss ein Beispiel für die Verfolgung junger Leser: Mitte der achtziger Jahre gab es auch in Weimar eine der zahlreichen Diskussionsrunden vorwiegend Jugendlicher, die in der DDR verbotene Literatur lasen und über Gott und die Welt diskutierten. Da man sich montags traf, nannte sich der Kreis „Montagskreis“. Die Stasi wurde darauf aufmerksam und beauftragte einen Hauptamtlichen Mitarbeiter mit der Zerschlagung des Kreises. Zunächst wurden zu dem neu eröffneten Operativen Vorgang „Inspirator“ Informationen gesammelt. Die Ziele der Stasi waren: die „vollständige Zersetzung“ dieses Kreises, „das öffentliche Ansehen, insbesondere des ‚aktiven Kerns‘ zu diskreditieren, den ‚harten Kern‘ in seiner Ausstrahlung und Wirksamkeit zu isolieren“ und „den gesamten Personenkreis durch staatliche und gesellschaftliche Einflussnahme zu diszipli-

nieren“. „Wertvolle Ansatzpunkte“ dabei waren: charakterliche und moralische Schwächen wie Neid, Missgunst, Alkoholmissbrauch usw., finanzielle und materielle Abhängigkeiten und Schwächen, vorhandene Ängste sowie Schwatzhaftigkeit, Prahlucht oder Renommiergehabe. Schon bald war die Stasi so weit, einzelne Teilnehmer des Kreises zu verhaften und zu verurteilen. Zur Wirkung der Zersetzungsmaßnahmen: „Mit der Demonstration einer entschiedenen Reaktion der sozialistischen Gesellschaft auf feindlich-negative Aktivitäten wurde im OV ‚Inspirator‘ durch die Einleitung von Ermittlungsverfahren (...) ein großer Verunsicherungs- und Erziehungseffekt angestrebt und erreicht.“ Eine weitere Maßnahme war die „Durchführung von gezielten Übersiedlungen nach der BRD und Westberlin“. Die Absicht bestand in „der Auslösung eines Prozesses der Verwirrung, von gegenseitigen Verdächtigungen und Zwietracht, der Dezimierung des Personenkreises, insbesondere aus dem harten Kern“. Parallel dazu wurde der Zersetzungsprozess durch „die gezielte Verbreitung von Gerüchten, Anspielungen und Verdächtigungen durch eingesetzte inoffizielle Kräfte weiter vorangetrieben“. Da der Kreis auch Kontakte in die Tschechoslowakei hatte, wurden diese durch den Entzug von Personalausweisen unterbrochen. Dazu kam das „politisch-operative Zusammenwirken“ mit zahlreichen offiziellen und inoffiziellen Stellen bis hinein in die Ausbildungsbetriebe der Jugendlichen. Aufgrund dieser Übermacht konnte die Stasi schon ein Jahr später bilanzieren: „Im Ergebnis der politisch-operativen Bearbeitung des OV ‚Inspirator‘ konnte festgestellt werden, dass der ‚Montagskreis‘ zerschlagen ist. Die erreichte Zersplitterung unter den ehemaligen Angehörigen des ‚Montagskreises‘ fand seinen Niederschlag in der Existenz von vier losen pazifistischen Gruppierungen. Durch die Maßnahmen der Zersetzung wurde deutlich, dass auf Grund der Widersprüchlichkeit und der Differenz sowie der nicht erreichten gemeinsamen ideologischen Plattform keine Wirksamkeit nach außen mehr gegeben war. Die genannten vier losen Gruppierungen lösten sich im weiteren in sechs Hausarbeitskreise auf, die durch zielgerichtete Maßnahmen auf zwei reduziert wurden.“

Die Westarbeit des MfS

Hubertus Knabe

Zwölf Jahre nach der Auflösung des DDR-Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) bewegt dieses immer noch die Gemüter. Vor allem die Frage, welche Rolle es in der westdeutschen Gesellschaft spielte, weckt die Emotionen. Wie weit reichte der lange Arm des MfS in den Westen? Welchen Einfluss nahm die SED über geheime Agenten auf die politische Entwicklung in der Bundesrepublik? Liegen womöglich in den Kellern von Parteien, Gewerkschaften, Verbänden noch unentdeckte „Leichen“, über die im vereinigten Deutschland großzügig der Mantel des Schweigens gelegt wurde? Besonders in den neuen Bundesländern herrscht der Eindruck vor, dass sich die Aufarbeitung der MfS-Vergangenheit einseitig gegen die ostdeutsche Bevölkerung richtet, dass den Verstrickungen auf westdeutscher Seite mit merklich weniger Energie nachgegangen wird, als dies im Osten der Fall war.

Schon heute ist deutlich, wie umfangreich die Aktivitäten des MfS im Westen gewesen sind. Die „Arbeit im und nach dem Operationsgebiet“, wie das MfS den Westen nannte, gehörte von Anfang an und zu allen Zeiten zu seinen Hauptaufgaben. Etwa 200 verschiedene MfS-Dienstleistungen operierten ständig in der alten Bundesrepublik. Zu ihnen zählte die für die Ausforschung grenznaher Kasernen zuständige Hauptabteilung (HA) I ebenso wie die für „Terrorabwehr“ verantwortliche HA XXII. Sie alle führten im Westen selbständig „Operative Vorgänge“ gegen Personen und Einrichtungen sowie eigene Netze mit zahlreichen inoffiziellen Mitarbeitern (IM).

Anders als der jahrzehntelange Chef der Hauptverwaltung A (HVA), Markus Wolf, in der Öffentlichkeit immer wieder behauptete, ging es dabei keineswegs um bloße Informationsbeschaffung oder gar um die „Bewahrung des Friedens“. Als „Schwert und Schild der Partei“ hatte das MfS vielmehr die Aufgabe, mit seinen spezifisch geheimdienstlichen Mitteln den politischen Kampf der SED gegen den „Klassenfeind“ im Westen zu führen. Vor allem in den fünfziger Jahren schreckte man dabei auch nicht vor Anschlägen, Entführungen und anderen „speziellen Maßnahmen“ zurück, mit denen man vor allem den Widerstand der eigenen Bevölkerung zu brechen suchte, der seinerzeit noch starken Rückhalt bei westlichen

Einrichtungen wie dem Ostbüro der SPD oder dem amerikanischen Rundfunksender RIAS fand. Seit Anfang der sechziger Jahre wandelten sich die Methoden der Westarbeit, da die SED verstärkt um die internationale Anerkennung ihres Regimes bemüht war. Jetzt kämpfte man gegen die Bundesrepublik eher in verdeckter Weise, zum Beispiel durch die gezielte Kompromittierung der Bundesrepublik und ihrer Politiker als „faschistisch“ oder durch eine extensive Wirtschaftsspionage, mittels derer man den Kampf der Systeme zu gewinnen hoffte. In den siebziger und achtziger Jahren rückte dann die „Aufklärung und Bearbeitung feindlicher Stellen und Kräfte im Operationsgebiet“ zunehmend in den Mittelpunkt, da man den Einfluss des jetzt immer „raffiniertes“ vorgehenden „Feindes“ im Zuge der Entspannungspolitik fürchtete. Zu allen Zeiten bereitete sich das MfS dabei mit großem Aufwand auf mögliche Krisen- und Kriegssituationen vor, in denen „Einsatzgruppen“ zu Sabotage- und Mordaktionen in die Bundesrepublik ausrücken und in West-Berlin ein Dutzend MfS-Kreisdienststellen aus dem Boden gestampft werden sollten, für die sogar das Fahr- und Schreibpersonal schon feststand.

Für die Geschichte der alten Bundesrepublik von besonderem Interesse ist die Frage, inwieweit es dem MfS gelang, Einfluss auf politische Vorgänge und Personen zu nehmen. Die Tatsache, dass der Sturz Willy Brandts als Bundeskanzler beim Misstrauensvotum vom April 1972 durch Zahlung von 50.000 DM an den CDU-Abgeordneten Julius Steiner aus der Kasse der HVA verhindert wurde, zeigt, wie sehr das MfS dabei in die Geschicke der Bonner Republik eingriff. Auch der tatsächliche Sturz Brandts zwei Jahre später, nach der Enttarnung des Kanzleramtsspions Günter Guillaume, sowie viele andere Ereignisse der Nachkriegszeit wurden direkt oder indirekt vom ostdeutschen Geheimdienst beeinflusst. Trotz der fast vollständigen Vernichtung des HVA-Archivs sind in den Beständen des MfS in den letzten Jahren zahlreiche Unterlagen zum Vorschein gekommen, die deutlich machen, dass hinter der „öffentlichen“ Geschichte der Bundesrepublik oftmals noch eine zweite „konspirative“ Dimension auszumachen ist.

Deren Anfänge reichen weit in die Vergangenheit zurück. Noch vor der Gründung des MfS im Februar 1950 waren sowjetische und deutsche Kommunisten darum bemüht, alte konspirative Verbindungen wiederzubeleben und neue nachrichtendienstliche Strukturen zu schaffen. Schon wenige Monate nach Kriegsende war der inoffizielle Apparat der Berliner Parteizentrale unter Bruno Haid auch im Westen zur Informationsbeschaffung und zu „aktiven Maßnahmen“ gegen Gegner der

schaffung und zu „aktiven Maßnahmen“ gegen Gegner der SED-Herrschaft in der Lage. Ende 1951 ging das als „Parteiaufklärung“ bezeichnete Informantennetz im Westen dann an den neugebildeten Außenpolitischen Nachrichtendienst der DDR (APN) über. Ein vergilbter Aktenordner bei der Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen gibt Aufschluss, dass dazu nicht nur der damalige Hauptgeschäftsführer der FDP in Bonn, Lothar Weihrauch, zählte, sondern auch der zweite Vorsitzende der SPD in Berlin, Josef Braun. Hinzu kamen ein „Hamburger Teil“, ein „unmittelbar dem Genossen Vesper angeschlossene(r) Teil“ sowie weitere Residenturen in Bayern, Frankfurt, Bern und anderen Städten; allein in West-Berlin umfasste der Apparat einen „Residenten“, drei Mitarbeiter und 26 Quellen, von denen die meisten in kleineren Funktionen in Parteien und in der Verwaltung tätig waren.

1952 befahl der damalige Staatsratsvorsitzende der DDR, Walter Ulbricht, die Auflösung der „Parteiaufklärung“, da man befürchtete, westliche Geheimdienste seien in das inoffizielle Netz eingedrungen. Mit umso größerer Zielstrebigkeit baute Markus Wolf als HVA-Chef in spe nun seinen eigenen Informantenapparat im Westen auf. „Um schnell die Nachrichtenarbeit in Westberlin zu organisieren“, hielt er es für nötig, bis Ende 1952 zwei neue „Residenturen und 2 bis 3 Quellenwerber auszusuchen“ sowie „4-5 Werbungen von Quellen“ vorzubereiten. Zugleich richtete er in den damals noch gesamtdeutsch agierenden Parteien und Massenorganisationen der DDR „legale Residenturen“ ein und setzte sie für die konspirative Nachrichtenbeschaffung im Westen ein. So lautete beispielsweise der Auftrag an den SED-Landwirtschaftsfunktionär Kurt Vieweg für den „Gesamtdeutschen Arbeitskreis der Land- und Forstwirtschaft“ (GAK): „a) Aufbau einer legalen Residentur, um die großen Möglichkeiten des Arbeitskreises auch zur Herstellung uns interessierender Kontakte zu nutzen; b) Nutzung der Möglichkeiten, die sich aus der DSP (Deutsche Soziale Partei, gegründet von Dr. Gereke), ihrer Zeitung ‚Der Deutsche Weg‘ sowie aus der im Aufbau befindlichen Zeitung ‚Wir Bauern‘ von Dr. Korte für die Nachrichtenarbeit ergeben“. Beide erwähnte Personen – Korte und Gereke – waren seinerzeit wichtige Bauernpolitiker im Westen.

Nach der Integration des Wolf-Apparates in den DDR-Staatssicherheitsdienst und der Ernennung von Ernst Wollweber zum Staatssekretär für Staatssicherheit wurde die West-Arbeit Mitte der fünfziger Jahre auf Geheiß der Sowjets weiter verstärkt. „Um das Ziel, die Vernichtung feindlicher Organisationen zu erreichen“, so Wollweber nach

dem Schock des Juni-Aufstandes von 1953, „ist es in erster Linie notwendig, die Aufklärungsarbeit zu verstärken, um über die Zentren feindlicher Tätigkeit durch unsere G(eheimen) I(nformatoren) und G(eheimen) M(itarbeiter) jederzeit unterrichtet zu sein über die Absichten und Pläne der Feinde.“ Namentlich das damals noch offene West-Berlin stand im Mittelpunkt des Interesses. Eine neu geschaffene Spezialabteilung bekam die Aufgabe, „breite Agentennetze anzuwerben, die in der Lage sind, systematisch über die Lage in West-Berlin zu informieren (...) und zu gewährleisten, dass Maßnahmen ergriffen werden, um die Vorhaben der subversiven Zentren und Organisationen des Gegners in Berlin zu zerschlagen“.

Der Aufklärungsapparat des Staatssicherheitsdienstes wurde allein im zweiten Halbjahr 1955 um 100 neue Mitarbeiter aufgestockt, von denen der größte Teil „im Lager des Feindes arbeiten“ sollte. Systematisch schleuste er seine Agenten in den Westen, darunter auch den späteren Kanzlerreferenten Günter Guillaume, der den Auftrag erhielt, in der „rechten“ SPD Quellen anzuwerben. Erfolgreich war das MfS auch bei der Lancierung von Wilhelm Gronau, der seinerzeit Persönlicher Referent des DGB-Vorsitzenden Willi Richter wurde und später in zahlreichen gesamtdeutschen Gremien tätig war – bis er 1972 verhaftet wurde. Gronau war es, der u.a. die Zahlenkombination für den Panzerschrank in der SPD-Baracke in Erfahrung brachte, in dem die Personenkartei des Ostbüros aufbewahrt wurde; zahlreiche Verhaftungen und die Zerschlagung des Unterstützernetzes in der DDR waren die Folge.

Wie der Staatssicherheitsdienst seinerzeit im Westen Politik zu machen suchte, geht aus einem Vorgang über den Inoffiziellen Mitarbeiter „Wenig“ hervor, der 1955 den Auftrag erhielt, den damaligen Ministerpräsidenten des Saarlandes, Johannes Hoffmann, sowie dessen unmittelbare Umgebung „in politische Nervosität zu versetzen“. Zu diesem Zweck sollte der IM im Vorfeld der Volksabstimmung über die Wiedervereinigung mit Deutschland eine Briefbombe an den Politiker senden, die so präpariert war, dass er den Umschlag auf jeden Fall persönlich öffnen würde. Nur weil einem Postbeamten der schlecht verschlossene Umschlag auffiel, wurde seinerzeit niemand verletzt. Der Agent leitete seit 1954 auf hauptamtlicher Basis eine Gruppe von Inoffiziellen Mitarbeitern in Westdeutschland. Nach dem missglückten „Scheinattentat“ wurde er von Markus Wolf „zur Auftragserfüllung“ nach Hamburg abkommandiert, wo er auch in den folgenden Jahren für das MfS tätig war.

Große Energien entfaltete das MfS insbesondere zur Diskreditierung einzelner, als „feindlich“ betrachteter Politiker der Bundesrepublik. Im September 1958 befahl der kurz zuvor ins Amt gekommene Minister für Staatssicherheit, Erich Mielke, beispielsweise, alle Materialien, Dokumente und operativen Vorgänge, die zur Führung eines „wirksamen Schlages“ gegen das Gesamtdeutsche Ministerium und dessen Minister, Ernst Lemmer (CDU), geeignet wären, der Leitung des Ministeriums zu melden – die sogenannte „Aktion ‚Lemmerschwanz‘“. Und zur Herabwürdigung des SPD-Politikers Willy Brandt veranlasste HVA-Chef Wolf im März 1959 sogar die Verhaftung eines in Leipzig wohnenden Bekannten Brandts, der im Gefängnis Erklärungen über angebliche frühere Gestapo-Verbindungen Brandts abgeben sollte. Der Betroffene wurde erst wieder freigelassen, nachdem es gelungen war, „durch die Untersuchungen [...] eine Reihe kompromittierender Tatsachen über den Regierenden Bürgermeister von West-Berlin“ in Erfahrung zu bringen, die dem MfS „zur publizistisch-agitatorischen Auswertung geeignet“ erschienen.

Die Kampagnen gegen die Politiker der alten Bundesrepublik wurden in den sechziger Jahren in der Regel unmittelbar vom Zentralkomitee (ZK) der SED und dem für Agitation zuständigen Mitglied des Politbüros, Albert Norden, gesteuert. Zumeist suchte man nach Hinweisen auf persönliche Verstrickungen in das NS-Regime, wofür „Personalakten aus der NS-Zeit [...] aus den Archiven angefordert und nach belastendem Material durchsucht und je nach Maßgabe ‚vervollständigt‘ [wurden] durch Dokumente aus eigener Fertigung“, wie zwei ehemalige MfS-Mitarbeiter später berichteten. Die so zusammengestellten „Informationen“ wurden dann an die westliche Presse lanciert oder auf propagandistischen Pressekonferenzen in Ost-Berlin präsentiert. Mit dem Vorwurf der NS-Belastung wurden fast alle führenden Politiker der CDU überzogen, nachdem sich das MfS bereits Anfang der fünfziger Jahre den Zugriff auf die Nazi-Akten gesichert hatte. Heinrich Lübke zum Beispiel wurde 1964, einen Tag vor seiner Wiederwahl zum Bundespräsidenten, öffentlich als „Baumeister faschistischer Konzentrationslager“ angeprangert – die „Beweise“ für die Kampagne lieferte das MfS.

Politische Einflussnahmen im Westen erfolgten oft im Rahmen sogenannter „Aktionen“, bei denen jeweils eine ganze Reihe aufeinander abgestimmter Maßnahmen in Gang gesetzt wurde. Aus einem dreizehnseitigen Maßnahmenplan für die „Aktion ‚Klarheit‘“ geht beispielsweise hervor, wie die Hauptverwaltung Aufklärung den Wahlkampf der SED bei den

Wahlen zum West-Berliner Abgeordnetenhaus im Jahr 1958 unterstützen wollte. Danach sollten u.a. „kompromittierende[...] Materialien über die wichtigsten Kandidaten zur Ausnutzung im Wahlkampf“ beschafft werden – mit Schwerpunkt auf die Kandidaten „Lemmer, Amrehn, Brandt, Lipschitz, Ohning, Schwedler, Heynitz, Schwennicke u.a.“. Aus den Splitterparteien sollten bürgerliche Vertreter gewonnen werden („eventueller Kauf eines bürgerlichen Kandidaten“), damit sie öffentlich dazu aufriefen, „aufgrund der unsicheren politischen Lage in Westberlin [...] der SED ihre Stimme zu geben“. Zur Verhinderung eines bürgerlichen Sammelblocks sollte zudem ein vertrauliches Rundschreiben des CDU-Landesgeschäftsführers gefälscht, versandt und später als „Faksimile“ in der DDR-Presse veröffentlicht werden, durch das die CDU „hinsichtlich der aktiven Unterstützung der amerikanischen Aggressionspläne“ bloßgestellt werden sollte. Auch die übrigen der 39 Maßnahmen beruhten auf ähnlichen Methoden, wobei den Agenten des MfS in SPD, CDU, DGB etc. die Rolle zufiel, die von der Hauptverwaltung Aufklärung lancierten Fragestellungen auf Versammlungen und in Diskussionen zur Sprache zu bringen.

Ein ähnlicher Plan ist zur Popularisierung des sogenannten „Deutschlandplanes“ der SED aus dem Jahr 1960 überliefert, der u. a. die „Unterstützung des Auftretens von G[eheimen] M[itarbeitern] in SPD und DGB“ vorsah. Gegenüber den bürgerlichen Parteien und Organisationen plante man u. a. die „Fortsetzung der Oberländer-Kampagne gegen die ausgesprochenen Naziführer, Wirtschaftsführer und Militaristen im Bonner Staatsapparat [...] (Ausnutzung vor allem von kompromittierenden Materialien gegen Globke, Seehofer u.a.)“. Zur Diskreditierung der Bundesrepublik inszenierte das MfS 1961 unter der Bezeichnung „Aktion ‚J‘“ in verschiedenen Städten – zeitgleich zum beginnenden Eichmann-Prozess in Jerusalem – sogar eine antisemitische Hetzkampagne gegen Überlebende des Holocaust. Im Namen bekannter Antisemiten wurden ihnen Drohbriefe zugeschickt, in denen es beispielsweise hieß: „Die Hetze von Euch Juden wird unerträglich. Wir haben doch nicht genug vergast. Verschwinde, oder wir holen Dich und machen Dich fertig! Juden r a u s ! (ein deutscher SS-Mann).“ Die „Reaktionen“ der Betroffenen wurden gleich mit organisiert, indem das MfS Briefe wie den folgenden verfasste: „Ich bin deutscher Jude, das muss ich hervorheben, weil es bereits von anderen und im anderen Sinne wieder hervorgehoben wird. (...) Laufend bekom-

me ich Briefe mit den schrecklichsten Drohungen, die Absender wollen die Vergangenheit nicht zur Ruhe kommen lassen.“

Bei diesen sogenannten „aktiven“ Maßnahmen, für deren Durchführung 1966 eine spezielle Abteilung geschaffen wurde, kooperierte das MfS oft eng mit dem sowjetischen Geheimdienst KGB. Im Bestand des Mielke-Sekretariates ist beispielsweise ein Konvolut mit Unterlagen über eine Besprechung in Moskau im April 1967 überliefert, bei der KGB und MfS die Jahresplanung für 1967 auf diesem Gebiet abstimmten. Danach waren seit 1966 „alle Mittel und Anstrengungen“ der Sowjets gegen die USA und Westdeutschland als „Hauptfeind“ sowie gegen deren Verbündete gerichtet. Speziell für die Bundesrepublik wurde in einem umfangreichen gemeinsamen Protokoll ein gutes Dutzend „Aktionen“ vereinbart – zur „Kompromittierung führender Vertreter der Regierung“, „aktiver reaktionärer Persönlichkeiten und Organisationen“ sowie „einzelner rechter SP[D]-Führer“.

Bei der Aktion „Tribunal“ ging es beispielsweise um die Mobilisierung der öffentlichen Meinung gegen das amerikanische Vorgehen im Vietnam-Krieg, wozu das Protokoll u.a. festhielt: Das MfS „prüft die Möglichkeiten für die Herstellung eines Dokumentes, das die Zusammenarbeit zwischen der westdeutschen Bundesrepublik und den USA bei der Aggression in Vietnam entlarvt und auf glaubwürdigen Angaben beruht. Realisierung durch Möglichkeiten des KfS (= KGB) an das Komitee Russell in einem kapitalistischen Land.“ Im Rahmen der Aktion „Taifun“ war u.a. vorgesehen, dass MfS und KGB „Maßnahmen treffen, um den Bonner Kanzler Kiesinger im Zusammenhang mit seiner im Herbst d.J. [1967] geplanten Reise nach Indien zu diskreditieren“. Aus Anlass des 50. Jahrestages der „sozialistischen Oktoberrevolution“ sollte „eine Aktion zur Kompromittierung“ des SPD Politikers Wehner durchgeführt werden. Die Aktion „Verwüstung“ sah schließlich die „Enthüllung der Herstellung von ABC- und Raketenwaffen“ in Westdeutschland vor – mit Erfolg offenbar, denn zwei Jahre später meldete Markus Wolf seinem Minister, dass durch „das öffentliche Auftreten von mehreren wichtigen IM (Pressekonferenz, Fernsehen usw.)“ entscheidend zu den „aktiven Maßnahmen“ bei diesem Thema beigetragen worden sei.

Zur politischen Einflussnahme im Westen bediente sich das MfS auch der „progressiven“ Gruppierungen und Bewegungen in der Bundesrepublik, die es mit Inoffiziellen Mitarbeitern systematisch durchsetzte. Ein Beispiel

dafür ist der erhalten gebliebene „Plan aktiver Maßnahmen gegen die Bundesversammlung am 5. März [1969] in Westberlin“, bei der Gustav Heinemann zum Bundespräsidenten gewählt werden sollte. Das MfS plante seinerzeit „die Störung der Vorbereitung und Durchführung der Bundesversammlung vor allem durch Unterstützung der geplanten Aktionen der Außerparlamentarischen Opposition (APO) in Westberlin [...] sowie durch verstärkte Bekämpfung der Politik und der Person von [Bürgermeister] Schütz“. Mittels „aller operativ nutzbarer Verbindungen in APO-Kreise“ wollte das MfS „einheitliche Aktionen aller Gruppierungen“ fördern und „Hilfe bei der Organisation politischer Demonstrationen“ geben, einschließlich der „Einflussnahme auf den Charakter und die Losungen“. U.a. wollte man „bei der Erarbeitung und Verbreitung von Flugblättern und anderen Agitationsmaterialien“ helfen, „insbesondere einer Agitationsschrift des Westberliner Republikanischen Clubs über den Zusammenhang zwischen den Bonner Berlin-Provokationen und den Nachteilen für die Westberliner Bevölkerung“. Darüber hinaus sollte der 1967 im Zuge der Studentenbewegung gegründete „Berliner Extradienst“ für eine „Kampagne von Meldungen und Artikeln gegen die Bundesversammlung und die Politik des Schütz-Senats und die Folgen für Westberlin“ genutzt werden. Den Inoffiziellen Mitarbeiter „Freddy“ wollte man „für Lancierungen im Pressedienst dpa“ nutzen. Handschriftlich notierte Wolf schließlich noch auf den Plan: „Fortsetzung der Beeinflussung der FDP-Spitze u. -Fraktion“.

Dem Plan ist auch eine „Aufstellung über operative Verbindungen zu Organisationen und Gruppen der APO in Westberlin“ beigelegt. Nach diesem Plan verfügte allein der Aufklärungsapparat des MfS in der Berliner Studentenbewegung über 17 Inoffizielle Mitarbeiter und 11 Kontaktpersonen (KP). Drei dieser Inoffiziellen Mitarbeiter führte das MfS auch 20 Jahre später noch in West-Berlin, darunter die Quelle „Zeit“, inzwischen ein West-Berliner Professor und Funktionär der Alternativen Liste, sowie die Quelle „Jutta“, nunmehr Angestellte in der Verbindungsstelle des West-Berliner Finanzsenators. Im Anschreiben hatte Wolf dabei 1969 noch vermerkt, dass der Plan „bewusst allgemein gehalten“ sei und „nicht die politische Steuerung einzelner wichtiger IM der operativen Abteilungen (z.B. Bundestagsabgeordneter)“ beinhalte. In derselben Akteneinheit findet sich auch ein Bericht über ein Anliegen der Bonner SPD-Spitze: „Heinemann und Brandt erhofften ein Glückwunschsreiben des Genossen Walter Ulbricht zum Amtsantritt von Heinemann.“ Dass der Überbringer

dieser Nachricht – ein Korrespondent der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) – „tatsächlich im Auftrage der genannten Personen“ handelte, wird damit begründet, dass dieser erst „kürzlich ein Anliegen von Justizminister Ehmke vortrug, Belastungsmaterial über den Kiesinger-Intimus Todenhöfer zu erhalten.“

Anfang der achtziger Jahre war das MfS vor allem darum bemüht, den Anti-Raketen-Protesten im Westen zum Erfolg zu verhelfen. Im August 1981 legte der Leiter der HVA-Abteilung II dazu ein ausführliches „Konzept für aktive Maßnahmen zur Förderung der Friedensbewegung in der BRD“ vor, das u.a. eine „zentrale Steuerung des inoffiziellen Netzes“ im Westen durch eine spezielle „Leitstelle“ im MfS vorsah. Allein die Gruppierung „Generäle für den Frieden“ wurde von der HVA nach Wolfs Angaben mit jährlich 100.000 DM unterstützt. Der Führungsspitze des MfS gab Erich Mielke wenige Monate vor dem Stationierungsbeschluss des Deutschen Bundestages folgende Orientierung: „Notwendig: Stärkere Unterstützung der Bewegung gegen Stationierung in westlichen Ländern, besonders BRD, durch geeignete, wirksame aktive Maßnahmen, unter Nutzung [der] Mittel und Möglichkeiten des MfS.“ Aufgabe sei es, jene Kräfte in der SPD und FDP zu unterstützen, „die realistisch denken“ und jetzt für die Aufhebung des Raketenbeschlusses einträten. „Voraussetzung für effektive Maßnahmen: Noch bessere Analyse, auf welche Kräfte man sich stützen kann (Funktionäre, Landesverbände, Parteibasis).“

Auf der anderen Seite kämpfte das MfS mit seinen besonderen Mitteln auch gegen DDR-kritische Einrichtungen und Personen in der Bundesrepublik. Zu über 150 „feindlichen“ Gruppen und Institutionen erteilte Mielke 1985 den Auftrag, in „ihre Ausgangsbasen und Führungsgremien einzudringen, rechtzeitig und umfassend ihre Pläne, Absichten und Maßnahmen zu erkennen“ und „nachhaltig ihr Wirksamwerden in der DDR und anderen sozialistischen Staaten zu verhindern“. Die „Internationale Gesellschaft für Menschenrechte“ (IGFM) in Frankfurt am Main wurde beispielsweise in einem 61 Bände umfassenden „Zentralen Operativvorgang“ (ZOV) vom MfS systematisch als rechtsextrem oder faschistisch diskreditiert. Auf die Organisation „Hilferufe von drüben“ (Hvd) mit Hauptsitz in Lippstadt waren nach Aktenlage mehr als 80 IM angesetzt, die man u.a. durch eine systematische Recherche in den Archiven des MfS und durch die Überwachung sämtlicher Verbindungen von Lippstadt in die DDR und umgekehrt rekrutiert hatte.

Insbesondere ehemalige DDR-Bürger mit „Rückverbindungen“ wurden im Westen systematisch diskreditiert, wie die operativen Akten über Wolf Biermann, Jürgen Fuchs oder Roland Jahn anschaulich machen. So streute man unter Journalisten, Freunden und politischen Gruppierungen das Gerücht, Roland Jahn betreibe sein DDR-Engagement nur aus Geldgier („Aktion ‚Keil‘“). Eine vom MfS gefertigte Collage zeigte ihn auf einem Titelblatt des „Spiegel“, einmontiert in einen Tausend-Mark-Schein und versehen mit der Überschrift „Das Geschäft mit der DDR“. Als die Bundestagsfraktion der Grünen erwog, ihn als Mitarbeiter einzustellen, legte man fest: „In Zusammenarbeit mit der HVA/II ist eine Arbeitsaufnahme bei den ‚Grünen‘ zu verhindern.“

Wie sehr es dem MfS gelang, auf die Geschicke der alten Bundesrepublik Einfluss zu nehmen, ist bis heute nur punktuell zu prüfen. Die überlieferten Akten machen jedoch deutlich, dass das MfS in den Nervenzentren der westdeutschen Gesellschaft nahezu überall mit Inoffiziellen Mitarbeitern verankert war und dass diese den Auftrag hatten, dort im Sinne ihrer Auftraggeber wirksam zu werden. Die SED-Führung selbst war allerdings der Ansicht, „dass wir heute auf die BRD stärker wirken als sie auf uns“ – wie sie 1984 hervorhob, als die sowjetische Parteispitze Erich Honecker nach Moskau einbestellte, um ihm seinen geplanten Bonn-Besuch auszureden. Insofern ist die Aufarbeitung der MfS-Vergangenheit keineswegs, wie vielfach angenommen, nur ein Problem der Ostdeutschen, sondern betrifft auch die Westdeutschen.

Fazit

Die DDR betrieb eine umfangreiche nachrichtendienstliche „Arbeit im und nach dem Operationsgebiet“, für die in erster Linie das MfS und hier insbesondere die Hauptverwaltung Aufklärung, aber auch die Verwaltung Aufklärung der Nationalen Volksarmee verantwortlich waren. Insgesamt waren schätzungsweise 20.000 bis 30.000 Westdeutsche für das MfS als Inoffizielle Mitarbeiter tätig, der überwiegende Teil zur Informationsbeschaffung. Darüber hinaus unterhielt die SED feste Verbindungen zu Funktionären der SPD, zu den Gewerkschaften und zu weiteren Organisationen. Die Westarbeit folgte den jeweils aktuellen politischen Zielen der SED. Während sie anfangs von der Vorstellung getragen wurde, auch in Westdeutschland ein sozialistisches System herbeiführen zu können, hatte sie später vor allem die Aufgabe, für die DDR ein günstigeres politisches Umfeld zu schaffen. Eine wesentliche Rolle spielte dabei die ver-

deckte Unterstützung von Parteien, Medien und Einzelpersonen, die nicht offen kommunistisch auftraten, aber für die DDR Partei ergriffen. Darüber hinaus beeinflusste die SED die westdeutsche Studenten-, Gewerkschafts- und Friedensbewegung und inszenierte Diskreditierungskampagnen gegen führende Bonner Politiker (u. a. Hans Globke, Heinrich Lübke, Eugen Gerstenmaier und Herbert Wehner).

103845

Ministerrat
der Deutschen Demokratischen Republik
Amt für Nationale Sicherheit
Der Leiter

Berlin, 22. 11. 1989

Amt für Nationale Sicherheit
Bezirksamt
Leiter

Geheime Verschlusssache

GVS-0008

Nr. 36/89

62. Aust. Bl. S. 1 bis 6

KOPIE

BSTU

Reduzierung des Bestandes registrierter Vorgänge und Akten sowie weiterer operativer Materialien und Informationen

Zur Gewährleistung des zuverlässigen Quellenschutzes und der Geheimhaltung spezifischer operativer Mittel, Methoden bzw. Arbeitsergebnisse sind folgende Maßnahmen zur differenzierten Auslagerung bzw. Vernichtung von registrierten Vorgängen und Akten sowie weiteren operativen Materialien und Informationen in den Kreisämtern/Dienststellen bzw. in den Fachabteilungen/selbständigen Referaten der Bezirksämter durchzuführen:

[...]

5. IM-Vorlaufakten, soweit diese noch nicht aus den Kreisämtern/Dienststellen ausgelagert wurden, sind in Abstimmung mit der Abteilung XII des Bezirksamtes in eigener Zuständigkeit zu vernichten, wenn keine operativ bedeutsamen Aufklärungsergebnisse vorliegen, keine Kontaktierung erfolgte und der Kandidat nicht den zukünftigen Erfordernissen der Arbeit des Amtes für Nationale Sicherheit entspricht.

6. DV/DPK, soweit diese noch nicht aus den Kreisämtern/Dienststellen ausgelagert wurden, sind in die Abteilungen XII der Bezirksämter auszulagern. Handelt es sich dabei um DV/DPK, die im wesentlichen nur auf Arbeitsergebnissen der Linien 26, III und M basieren, bei denen keine strafprozessualen bzw. anderen der Öffentlichkeit bekanntgewordenen Maßnahmen erfolgten und die keine Verdachtshinweise entsprechend der zukünftigen Aufgabenstellung des Amtes für Nationale Sicherheit enthalten, können lageabhängig in Abstimmung mit der Abteilung XII in den Bezirksämtern bzw. in eigener Zuständigkeit vernichtet werden.

[...]

Alle Mitarbeiter sind zur unbedingten Geheimhaltung über die Vernichtung bzw. Auslagerung von registrierten Vorgängen und Akten sowie weiteren operativen Materialien und Informationen anzuhalten.

Auftretende Probleme und Fragen im Zusammenhang mit der Realisierung dieser Weisung, die einer zentralen Klärung bedürfen, sind an die ZAIG, Gen. Oberst Schwock, Telefon: 2 38 78, zu richten.

Anlage

Schwanitz
Generalleutnant

Fakten und Zahlen

Karsten Dümmel

	DDR	Bundesrepublik
Karteikarten	ca. 40.000.000	
F 16 Klarnamendatei	ca. 5.100.000	ca. 320.000
F 22 Vorgangskartei	ca. 1.100.000	ca. 70.000
Akten	ca. 180.000 m	
Bezirksverwaltung (BV)	15	
Kreisdienststellen (KD)	209	
Objektdienststellen	7	
Hauptamtliche Mitarbeiter (HM)	ca. 91.000	
Offiziere im besonderen Einsatz (OibE)	noch nicht ermittelt	noch nicht ermittelt
Inoffizielle Mitarbeiter (IM)	ca. 174.200	ca. 30.000 (geschätzt)
Gesellschaftliche Mitarbeiter für Sicherheit (GMS)	ca. 33.000	noch nicht ermittelt
Kinder und Jugendliche, die als Inoffi- zielle Mitarbeiter (IM) zwischen ihrem 13. und 21. Lebensjahr tätig waren.	ca. 13.000 – 17.500	
Operative Ausgangsmaterialien (OAM)	jährlich ca. 8.000	noch nicht ermittelt
Operative Personenkontrollen (OPK)	jährlich ca. 8.000	noch nicht ermittelt
Operative Vorgänge (OV)	jährlich ca. 5.000	noch nicht ermittelt

Literaturhinweise

Die nachfolgenden Literaturhinweise ermöglichen einen Einstieg in das Thema Staatssicherheit (MfS). Mit Blick auf ein intensives Studium des Themas hat die Bibliothek der Konrad-Adenauer-Stiftung ein umfangreiches Quellen- und Literaturverzeichnis erstellt, das im Internet zu finden ist. Bitte benutzen Sie folgenden Internet-Pfad: www.kas.de → Geschichte der christlichen Demokratie → Bibliothek → Aktuelles → Die DDR-Staatssicherheit -Auswahlbibliografie-.

Gesamtdarstellung (Geschichte)

Gieseke, Jens: Mielke-Konzern. Die Geschichte der Stasi 1945-1990. Stuttgart 2001

Strukturen und Aufbau des MfS

Fricke, Karl-Wilhelm: Die DDR-Staatssicherheit. Entwicklung, Strukturen, Aktionsfelder. Köln 1995

Fricke, Karl-Wilhelm: MfS-intern. 5. überarbeitete Fassung. Köln 1991

Opposition

Neubert, Erhardt: Geschichte der Opposition in der DDR. Berlin 1997

Scheer, Udo: Vision und Wirklichkeit. Opposition in Thüringen. Berlin 1999

Reiprich, Siegfried: Der verhinderte Dialog. Opposition in Jena. Berlin 1997

von zur Mühlen, Patrick: Der Eisenberger Kreis. Köln 1996

Hauptamtliche Mitarbeiter

Gieseke, Jens: Die Hauptamtlichen Mitarbeiter des MfS. Berlin 1995

Inoffizielle Mitarbeiter

Müller-Enbergs, Helmut: Die Inoffiziellen Mitarbeiter, Teil 1. Berlin 1996

Westarbeit des MfS

Knabe, Hubertus: Die unterwanderte Republik. Berlin 1999

*Knabe, Hubertus: Der diskrete Charme der DDR. (Presse und Medien).
Berlin 2001*

Müller-Enbergs, Helmut: Die Inoffiziellen Mitarbeiter, Teil 2. Berlin 1998

Kirche und MfS

*Vollnhals, Clemens: Die Kirchenpolitik von SED und Staatssicherheit.
Berlin 1997*

Kinder und Jugendliche

Mothes, Jörn u.a. (Hg.): Beschädigte Seelen. DDR-Jugend und Staatssicherheit. Rostock 1996

*Schnell, Gabriele: Jugend im Visier der Stasi. Hg. von der Landeszentrale
für politische Bildung Brandenburg. Potsdam 2001*

*THILM (Hg.): Die Schule der DDR im Blick der Staatssicherheit. Heft 42.
Bad Berka 2000*

Frauen und MfS

*Ellmenreich, Renate: Frauen bei der Stasi. Hg. vom Landesbeauftragten
für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen
DDR, Thüringen. Erfurt 1999*

Prostitution

Falck, Uta: VEB-Bordell. Geschichte der Prostitution. Berlin 1998

Sport und Doping

Geipel, Ines: Verlorene Spiele. Berlin 2000

Literatur und MfS

Walther, Joachim: Sicherungsbereich Literatur. Berlin 1996

*Dümmel, Karsten: Identitätsprobleme in der DDR-Literatur. Frankfurt/M.
1996*

Kunst und MfS

*Klaus, Michael: Die Einübung der Gegenspür. Alternative Kunst in Leipzig
zwischen 1975-89. Leipzig 1997*

Abkürzungsverzeichnis

Abt.	Abteilung
AKG	Auswertungs- und Kontrollgruppe
Ast	Außenstelle
BdVP	Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei
BKG	Bezirkskoordinierungsgruppe
BV	Bezirksverwaltung für Staatssicherheit
DA	Dienstanweisung
DV	Dienstverordnung
DVP	Deutsche Volkspolizei
EV	Ermittlungsverfahren
FDJ	Freie Deutsche Jugend
GMS	Gesellschaftlicher Mitarbeiter für Sicherheit
GVS	Geheime Verschlusssache
HA	Hauptabteilung
HA K	Hauptabteilung Kriminalpolizei des Mdl
HIM	Hauptamtlicher Inoffizieller Mitarbeiter
HV A	Hauptverwaltung A (Aufklärung)
IM	Inoffizieller Mitarbeiter
KD	Kreisdienststelle
KGB	Komitet gossudarstwennoi besopasnosti pri Sowjete Ministrow SSSR (seit 1954 Bezeichnung für den Geheim dienst der ehemaligen UdSSR)
KL	Kreisleitung
KSZE	Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
LPG	Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft
Mdl	Ministerium des Innern
MfS	Ministerium für Staatssicherheit

NKWD	Narodny kommissariat wnutrennich del – (russ.) Volkskommissariat für innere Angelegenheiten (von 1934 – 1946 Bezeichnung für den Geheimdienst der UdSSR)
NVA	Nationale Volksarmee
OibE	Offizier im besonderen Einsatz
OAM	Operatives Ausgangsmaterial
OPK	Operative Personenkontrolle
OV	Operativer Vorgang
SA	Sachakten
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SOUND	System der vereinigten Erfassung von Daten über den Gegner
UV	Untersuchungsvorgang
VD	Vertrauliche Dienstsache
VEB	Volkseigener Betrieb
VP	Volkspolizei
VPKA	Volkspolizeikreisamt
VVS	Vertrauliche Verschlusssache
ZAIG	Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe
ZK	Zentralkomitee
ZKG	Zentrale Koordinierungsgruppe
ZOV	Zentraler Operativer Vorgang

Die Autoren

Thomas Auerbach

geboren 1947 in Leipzig. Elektromonteur, Erzieher, Diakon, Religionspädagoge, Dipl.- Sozialpädagoge. 1970-1976 Stadtjugendleiter der Evangelischen Kirche in Jena. 1976 politische Inhaftierung durch die Stasi. Zwangsausbürgerung aus der DDR 1977. 1978-1993 Arbeit als Jugendleiter, Religionslehrer und Referent für politische Erwachsenenbildung am Gesamtdeutschen Institut in West-Berlin. Ab 1993 Mitarbeiter in der Abteilung Bildung und Forschung beim Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen der ehemaligen DDR. 1998 Lehrauftrag am Sozialpädagogischen Institut der Technischen Universität Berlin. 2000 Auszeichnung mit dem Bundesverdienstkreuz.

Karsten Dümmel

geboren 1960 in Zwickau. Aufgewachsen in Sachsen und Thüringen. Elektromonteur. Abitur. 1978-1988 Gründungsmitglied bzw. Leiter verschiedener kirchlicher Arbeitskreise. 1980-84 Bewerbung zum Studium (wurde stets abgelehnt). 1984 Antrag auf Ausreise aus der DDR (56 Folgeanträge). Im selben Jahr: Arbeitsplatzbindung als Fensterputzer / Hilfsarbeiter; Reisesperre, Stadtarrest; Kontaktaufnahmesperre bis 1988. Frühjahr 1988 Freikauf in die Bundesrepublik. Studium der Rhetorik und der Germanistik in Tübingen. 1996 Promotion. Leiter des Bildungswerks Stuttgart der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Siegmar Faust

geboren 1944 in Dohna (Sachsen). Studium: Kunsterziehung und Geschichte, später am J.-R.-Becher-Institut für Literatur in Leipzig. Beide Studiengänge durch politisch motivierte Exmatrikulation beendet. Seit 1968 Bearbeitung von der Stasi. Arbeit als Gleisbauarbeiter, Vermessungsgehilfe, Landarbeiter, Saisonkellner, Elektrokarrenfahrer, Motorbootfahrergehilfe, Nachtpförtner, Transportarbeiter und Aufzugsführer. 1971 bis 1972 und 1974 bis 1976 wegen „staatsfeindlicher Hetze“ in Stasi-Untersuchungshaft, mehr als 400 Tage Einzelhaft in einer Kellerzelle des Zuchthauses Cottbus. 1976 Ausreise aus der DDR. Schriftsteller, Drehbuchautor, Vortragsredner. Chefredakteur der Zeitschriften „DDR heute“ und „Christen drüben“. Nach 1989 Berater der DSU-

Volkskammerfraktion, Mitbegründer des „Dokumentationszentrums zur Aufklärung der SED-Verbrechen“. Referententätigkeit bei der Gedenkbibliothek und beim Landesbeauftragten für Stasi-Unterlagen Berlin, 1996-1999 Landesbeauftragter für Stasi-Unterlagen des Freistaates Sachsen. Seit Juni 1999 freier Autor, Mitglied des Autorenkreises der Bundesrepublik und des Freien Deutschen Autorenverbandes (FDA).

Jens Gieseke

geboren 1964. Studium der Geschichte, Politologie und Jura an den Universitäten Hannover und Potsdam. Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Bildung und Forschung des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen. Magister artium und Promotion.

Hubertus Knabe

geboren 1959 in Unna. Studium der Geschichte und Germanistik in Bremen und Promotion in Berlin. Studienleiter der Westberliner Evangelischen Akademie. Seit 1992 wissenschaftlicher Mitarbeiter des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen. Veröffentlichung mehrerer Untersuchungen über Oppositionsbewegungen in der DDR und in Osteuropa. Untersuchung zur West-Arbeit der Stasi im Auftrag des Deutschen Bundestages. Zur Zeit wissenschaftlicher Direktor der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen im ehemaligen Zentralgefängnis der Staatssicherheit.

Jörn Mothes

geboren 1962 in Stralsund. 1978 Mitarbeit in der evangelischen Jugendarbeit in Schwerin. 1979 Mitarbeit in Friedens- und Ökologiegruppen in Mecklenburg und Thüringen. 1983-1986 Theologiestudium an der Universität Rostock. 1986-1989 Theologiestudium an der Universität Jena. Mitarbeit in Arbeitskreisen zu entwicklungspolitischen und Umweltthemen. 1989 Vikar der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklenburg. 1989 Eintritt in das NEUE FORUM. 1989-1990 Mitglied des Bürgerkomitees zur Stasiauflösung in Gera und Jena. 1990 Mitarbeit am Nationalparkprogramm der DDR und Leiter des Müritz-Nationalparks. 1993 Versetzung zur neugeschaffenen Dienststelle des Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen in Schwerin, Stellvertreter des Landesbeauftragten.

1998 Wahl zum Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen in Mecklenburg-Vorpommern.

Helmut Müller-Enbergs

geboren 1960. Studium der Politikwissenschaft in Münster und Berlin, Diplompolitologe. 1990-1992 wissenschaftlicher Mitarbeiter im Arbeitsbereich DDR-Forschung der Freien Universität Berlin. Seit 1992 wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Bildung und Forschung beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR.

Siegfried Reiprich

geboren 1955 in Jena. 1972 Gründungsmitglied des Arbeitskreises Literatur und Lyrik, zusammen mit Jürgen Fuchs und Lutz Rathenow. 1974 Weigerung, mit der Stasi zusammen zu arbeiten. 1976 Ausschluss von allen Universitäten der DDR. Seitdem „Feindbearbeitung“ durch die Stasi. Arbeit als Hilfsarbeiter, Telegrammbote und Krafffahrer. 1981 Ausreise in die Bundesrepublik. Studium der Physik und Geophysik in Kiel. Stipendiat der Friedrich-Ebert-Stiftung. Polarforscher auf der Forschungsstation „Georg von Neumayer“ in der Antarktis. Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Kiel, am Geo-Forschungs-Zentrum Potsdam sowie beim Deutschen Bundestag. Seit 2001 wissenschaftlicher Mitarbeiter der Gedenkstätte Hohenschönhausen, Berlin.

Christian Schmitz

geboren 1959 in Limburg/Lahn und aufgewachsen in Köln. Studium von Geschichte, Romanistik und Erziehungswissenschaften. Tätigkeiten als freier Journalist, Sprachlehrer für Französisch und als freier Mitarbeiter bei der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. in Bonn. Mehrere längere Forschungsaufenthalte in Frankreich. Stipendiat des Deutschen Historischen Instituts Paris. 1989 Promotion. Seit 1990 Mitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. Dort derzeit Leiter der Abteilung Politische Bildung Nord.

Wolfgang Templin

geboren 1948 und aufgewachsen in Jena. Bibliothekslehre. Studium der Philosophie an der Humboldt-Universität in Berlin. 1970 Eintritt in die SED

und engagierter studentischer Parteifunktionär. 1976-1977 Aufenthalt in Polen und dadurch Kontakte zur polnischen Opposition. Mitarbeiter in verschiedenen Arbeitskreisen in der DDR. 1983 Austritt aus der SED und Mitwirkung beim Aufbau unabhängiger Oppositionsgruppen. 1985 Gründungsmitglied der „Initiative: Frieden und Menschenrechte“. Frühjahr 1988 festgenommen und zur Ausreise gezwungen. Herbst 1989 Mitglied des „Runden Tisches“. 1991 Mitbegründer von Bündnis 90. Mitglied des 1. Sprecherrates. 1994 Mitglied der Arbeitsgemeinschaft 13. August und Mitarbeiter im Haus am Checkpoint Charlie. Seit 1997 freier Publizist. Mitarbeiter in Projekten der politischen Erwachsenenbildung. Zahlreiche Artikel und Aufsätze zur DDR-Geschichte, zum deutsch-deutschen Vereinigungsprozess und zur Gestaltung der deutsch-polnischen Beziehungen.

Clemens Vollnhals

Dr. phil., geboren 1956. Studium der Geschichte und der politischen Wissenschaften. 1989 Mitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte in München. 1990/91 Lehrbeauftragter an der Technischen Universität München. 1992-1998 Fachbereichsleiter in der Abteilung Bildung und Forschung beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Berlin. Seit 1998 Stellvertretender Direktor am Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e.V. an der Technischen Universität Dresden. Gutachter in verschiedenen Gerichtsverfahren.

Joachim Walther

geboren 1943 in Chemnitz. Studium der Literaturwissenschaft und Kunstgeschichte an der Humboldt-Universität Berlin. Lektor und Herausgeber im Buchverlag „Der Morgen“, Berlin; erzwungene Kündigung wegen Problemen mit der Zensur. 1972 Mitglied des DDR-Schriftstellerverbandes. 1976 Redakteur der Literaturzeitschrift „Temperamente“, 1978 Entlassung mit der gesamten Redaktion. Seit 1983 freiberuflich tätig. 1984 bis 1989 Rückzug nach Mecklenburg. 1990 Vize-Vorsitzender des erneuerten DDR-Schriftstellerverbandes und Mitglied des Bundesvorstandes des Verbandes deutscher Schriftsteller (VS). 1991 Mitglied des PEN-Zentrums der Bundesrepublik Deutschland, 1996-2001 Vorsitzender des Autorenkreises der Bundesrepublik Deutschland. Wohnhaft in Grünheide bei Berlin.